BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Juni 1963 DM 2,50
Postverlagsort Köln - G 1800 E

22. Juni 1963

INHALT

- Chronik des Monats Mai 1963 S. 413
- Berichte und Kommentare S. 416

- Die Lage:
  Manfred Pahl-Rugenstein:
  Politische Windstille? S. 420

- Prof. Seymour Melman, New York:
  Der Sättigungsgrad der Rüstung S. 428
- Vera Elyashiv, Tel Aviv:
  Israel, Deutschland und die Araber S. 433
- Carl Bloice, San Francisco:
  Die Neger-Frage in den USA (I) S. 438
- Dr. Arno Klönne:
  Katholische Kirche und
  Nationalsozialismus (I) S. 442
- Dr. Ernst Schwarz:
  „Wer soll der Erde Herr sein?" S. 446
- Manfred Forster:
  Das Sozialpaket (II) S. 456
- Egbert Hoehl:
  Die Lüge als Stilmanier.
  Wochenschau und Zeitgeschehen S. 464

- Aus der Wirtschaft S. 471

- Rudolf Rolfs:
  Was ich noch sagen wollte ... S. 476

- Buchbesprechungen S. 477

- Dokumente zum Zeitgeschehen
  (u. a. zum Problem „Atomwaffenfreie
  Zonen") S. 484

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VIII. Jahrgang Heft 6

Vorgesehen sind u. a.:

Wolfgang Baranowsky:
Der Mensch und die kybernetische Maschine

Prof. Dr. Emil J. Gumbel:
Reiseeindrücke aus Südostasien

Felix Molitor:
Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern

Prof. Dr. L. L. Puntila, Helsinki:
Finnische Außenpolitik und finnische Handelspolitik

Dr. Hermann Rauschning:
Der unnötige Krieg

James P. Warburg, New York:
Memorandum zur Deutschland-Frage

In den letzten Heften u.a.:

UN-Generalsekretär Sithu U Thant:
Die Ost-West-Beziehungen und die Vereinten Nationen (1/63)

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer:
Pressefreiheit und Landesverrat (1 u. 2/63)

Rechtsanwalt Heinrich Hannover:
Zur Frage einer Notstandsverfassung (1 u. 2/63)

Oreste Rosenfeld, Paris:
Die Außenpolitik de Gaulles (4/63)

Sebastian Haffner:
Einziger Ausweg: Disengagement (4/63)

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim:
Ursachen, Charakter und Wirkungen des Nationalsozialismus (4 u. 5/63)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto oder Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VIII. Jahrgang **Juni 1963** **Heft 6**

Chronik des Monats Mai 1963

1. 5. — „Aktion Spiegel". Der Verlag des Hamburger Nachrichtenmagazins beantragt beim Bundesverfassungsgericht, die Justiz-Aktion gegen den „Spiegel" einschließlich ihrer Begleitumstände als verfassungswidrig zu erklären. In einem mehrere hundert Seiten umfassenden Schriftsatz heißt es, der zur Begründung der Maßnahmen herangezogene Foertsch-Beitrag habe keine Staatsgeheimnisse großen Gewichts enthalten können, „weil die Angaben, auf die sich der Artikel stützt, bereits veröffentlicht waren". — Am 10. 5. wird in Bonn ein Gesuch des Generalbundesanwalts an Parlamentspräsident Gerstenmaier bestätigt, das die Aufhebung der Immunität der SPD-Abgeordneten Jahn und Merten wegen der „Weitergabe von Material" an die Wochenschrift verlangt. Ein Sprecher des Justizministeriums erklärt, frühestens im Herbst (also rund ein Jahr nach dem polizeilichen Vorgehen) sei eine Entscheidung darüber möglich, ob es zu einem Prozeß gegen die seinerzeit verhafteten Redakteure kommen werde.

3. 5. — USA. In Birmingham (Alabama) demonstrieren Tausende von Farbigen unter Leitung des Baptistenpfarrers Dr. Martin Luther King gegen die Rassendiskriminierung in den öffentlichen Gebäuden und Restaurants. Die Polizei geht mit Wasserwerfern vor, mehrere hundert Demonstranten, darunter Schulkinder, werden in Haft genommen. — Am 9. 5. erhält Dr. King wegen der „Organisation von Manifestationen ohne Bewilligung" eine Strafe von 180 Tagen Gefängnis und 100 Dollar, wird aber gegen eine Kaution von 2500 Dollar wieder aus dem Gefängnis entlassen. — Am 10. 5. schließen Vertreter der beiden Bevölkerungsteile von Birmingham ein „Friedensabkommen", das die teilweise Aufhebung der Rassentrennung in Geschäftshäusern und Fabriken vorsieht. — Am 12. 5. verfügt Präsident Kennedy die Verlegung von Bundestruppen nach Alabama.

4. 5. — Syrien. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anhängern des ägyptischen Staatschefs Nasser und seinen Gegnern innerhalb der Regierung in Damaskus führen zum Rücktritt des gesamten Kabinetts.

7. 5. — Streik. Nach vielstündigen Verhandlungen in Bonn, in die sich auch Bundeswirtschaftsminister Erhard einschaltete, einigen sich die Tarifpartner der Metallindustrie auf eine rückwirkende Lohnerhöhung von zunächst 5 % und ab 1. April 1964 um weitere 2 %, sowie auf eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde ab Januar 1964. Die Arbeitgeber, die zunächst einen verbesserten Tarifvertrag abgelehnt und einen „Lohnstopp" gefordert hatten, heben noch am gleichen Tag die angeordnete Aussperrung auf. Der am 30. April begonnene Streik geht nach einer nochmaligen Urabstimmung am 13. 5. zuende. — Auf der Basis der Bonner Vereinbarung kommt es zu neuen Verträgen zwischen der IG Me-

tall und den Unternehmern auch in anderen Tarifbezirken der Bundesrepublik.

7.—8. 5. — DGB. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes verabschiedet ein neues Grundsatzprogramm. In dem Entwurf, der einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß am 21. und 22. November vorliegen wird, heißt es, die Entwicklung in der Bundesrepublik habe zur „Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse" geführt und die Konzentration des Kapitals gefördert. Die Arbeitnehmer seien dagegen von der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel nach wie vor ausgeschlossen.

8. 5. — Röhrenembargo. Staatssekretär Westrick teilt in der Fragestunde des Bundestages mit, die sowjetische Regierung mache die drei westdeutschen Firmen Hoesch, Mannesmann und Phoenix-Rheinrohr für die Nichterfüllung vertraglich eingegangener Lieferungsverpflichtungen über 163 000 Tonnen Großrohre schadenersatzpflichtig.

— Ungarn. Im Auftrag der Kurie setzt in Budapest der Leiter des vatikanischen Sekretariats für besondere Angelegenheiten, Msgr. Casaroli, die Verhandlungen mit ungarischen Regierungsstellen über die gegenseitigen Beziehungen und die Zukunft Kardinal Mindszentys fort.

10. 5. — Vatikan. Papst Johannes XXIII. erhält aus der Hand des italienischen Staatspräsidenten den Friedenspreis der Balzan-Stiftung. Der Papst bekräftigt bei dieser Gelegenheit erneut die Grundsätze der Enzyklika „Pacem in terris" (Frieden auf Erden).

11. 5. — Fernsehen. Vier CDU-Mitglieder des achtköpfigen Verwaltungsrates des Norddeutschen Rundfunks verhindern die Verlängerung des Arbeitsvertrages für den Leiter der „Panorama"-Redaktion Gerd v. Paczensky und veranlassen den Journalisten damit zum Verlassen des NDR. Der Regierungspartei nahestehende Kreise, so der CDU-Parteigeschäftsführer Duhues, hatten schon seit Monaten kritische Stellungnahmen von Rundfunk und Fernsehen heftig angegriffen.

13. 5. — NS-Verbrechen. Vor dem Landgericht Nürnberg wird drei früheren Aufsehern eines Ghettos Beihilfe zum Mord in mehr als tausend Fällen zur Last gelegt. Der Prozeß endet am 27. 5. mit Haftstrafen gegen zwei der Angeklagten. — Am 15. 5. verwirft der Bundesgerichtshof den Revisions-Antrag des ehemaligen SS-Obergruppenführers von dem Bach-Zelewski, der 1962 wegen Mordes lebenslänglich Zuchthaus erhielt. — Am 21. 5. verhängt das Schwurgericht Koblenz im „Heuser-Prozeß" gegen den langjährigen Leiter des Landeskriminalamtes von Rheinland-Pfalz und ehemaligen Angehörigen des Sicherheitsdienstes wegen der Beteiligung an Massenmorden in der Gegend von Minsk ebenfalls eine hohe Zuchthausstrafe.

14. 5. — UNO. Die Vollversammlung tritt in New York zu einer Sondersitzung über die kritische, durch militärische Verpflichtungen in aller Welt entstandene Finanzsituation der Weltorganisation zusammen. Einstimmig wird zu Beginn das arabische Scheichtum Kuweit als 111. Mitglied aufgenommen.

— Osthandel. Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Berthold Beitz, verhandelt in Moskau und wird von Ministerpräsident Chrustschow empfangen. Das mehrstündige Gespräch „unter vier Augen" belebt Gerüchte, die von einer Einladung Vizekanzler Erhards durch den Kreml wissen wollen.

15. 5. — Bundestag. Der ehemalige Bundesminister Prof. Theodor Oberländer, der wegen seiner Tätigkeit in der NS-Zeit im Mai 1960 aus dem Kabinett ausscheiden mußte, kehrt über die niedersächsische Landesliste der CDU in den Bundestag zurück.

15.—17. 5. — Weltraum. Der amerikanische Astronaut Gordon Cooper führt an Bord der Raumkapsel „Faith 7" 22 Erdumkreisungen aus und landet im vorherbestimmten Zielgebiet.

16. 5. — Italien. Als Folge der Parlamentswahlen vom 30. April demissioniert das Kabinett Fanfani. Staatspräsident Segni beauftragt den Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Aldo Moro, am 25. 5. mit der Bildung einer neuen Regierung.

18. 5. — Kernwaffen. Außenminister Lord Home empfiehlt ein britisch-amerikanisch-sowjetisches Abkommen, das die beteiligten Regierungen verpflichten soll,

atomare Waffen nicht an andere Staaten weiterzugeben. — Am 27. 5. fordern 30 amerikanische Senatoren, unter ihnen der Vorsitzende des Senatsausschusses für Abrüstung, Hubert Humphrey, die US-Regierung auf, mit neuen Vorschlägen an die Sowjetunion heranzutreten, um ein Abkommen zur Einstellung der Kernwaffentests zu erreichen.

19. 5. — Landtagswahlen. Mit Stimmengewinnen von mehr als 5 % geht die SPD aus den niedersächsischen Parlamentswahlen wieder als stärkste Partei hervor. Die CDU kann die Zahl ihrer Mandate auf Kosten der nicht mehr kandidierenden Deutschen Partei erhöhen, erreicht aber nicht ihren Stimmenanteil bei den letzten Bundestagswahlen im September 1961. Sitzverteilung im neuen Landtag: SPD 73, CDU 62, FDP 14 Abgeordnete. SPD und FDP setzen die bisherige Regierungskoalition fort.

20. 5. — Kernwaffenfreie Zonen. Die gegenseitige Verpflichtung, im Mittelmeer keine Kern- und Raketenwaffen zu stationieren, schlägt die Sowjetunion den Mittelmeerstaaten und den westlichen Großmächten in gleichlautenden Noten vor. — Am 28. 5. unterbreitet Finnlands Staatspräsident Kekkonen einen Plan zur „Entatomisierung" Skandinaviens. De facto seien die nordischen Länder schon jetzt eine kernwaffenfreie Zone. Die bisher nur einseitigen Erklärungen sollten jedoch durch international gültige Verpflichtungen ergänzt werden.

20.—21. 5. — Türkei. Etwa 50 Offiziere und die Kadetten der Kriegsakademie beteiligen sich an einem Putschversuch gegen die Regierung, der schon nach wenigen Stunden niedergeschlagen wird.

22.—24. 5. — NATO. Wichtigstes Thema des in Ottawa versammelten Ministerrates ist die Aufstellung der geplanten „multinationalen nuklearen Streitmacht" unter dem Kommando des NATO-Oberbefehlshabers in Europa. Während sich zahlreiche Mitgliedsstaaten des Nordatlantikpakts bisher zu diesem Projekt abwartend verhielten, übermittelte die Bundesregierung schon am 6. 5. ihren Entschluß zur „aktiven Mitarbeit" in dieser Formation.

22.—25. 5. — Afrika. 31 Staats- und Regierungschefs des Kontinents gründen in Addis Abeba (Äthiopien) die „Organisation der afrikanischen Einheit", als deren Hauptziel Erhaltung und Ausbau der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Mitgliedsstaaten und der Kampf gegen den Kolonialismus genannt werden. Eine besondere Schiedskommission soll künftig innnerafrikanische Streitigkeiten beilegen. Gemeinsame Einrichtungen sind ferner der Ministerrat und ein ständiges Generalsekretariat.

23. 5. — Kuba. Zum Abschluß des offiziellen Teils eines mehrwöchigen Besuches von Premier Castro in der Sowjetunion erklärt Ministerpräsident Chrustschow während eines Massenmeetings im Moskauer Lenin-Stadion, seine Regierung werde ihre „internationale Pflicht gegenüber Kuba" jederzeit erfüllen und militärische Hilfe leisten.

28. 5. — Israel. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen und mit 24stündiger Verspätung tritt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß eine Reise durch Israel an. Gegen den Besuch des früheren Verteidigungsministers waren verschiedene Zeitungen, Organisationen und Parlamentarier aufgetreten.

29. 5. — Laos. Großbritannien und die Sowjetunion richten einen gemeinsamen Appell an Ministerpräsident Souvannah Phuma und fordern die laotischen Parteien auf, über die Wiederherstellung des Friedens und die Zusammenarbeit mit der Internationalen Waffenstillstandskommission eine Einigung herbeizuführen.

30. Mai — Knorr-Prozeß. Das Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union (DFU) Lorenz Knorr wird vom Amtsgericht Solingen wegen „Formalbeleidigung" zu 300,— DM Geldstrafe verurteilt, weil er die Bundeswehr-Generale Speidel, Heusinger, Foertsch und Kammhuber sowie den Admiral Ruge unter Berufung auf das Urteil im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß als „Hitler-Generale" und „Massenmörder" bezeichnet hat.

31. 5. — Bundeshaushalt. Einer geplanten Neuverteilung der Einkommens- und Körperschaftssteuer zu Ungunsten der Länder widersetzt sich der Bundesrat und ruft den Vermittlungsausschuß an. In der Debatte sagt Finanzminister Dahlgrün eine Erhöhung des Verteidigungsetats von gegenwärtig 18,4 Mrd. DM um 1—2 Mrd. DM im nächsten Jahr voraus.

Berichte und Kommentare

Bonn und Ottawa

Befragt nach dem wichtigsten Ergebnis der NATO-Konferenz in Ottawa antworteten kompetente Beobachter: daß es nicht zum offenen Eklat zwischen den Delegationen gekommen ist, das sei das bemerkenswerteste Resultat der Ministertagung des Atlantikpakts vom 22. bis 24. Mai in Kanadas Hauptstadt.

Diese wohl etwas vereinfachende Bilanzierung der dreitägigen NATO-Konferenz kennzeichnet treffend zumindest einen Wesenszug der Tagung. Die Mehrzahl der Delegationen war mit der vorgefaßten Überzeugung nach Ottawa gekommen, daß irgendwelche Fortschritte in der Koordinierung der Militärpolitik beim gegenwärtigen Stand der Differenzen nicht zu erwarten, dagegen weitere Rückschläge in der Zusammenarbeit, gar der Ausbruch offener Streitigkeiten durchaus zu befürchten seien. Diese düsteren Prognosen wurden durch die heftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Frankreich genährt, wie sie in den vergangenen Monaten um das Projekt einer multilateralen Atommacht mit wachsender Schärfe ausgetragen worden sind. Daß in Ottawa der Eklat vermieden wurde, ist der geschickten und überaus konzessionsbereiten amerikanischen Regieführung in der Vorphase der Konferenz zuzuschreiben. Washington hatte es vorgezogen, bereits einen Monat vor Ottawa mit der Regierung in Paris ein Konferenz-Kommuniqué auszuhandeln, das alle Themen sorgsam ausklammerte, an denen de Gaulle Anstoß nehmen könnte. Den Streichungen fiel auch der eigentliche Hauptzweck der Tagung — Beratung und Beschluß über die Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO — zum Opfer.

Diese Vorentscheidung fiel also bereits Mitte April anläßlich des Besuches von US-Außenminister Dean Rusk in Paris. Die Amerikaner gingen, aus Angst vor einem offenen Scheitern der Konferenz, in ihrem Entgegenkommen gegenüber de Gaulle so weit, ihre bis dato mit Nachdruck geführte Attacke gegen den Aufbau einer nationalen französischen Atomstreitmacht auf der Konferenz nicht fortzusetzen.

Allerdings handelt es sich hier um einen Waffenstillstand aus taktischen Motiven, nicht etwa um einen Friedensschluß auf der Basis einer plötzlichen sachlichen Übereinstimmung. Ziel Washingtons ist es nach wie vor, den Aufbau nationaler Atompotentiale in Europa, die sich außerhalb der Kontrolle des Weißen Hauses befinden, zu verhindern. Es sind der Regierung Kennedy nun allerdings Zweifel daran gekommen, ob das Beharren auf der Bildung einer multilateralen Atommacht — die zwar den Ehrgeiz mancher Bündnispartner befriedigen, die Entscheidung über die Nuklearwaffen letztlich aber doch beim Präsidenten der USA belassen soll — der rechte Weg zu Erreichung dieses Ziels ist.

Dabei ist es durchaus nicht nur die französische Reaktion auf den Plan einer multilateralen Atommacht, nämlich Forcierung der eigenen Atomrüstung und Aufkündigung der Zusammenarbeit auf anderen Gebieten der Kooperation im Rahmen der westlichen Allianzen, die Washington zögern läßt. Die Konferenz in Ottawa hat noch einen zweiten Grund dafür deutlich werden lassen, über den die Öffentlichkeit der Bundesrepublik nun nicht mehr im unklaren gelassen werden kann: die Befürchtung nämlich, daß die mit aller Kraft auf das Zustandekommen einer NATO-Atommacht drängende westdeutsche Regierung im Rahmen einer solchen Institution eine gefährliche militärische Aufwertung erfahren könnte. Diese Sorge, die die USA mit allen anderen NATO-

Staaten teilen, tritt in geradezu aufsehenerregender Weise immer stärker in den Vordergrund der Diskussion über Vorzüge und Nachteile einer multilateralen Atomstreitmacht. Man scheint in Washington, aber offenbar auch in den westeuropäischen Hauptstädten begriffen zu haben, daß Bonn in dem Projekt einer integrierten nuklear bewaffneten Streitmacht die Chance wittert, durch seine Zustimmung und Unterstützung des Vorhabens nach außen atlantische Solidarität und Zuverlässigkeit zu demonstrieren, gleichzeitig aber auf dem Atomparkett festen Fuß zu fassen. Ursprünglich hatte Kennedy gehofft, mit dem Plan einer multilateralen Atommacht den nationalen atomaren Ehrgeiz auch und besonders der Bundesregierung dämpfen zu können. Auch die Regierungen in London, Brüssel, Rom und Den Haag hatten ihre prinzipielle Einwilligung zu diesem Plan nicht wegen eines besonderen militärischen Schutzbedürfnisses gegenüber dem Osten erteilt, sondern in der Absicht, die Bundesrepublik bei ihrer Entwicklung zu einem der Teilhaber an der Atomkapazität der NATO nicht aus den Augen zu verlieren. Nicht zuletzt dem stürmischen Drängen der Bonner Regierung auf Verwirklichung des Konzepts ist es zu danken, daß die Verbündeten Bonns nun an der Wirksamkeit solcher überaus liberalen Kontrollmethoden zu zweifeln begannen.

Bestärkt wurde diese begrüßenswerte Skepsis durch Expertenberichte, denen zufolge — laut „New York Times" vom 9. März 1963 — die Bundesrepublik mehr als zwei Drittel des finanziellen europäischen Anteils an der NATO-Atommacht, beziehungsweise 40 Prozent der Gesamtkosten beisteuern würde. Proportional dazu wäre der Anteil der Bundesrepublik an der Rekrutierung der integrierten Einheiten und Bonns Einfluß in den Kommandostäben erdrückend groß, gemessen am Anteil der anderen europäischen Staaten. Das ganze Projekt hätte praktisch zur Errichtung einer bilateralen amerikanisch-deutschen Atommacht geführt, was — da die USA ja bereits eine hochgerüstete und (zumindest derzeit noch!) souveräne Atommacht sind — die Bundesrepublik als einzigen Gewinner dieser Prozedur ausweisen würde. In einer sehr interessanten Studie schreibt dazu in der amerikanischen Zeitschrift „The Reporter" der für seine der Bundesregierung geneigte Haltung bekannte Harvard-Professor und Militärschriftsteller Henry A. Kissinger:

„Es wird oft gesagt, diese Streitkraft (die multilaterale Atomstreitkraft) wäre eine Möglichkeit, die Frage der Kernwaffen in deutschen Händen zu vermeiden. Das Gegenteil davon ist wahrscheinlich. Die multilaterale Streitmacht, wie sie jetzt aufgefaßt wird, könnte durchaus jede ihrer Mitglieder enttäuschen. Wenn die Bundesrepublik ernsthaft daran denkt, strategische Waffen zu erlangen, wird ihr die multilaterale Streitmacht bald nur als eine Zwischenphase erscheinen, die lediglich der bequemste Weg sein könnte, um Deutschland ins ernste Kernwaffengeschäft zu bringen. Die Gefahr besteht darin, daß jene, die eine wirklich eigene Kontrolle über ihr eigenes atomares Schicksal wünschen, nicht lange mit den entworfenen Abmachungen zufrieden bleiben werden; während die anderen, die aus solchen Beweggründen mitmachen wie aus Entgegenkommen uns gegenüber, aus Mißtrauen gegenüber Frankreich oder um ein Auge auf Deutschland zu behalten, bald der Kosten müde sein und nach anderen Möglichkeiten suchen werden . . . Wir ermuntern Entwicklungen, die wir wahrscheinlich später bedauern werden. Es gibt sicherlich bessere Möglichkeiten für Westdeutschland, seine Treue zum Atlantikpakt zu beweisen, als das führende europäische Mitglied in einer multilateralen Atommacht zu werden."

Die Äußerungen Kissingers sollen hier für eine Vielzahl kritischer Stellungnahmen zum multilateralen Atompotential und Bekundungen des offenen Mißtrauens gegenüber den Absichten Bonns

stehen. Immerhin hat das führende Blatt des Westens, die dem Weißen Haus nahestehende „New York Times", am Tage der Konferenzeröffnung in Ottawa eine Warnung vor den Atomplänen der deutschen Bundesregierung zum Leitgedanken ihres Konferenz-Artikels gemacht. Da nützte es wenig, daß Bundesaußenminister Schröder die Konferenzatmosphäre mit einer in dieser Form und aus diesem Anlaß peinlichen Loyalitätserklärung zur NATO zu verbessern suchte. Die britische Delegation hielt es darüber hinaus für zweckmäßig, gewissermaßen außerhalb der Tagesordnung darauf hinzuweisen, daß London entgegen früheren Erklärungen in absehbarer Zeit zu einer Mitwirkung an einer solchen integrierten Streitkraft nicht bereit sei, — eine Entscheidung, der sicher noch andere westeuropäischen Staaten folgen werden.

Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß der Plan einer integrierten atombewaffneten NATO-Kampfgruppe zumindest in der von der Kennedy-Administration konzipierten Form damit gescheitert ist. Dennoch wäre die Gefahr nicht gebannt, daß sich Bonn eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen verschaffte. Der Bundesregierung bleibt vor allem noch der Weg offen, durch eine aktive Beteiligung am Aufbau der französischen Atommacht — auch wenn deren Schwerpunkt in den ersten Jahren vorwiegend auf finanziellem Gebiet liegen sollte — atomar potent zu werden. Da man nun auch in Washington begriffen zu haben scheint, daß alle übernationalen Planungen auf diesem Sektor keine ausreichenden Kontrollmöglichkeiten bieten, sollte man nicht länger vor der Erkenntnis der einzig realen Alternative ausweichen: entweder man verzichtet künftig darauf, die Entstehung neuer Atommächte zu bremsen und übernimmt damit vor der Weltöffentlichkeit die volle Verantwortung für die mit Sicherheit tödlichen Folgen eines schrankenlosen Atomwettrüstens außerhalb jeder nur denkbaren Kontrolle — oder man bekennt sich zu der in der politischen Praxis erhärteten These, daß nicht durch feindosierte Atomzuwendungen an die europäischen Verbündeten, sondern allein durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa verhindert werden kann, daß die Verteilung atomarer Kapazitäten zur Katastrophe führt. Eine solche Entscheidung würde weder die Veränderung des atomaren Gleichgewichts zu Ungunsten der Amerikaner noch die Auflösung der NATO bedeuten. Sie würde vielmehr den ungeheuren Druck, der von den Atommacht-Plänen Bonns ausgeht, auch von der NATO nehmen, ihr helfen, ihre „wahrscheinlich ernsthafteste Krise" (Kissinger) zu überwinden und den Pakt zu einem handlungsfähigen Gremium zu machen, der dann mit den entsprechenden Institutionen des Ostens die von beiden Seiten angeregten Verhandlungen im Sinne einer weitergehenden Entspannung führen könnte. Hier lägen Chance und Stärke des westlichen Bündnisses. Seine angebliche militärische Stärke von heute ist nur das Symptom einer lebensbedrohenden Verkrampfung und Aktionsunfähigkeit.

H. H.

CDU disqualifiziert sich

So simpel das auch sein mag: es ist gut, sich von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß „CDU" Christlich-demokratische Union bedeutet, also eine Union, deren geistige und moralische Säulen Christentum und Demokratie sind. Denn unsere Regierungspartei, die sich vor aller Welt bekanntlich christlich und demokratisch nennt, scheint in letzter Zeit darauf versessen zu sein, den Hohn jener Öffentlichkeit zu provozieren, die da bislang darauf gedrillt worden war, das Christliche und das Demokratische an der CDU für bare Münze zu nehmen.

Sofern es so etwas in der Politik überhaupt gibt: Was kann auf diesem Kampffeld „christlich" bedeuten? Doch nur, daß derjenige, der sich christlich

nennt, wenigstens mentalitätsmäßig bereit und imstande ist, einen Schlag auf die rechte Wange durch das Hinhalten auch der linken zu parieren. Und demokratisch, auf den Kern reduziert, bleibt man nur, solange man die Spielregeln der Demokratie auf Biegen und Brechen achtet und befolgt (auch mal zum eigenen Schaden), und die oberste dieser Regeln lautet, daß alles gegeneinander austauschbar ist und daß derjenige, der gestern noch die Macht besaß, diese heute schon an einen anderen verlieren kann.

Wie nun hält es diesbezüglich unsere CDU? Daß sie, einmal an die Macht gelangt, Machtpolitik mit Haken und Ösen betreibt, verübelt man ihr in dieser Zeit der abgewirtschafteten Begriffe und entleerten Werte nicht einmal mehr, denn wer käme im Zustande der gesellschaftlichen Desintegration noch auf den Gedanken, so hohe Verpflichtungen wie „christlich" und „demokratisch" so auszulegen und in der Praxis täglich neu zu fordern, wie sie doch eigentlich gemeint gewesen sein sollten: nämlich doch wohl b u c h s t ä b l i c h ? Daß eine solche Partei nun aber anfängt, einfach überhaupt nicht mehr mitzuspielen, wenn es für sie brenzlich wird, wenn ihr, ganz schlicht, Abstimmungsniederlagen drohen, das kommt einer Selbst-Disqualifikation gleich und deutet darauf hin, daß sie die hehren Attribute, unter denen sie angetreten, selbst nie ernst genommen, ja womöglich nicht einmal verstanden hat. Täuschung der Wählerschaft ist dann alles, was zurückbleibt.

Wer das bestreiten will, muß fähig sein, so zu tun, als habe es die Fälle „Röhrenembargo" und „Gert v. Paczensky" nie gegeben. Leider aber hat es sie gegeben, und sie werden (abgesehen davon, daß ähnliche täglich neu hinzukommen können) nicht so schnell vergessen werden.

Einmal ging es um die Frage, ob aus der Bundesrepublik weiterhin Stahlrohre an die UdSSR geliefert werden sollten, das anderemal darum, ob der „Panorama"-Redakteur des NDR-Fernsehens v. Paczensky — ein mutiger Kritiker gesellschaftlicher und politischer Übelstände — seinen in einigen Monaten auslaufenden Vertrag verlängert bekommen solle. In beiden Fällen war d a s notwendig geworden, wovon die Demokratie unter anderem l e b t : Abstimmung. Die Mehrheit sollte entscheiden. Und in beiden Fällen drohte der CDU — die, wie üblich, das verneinende Element verkörperte, und zwar diesmal allein — eine Abstimmungsniederlage. Und da tat sie etwas noch nicht Dagewesenes, das auf der Welt kein anständiger Demokrat, geschweige denn ein Christ getan hätte: sie ließ sich nicht ehrlich überstimmen, sie fügte sich mitnichten dem Willen der Mehrheit, sondern sie verzog sich, tükkisch genug, in die Schmollecke und sagte, unter diesen Umständen spielen wir nicht mehr mit — wir spielen nur mit, wenn wir gewinnen! Sie machte das Plenum des Bundestages und den Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks dadurch einfach beschlußunfähig, daß sie ihre Leute zurückpfiff und Abstimmungen gar nicht erst stattfinden ließ. So einfach ist das. Klar, daß so etwas all denen imponiert, die, vom Hitlerfaschismus geprägt, in unserer gegenwärtigen Phase der Pseudodemokratie ohnehin nicht einen Übergang zur wahren Demokratie, sondern zu einem zweiten, modifizierten, „zeitgemäßen" Faschismus sehen. Nur daß u n s so etwas eben gar nicht imponiert. Und wir sind nicht allein ...

Paczensky, dieser ernste, begabte, um die Demokratie sichtbar besorgte Redakteur, wird also in Zukunft im „Panorama", das ein SPD-Sprecher in einer Diskussion zu Recht „das Salz des (Fernseh-) Programms" genannt hat, nicht mehr zu sehen sein: die Anti-Demokraten haben wieder einen Sieg errungen. Doch nur scheinbar, denn „Panorama wird bleiben — w i e b i s h e r" (Rüdiger Proske). Zu den „Sünden" Paczenskys, wir wetten, zählt die CDU auch die von ihm geförderte und

redigierte Sendung „Mit den Augen einer Israeli" von Frau Vera Elyashiv aus Tel Aviv (aus deren Feder unsere Leser im Inneren dieses Heftes einen Aufsatz finden). Diese Reportage, die in der Kritik an der Entwicklung der Bundesrepublik bisher am konsequentesten war, hat vor Monaten viel Aufsehen erregt — und bei der CDU und ihr nahestehenden Kreisen Zähneknirschen hervorgerufen (das in erster Linie Paczensky galt). Daß man sie ihm heute bei der „Abrechnung" mit ihm nicht namentlich vorhält, ist nur Taktik: Stimmen aus Israel gegenüber ist man in Bonn von einer gewissen wohlweislichen Pietät; aber wer solchen Stimmen bei uns zu Wort verhilft, kommt einmal dran, daran ist nicht zu deuteln — schon gar nicht, seit ein Mann wie Dufhues der Kultur- und Intellektuellenpolitik der CDU neue Rasanz verleiht. Wenn aus diesem Lager die Klage laut wird, man könne sich nicht länger der „Meinungsdiktatur der Linksintellektuellen" beugen, dann steckt dahinter nichts weiter als das Bedauern darüber, daß man selber diese Meinungsdiktatur nicht in Händen hat, und das Streben, sie endlich in die Hände zu bekommen.

Der Londoner „Observer" schreibt am 19. Mai, auch dies zu Recht, „Panorama" sei „die beste deutsche Fernsehsendung". Dies ist gewiß nicht nur formal, nicht nur künstlerisch gemeint; es bezieht sich auch auf die Gesinnung dieses vielgelästerten und vielgeliebten Programms, die man nur „anständig" nennen kann. Und als eine von vielen ähnlichen oder gar gleichen ausländischen Pressestimmen zeigt es, wo die Welt steht: nicht hinter der CDU, sondern hinter Gert v. Paczensky —, der hier nicht nur persönlich, sondern mehr noch als Repräsentant des besseren Deutschland gemeint ist (das es im eigenen Lande immer schon schwer hatte).

J. W.

Die Lage

Manfred Pahl-Rugenstein

Politische Windstille?

Am Pfingstmontag endete das Pontifikat von Johannes XXIII. Weltweite Aufmerksamkeit, weit über den Kreis der Katholizität hinaus, wandte sich seiner Persönlichkeit zu. In den 55 Monaten seines päpstlichen Wirkens hat er die katholische Christenheit und darüberhinaus alle Christen und alle Menschen guten Willens unausweichlich in die christliche Verantwortung in dieser Zeit, im Atomzeitalter hineingestellt. Nicht nur die Einberufung eines großen ökumenischen Konzils und die die Rassenschranken überspringende Berufung von 52 neuen Kardinälen, sondern vor allem seine großen Enzykliken Mater et magistra und Pacem in terris haben die Völker und hoffentlich auch die Lenker der Staaten aufgerüttelt. Die darin enthaltenen Worte des Ausgleichs, des Friedens, die darin enthaltenen Forderungen des Verhandelns, der Abrüstung, der Errichtung eines neuen Gesetzes des Vertrauens anstelle des unsicheren und gefährlichen Zustan-

des des Gleichgewichts der militärischen Apparate, die Bekundung, man müsse mit jedem verhandeln, um das Gute zu erwirken oder auf das Gute hinzuwirken, all dies ist seine Anweisung für ein Handeln aus christlicher Verantwortung. Wohl seit 150 Jahren gibt es in der Geschichte der römischen Kirche kein gleich großes Zeugnis solcher tätigen Aktivität für den Frieden in der Welt. Vielleicht läßt sich dieses erst wahrhaft ermessen, wenn man sich der in einigen katholischen Kreisen in den letzten Jahren laut gewordenen Fluchtgedanken entsinnt, daß „der Opfertod von Millionen von Menschen in einem Atomkrieg unter Umständen im Sinne einer wahren Theogonie des Kreuzes gottgewollt" sei. Beim Tode eines Papstes werden gemäß dem Kanon 229 des kanonischen Rechts sowie der Sedisvakanzkonstitution Papst Pius' XII. vom 8. Dezember 1945 alle Kongregationen und Kardinalskongregationen aufgehoben. Überall in der Welt hegt man die Hoffnung, daß der neue Papst, dem es anheimgestellt ist, das Werk des Friedenspapstes Johannes tätig fortsetzen werde.

Der Friede ist nicht nur der große Wunsch aller gutgesinnten Menschen in unserer Zeit, er ist die zentrale Forderung geworden, von dessen Verwirklichung die Zukunft der Welt abhängt. Das Unbehagen über sich zusammenballende Kriegsgewitterstürme, deren Vernichtungsblitze herniederzücken könnten, auch ohne daß jemand mit kaltem Bewußtsein auf den Vernichtungsknopf gedrückt hat, ist in jüngster Zeit in raschem Anwachsen begriffen. An vielen Orten der Welt ist die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen in diesen Wochen erhoben worden. Und das geschah keineswegs von radikalen Gruppen, subversiven Ideologen, die nur Unruhe stiften sollen oder wollen, sondern die Unruhe in der Welt ist durch die immer rasanter fortschreitenden Superrüstungen gestiftet worden, und die Menschen erkennen, daß jetzt die Stunde der Vernunft und des Einhaltens gekommen ist. Auf Initiative des mexikanischen Präsidenten López Mateos haben fünf führende lateinamerikanische Staaten, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko, der Abrüstungskonferenz in Genf den Text einer gemeinsamen Erklärung überreicht, in der diese Staaten den Verzicht auf die Anschaffung nuklearer Waffen erklären und die anderen lateinamerikanischen Staaten zum Anschluß an diesen Verzicht auffordern. In der Erklärung wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieses Vorbild ein Beispiel für die übrige Welt sein sollte*). Bei seinem Besuch in Mexiko-City am 30. Mai begrüßte Bundesaußenminister Dr. Schröder in einer Pressekonferenz die Initiative des mexikanischen Präsidenten und erklärte, er halte diese atomwaffenfreie Zone in dieser Region „für einen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens". Wenn also der Bundesaußenminister in solchen Zonen ein Mittel der Entspannung und des Friedens sieht, warum sollte dann in Europa, in beiden Teilen Deutschlands und angeschlossenen äquivalenten Zonen, dieses Mittel versagen und hier die Kriegsgefahr durch Waffenanhäufungen, wie sie sonst außerhalb der beiden großen Atommächte in solchem Umfang nirgendwo in der Welt existieren, gebannt werden können? Sicherlich verlangt Europa andere Wege der Lösung dieses Problems, aber das Prinzip der Entspannung und der Sicherung des Friedens durch Rüstungsverminderung, Abbau der atomaren Waffenvorräte, eines Prinzips nicht nur der ratio, sondern auch der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit, hat überall die gleiche Gültigkeit.

Ein bedeutsamer Vorgang ist deswegen auch die Erklärung aller an der Konferenz der afrikanischen Staaten in Addis Abeba Beteiligten, daß Afrika eine atomwaffenfreie Zone sein solle. Dieses Postulat wurde bereits vor drei Jahren von der UNO-Vollversammlung in einer Resolution angenommen. Zu den führenden

*) Vgl. die Zusammenstellung der Texte zum Problem „Atomwaffenfreie Zone" in den „Dokumenten zum Zeitgeschehen" dieses Heftes.

Anwälten dieser afrikanischen Politik gehören die Regierungen Mali's und des Sudans, deren Bedeutung beim Heranreifen der afrikanischen Welt nicht unterschätzt werden darf.

Ein geographischer Anschluß hieran ist der Vorschlag der Sowjetunion an die betroffenen Regierungen, das Mittelmeer zur atomwaffenfreien Zone zu machen. Kaum ausgesprochen, wurde er im Westen als „Propaganda" deklariert, und westliche Militärexperten wiesen ihn als einen Versuch ab, die im Mittelmeer stationierten drei Polaris-U-Boote zu vertreiben und somit eine Verschiebung der militärischen Gewichte herbeizuführen. In der Tat haben heute weder die USA noch die SU atomare Stützpunkte im Mittelmeer nötig, um den anderen Kontinent mit Atomwaffen zu erreichen. Beide haben zudem die Möglichkeit, beliebig nach eigenem Willen im Mittelmeer mit atomaren Waffen spazierenzufahren. Das weiß Chrustschow sehr wohl. Sein Vorschlag muß also noch andere Wurzeln haben. Vielleicht hilft es weiter, sich einmal des Vorschlages von 1955 zu erinnern, mit dem der Osten ein Rüstungs-Embargo im Umkreis der arabischen Welt forderte, um einen möglichen Kriegsherd im Nahen Osten auszuschalten. Muß nicht im Osten wie im Westen der Gedanke unheimlich sein, Ägypten und Israel könnten eines Tages in baldiger Zukunft im Besitz atomarer Waffen sein? Liegt nicht auch das Frankreich de Gaulles am mittelmeerischen Ufer und strebt nach eigenen Atomsuperwaffen? So gesehen wird aus dem Vorschlag der SU alles andere als ein Manöver der Verdrängung und der Propaganda; vielmehr könnte er bei gemeinsamen ernsthaften Verhandlungen hierüber ein für Ost und West gleichermaßen nützliches Instrumentarium der Entspannung und der Befriedung sein.

Es kann niemals der Sinn der Abrüstung sein, das vorhandene atomare Gleichgewicht zu stören, ein Gleichgewicht, das in seiner heutigen Patt-Stellung in eine Atom-Ohnmacht umschlägt, die lähmend und gefährlich auf die gesamte weltpolitische Entwicklung einwirkt. Atomwaffenfreie Zonen liegen deshalb im Interesse aller Mächte, und die Notwendigkeit, sie einer Kontrolle, einer Luft-, Boden-, Wasserinspektion zu unterstellen, läßt sich auf diesen Gebieten, außerhalb des Territoriums der beiden atomaren Großmächte, effektiv verwirklichen, da ein Eindringen in atomare Rüstungsgeheimnisse der Gegenseite hierbei nicht geschieht. Die Weltorganisation der UNO kann dabei eine sehr positive Rolle spielen. Es mag durchaus kein Zufall sein, daß der finnische Staatspräsident Kekkonen seinen Vorschlag der Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im skandinavischen Raum kurz vor dem Zeitpunkt machte, an dem der Generalsekretär der UNO, U Thant, Helsinki besuchte. Nichts wäre billiger, als Kekkonen nachzusagen, er habe sich mit diesem Vorschlag „zum Sprecher der Sowjets" gemacht. Zwar haben sich in Skandinavien alsbald Stimmen gemeldet, die meinten, Kekkonen hätte seinen Vorschlag zuvor mit den skandinavischen Staaten besprechen sollen und man könne ihm nicht folgen. Doch zeigt die Haltung von Norwegen und Dänemark in Ottawa, wo diese Staaten die Beteiligung an der vorgesehenen multilateralen Atomstreitmacht verweigerten und auch weiterhin auf ihrem Standpunkt beharrten, keine Anwesenheit atomarer Waffen auf ihrem Territorium zuzugestehen, daß man hier keinesfalls bereit ist, das Rüstungskarussell blindlings mitzudrehen, daß man nicht nur fasziniert auf die „Abschreckung" blickt, sondern deutlich die mit dieser Bewaffnung verbundenen Gefahren für den Frieden erkennt.

Aus Ottawa zurück, hat sich in Kiel Verteidigungsminister von Hassel entschieden gegen den Vorschlag von Kekkonen ausgesprochen. Vor der Öffentlichkeit hat der neue Verteidigungsminister innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik mehrmals betont, daß er die von seinem Vorgänger Strauß befolgte Rüstungspolitik konsequent weiter vertrete. (Vgl. den Beitrag über die Konferenz von

Ottawa in diesem Heft.) Es besteht das Verlangen der Bundesrepublik, an einer Atomstreitmacht beteiligt zu sein, und die jetzt schon weitaus größte europäische Streitmacht des Westens weiterhin zu verstärken. Die Minister von Hassel und Schröder haben in den letzten Monaten immer wieder betont, wie sehr sie in diesen Waffen ein „politisches" Instrument erblicken. In der Tat ergeben sich politische Konsequenzen, die man jedoch keineswegs positiv beurteilen kann. Im Zusammenhang mit den doppelzüngig wirkenden Pfingstreden auf den Treffen der Flüchtlingsverbände — auf denen u. a. die Bundesminister von Hassel und Seebohm auftraten — sind die totalen Rüstungsanstrengungen der Bundesrepublik, die über Armee und Bewaffnung hinaus das gesamte zivile Leben der Bundesrepublik durchdringen wollen (Notstandsgesetze, Eingriffe in das Grundgesetz, Luftschutzdienstpflicht, Dienstleistungsgesetz, Arbeitsverpflichtung), sowohl im Osten als auch im Westen Anlaß zu ernsthafter Besorgnis geworden. Die größte Sorge aber um die Erhaltung des Friedens und seine notwendige und zweckmäßige Sicherung müssen wir Deutsche selbst haben. Der Gedanke wäre absurd, sich, mit Sebastian Haffner zu reden, zu Tode zu rüsten, um dann mit gewaltiger bewaffneter Macht ein sozial und wirtschaftlich absteigendes Land der Kasernen und der schlechten Straßen, der fehlenden Schulen und unterentwickelten Fabriken, schließlich ein der Gefahr des wissenschaftlichen Kretinismus und der technischen Rückständigkeit ausgesetztes Land „verteidigen" zu wollen. Genau so absurd wäre der entgegengesetzte Gedanke, die in Westdeutschland vorhandenen Divisionen und Waffen einseitig abzuschaffen und auf das „Gleichgewicht des Schreckens" zu vertrauen. In diesen Tagen erst hat Präsident Kennedy in der amerikanischen Luftwaffen-Akademie in Colorado Springs davor gewarnt, in diesem Gleichgewicht heute noch eine sichere Friedensgarantie zu sehen. Gleichzeitig sagte er, daß Sicherheit heute nicht mehr dadurch gewonnen werden kann, daß man noch größere Atombombenbestände anhäuft oder die Atomraketen unter noch stärkeren Betondecken eingräbt.

Selbst mit einem präventivem Atomschlag kann heute ein Angreifer seine Vernichtung nicht verhindern. Das weiß der Osten wie der Westen. Das aber bedeutet, daß die beiden großen Atommächte sich sehr wohl überlegen werden, ob sie in einer Stunde X den totalen Atomschlag tatsächlich auslösen sollen. In der Tat besteht bei allen NATO-Staaten ein, wenn auch nicht immer direkt ausgesprochener, Zweifel daran, daß dieses geschieht, wenn kriegerische Handlungen nicht unmittelbar das amerikanische oder sowjetische Staatsgebiet berühren. Mit Besorgnis blicken viele Menschen in der Welt auf den deutschen Krisenherd. In ihrem Denken geht eine Gefahr für den Frieden nicht von Südamerika aus, auch nicht von Afrika, von der Schweiz oder von Skandinavien, von Österreich oder von Fanfani und Nenni, auch nicht von Macmillan oder seinem wahrscheinlichen Nachfolger Wilson. In ihren Überlegungen spielt es auch eine Rolle, daß Frankreich trotz seines militärischen Alleinganges keine territorialen Forderungen in Europa hat und offensichtlich bereit ist, seine wirtschaftlichen Probleme mit Nordafrika friedlich zu lösen. Eine Gefahr für den Frieden sehen diese Menschen in den politischen und militärischen Verhältnissen in beiden Teilen Deutschlands, die sich eines Tages ohne besonderes Zutun und ohne direkten Willen zu einer Katastrophe entladen können, wenn nicht vernünftige Wege zur Lösung des deutschen Problems beschritten werden. „Es ist unmöglich, die Dinge treiben zu lassen und sich mit dem Status quo abzufinden. Die deutsche Spaltung ist eine Zeitzünderbombe. Wenn sie nicht entschärft wird, ist auf die Dauer ein kriegerischer Zusammenstoß in Mitteleuropa unvermeidlich", sagte der frühere deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Hans Kroll, in einem Gespräch mit Dr. Thilenius von der Süddeutschen Zeitung (Nr. 130 v. 31. Mai 1963). Dr. Kroll sagte, er habe sich

während seiner Tätigkeit in Moskau davon überzeugen müssen, „daß bei einer Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kräfte-Relation zwischen Ost und West die Wiedervereinigung nur im Wege eines langwierigen historischen Prozesses zu lösen ist." Dr. Kroll, der in der Koexistenz kein Ziel, sondern eine Methode sieht, bekannte sich zu einem friedlichen Wettkampf zwischen den beiden Systemen: „Die Sowjetunion kann es sich einfach nicht leisten, nach dem Eintritt der Menschheit in die atomare Ära einen Weltkonflikt, der sich automatisch zu einem thermonuklearen Konflikt ausweiten wird, zu riskieren. Eine solche Politik wäre gleichbedeutend mit Selbstvernichtung. Das weiß auch Herr Chrustschow sehr gut. Außerdem würde sie aber auch im Widerspruch stehen zu dem erklärten Ziel der Sowjetregierung, auf dem Wege über die wirtschaftliche Entwicklung den Westen zu überrunden . . ." Im Interesse der Wiedervereinigung und der Zukunft des deutschen Volkes hält Dr. Kroll „direkte Gespräche mit Moskau für nützlich". Der Besuch des Krupp-Direktors Beitz in Moskau, sein langes Gespräch mit Chrustschow, sind ein sichtbares Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft, was auch Dr. Kroll bejaht, in der Zusammenarbeit mit dem Osten bedeutende Möglichkeiten sieht. Das westliche Embargo hat es nicht vermocht, die industrielle Entwicklung der Sowjetunion wirksam zu erschweren. Die Politik des Kalten Krieges und des Wirtschaftskrieges, wie sie u. a. von der Bundesregierung durch die Verhängung eines Röhren-Embargos betrieben wurde, hat sich als Bumerang erwiesen: sie schädigte die eigene Wirtschaft, sie veranlaßte die Sowjetunion zur Errichtung einer eigenen Röhrenfabrikation und sie gab nicht zuletzt anderen westlichen Staaten die Chance einer Intensivierung ihres Handels mit der Sowjetunion.

Dieses Problem der wirtschaftlichen Koexistenz hat aber noch eine andere Seite. In den USA gibt es Überlegungen, daß bei einem Abbau auf dem Rüstungssektor die Zuwachsrate der zivilen Produktion und damit des Warenangebots auf dem inneren und dem äußeren Markt in den USA hinter dem Zuwachs in der Sowjetunion sehr zurückbleiben würde. Schon aus diesem Grunde, so argumentieren diese Kreise, müsse man die Sowjetunion „niederrüsten", um die eigene Handelsposition nicht zu gefährden. Im Handelsblatt vom 24./25. Mai 1963 (Nr. 98, S. 13) finden sich sehr bemerkenswerte Ausführungen von Prof. Dr. Helmut Lipfert, Hamburg, betitelt „Zuviel amerikanisches Kapital für Europa". Die Ausführungen sind einem Vortrag entnommen, den Prof. Lipfert kürzlich an der Harvard-Universität in Cambridge, USA, gehalten hat. Er führt aus: „Es ist — leider — unbestreitbar, daß sich die USA in einem circulus vitiosus von Zahlungsbilanz, Wachstumsrate und privatem Kapital-Export (insbesondere Direktinvestitionen in Europa) befinden. Die im Vergleich zu Europa relativ kleine Wachstumsrate der USA trägt ... sehr wesentlich zu der Bereitschaft amerikanischer Unternehmen bei, im Ausland zu investieren. Ceteris paribus verschlechtert der US-Kapitalexport die Zahlungsbilanz, was Abflüsse von Gold und Devisen aus den USA zur Folge hat. Die Verminderung der Gold- und Devisen-Reserven gibt sehr wahrscheinlich Veranlassung zu einer Kredit- und Budget-Politik, die ein Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums der USA hinter dem ohne Zahlungsbilanzschwierigkeiten möglichen Optimum zur Folge hat." Prof. Lipfert weist auf die hohen „gesellschaftlichen Kosten" des Kapitalexports hin und führt aus, indem er auf den großen Rücktransfer, die europäischen Geldexporte nach den USA hinweist, daß es sich hierbei „insbesondere um große Bestände amerikanischer Schatzwechsel handelt, die die Deutsche Bundesbank unterhält, um die von anderen europäischen Zentralbanken in starkem Ausmaß durchgeführte Umwandlung von Dollarguthaben in Gold zu vermeiden. Die europäischen Geldexporte sind also bewußte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung

und Stabilisierung des bestehenden internationalen Währungssystems mit dem US-Dollar als Leit- und Reservewährung". Prof. Lipfert kritisiert die amerikanischen Direktinvestitionen in der Bauwirtschaft der Bundesrepublik, die in diesem eindeutig am stärksten konjunkturell überhitzten Bereich der deutschen Volkswirtschaft zusätzlich unbesetzte Arbeitsplätze schaffen (die nun von Italienern besetzt werden), und „in starkem Maße zu den inflationären Tendenzen in der Bundesrepublik beigetragen" haben.

Von dieser Wirtschafts-Situation her wird es auch verständlich, wenn die amerikanische Wirtschaft, sowohl die Industriepartner als auch die staatlichen Stellen, nach immer neuen Rüstungsaufträgen verlangen, um den Arbeitsmarkt zu beschäftigen, Gewinne zu erzielen und die Devisenbilanz zu entlasten. Von dieser Seite her wurde das Angebot der Bundesregierung, sich an den Kosten einer neuen multilateralen Atomstreitmacht zu beteiligen, geradezu heißhungrig angenommen. Und die Bundesregierung in Bonn gab eine Zusage, rund zehn Milliarden DM hierfür zu zahlen, auch wenn es sich dabei um eine Flotte von Raketenfrachtern (Walter Lippmann nannte sie „eine atomare Lächerlichkeit") handelt, und von einem Mitspracherecht an ihrem atomaren Einsatz nicht die Rede sein darf.

Die Konferenz in Ottawa hat auf's neue ergeben, daß die Intelligenz von Tausenden von Generalen und Militärstäblern heute nicht ausreicht, eine funktionierende und effektiv wirksame Verteidigungsstrategie zu entwickeln. Es liegt dieses, das muß gesagt werden, nicht an mangelnder Intelligenz der damit Beschäftigten; es liegt an der Natur der atomaren Waffensituation unserer neuen Zeit. Es liegt nun an uns, den beteiligten Menschen, hieraus die Konsequenzen zu ziehen: einzusehen, daß Sicherheit und Frieden in einer Politik aus Vernunft und Realismus gegründet sind, und daß Waffenanhäufungen der jetzigen Art, ganz abgesehen von jedweder mißbräuchlichen Benutzung, Unsicherheit, Unfrieden und politische Lähmung bedeuten. Allein die auf die Bundesrepublik in den nächsten Jahren zukommenden Ausgaben, die eintreten, wenn die Rüstungspläne, wie sie jetzt vorliegen, verwirklicht werden sollen, sind ein Lebensproblem für uns. Der Bundesbank-Präsident Blessing hat in aller Öffentlichkeit die Ausgabenpolitik der Bundesregierung scharf angegriffen. „Die Diktatur der leeren Kassen beginnt", sagte er, und erklärte, „daß in den letzten Jahren die öffentliche Hand auf finanziellem Gebiet schwer gesündigt" habe. Das günstige äußere Bild der Konjunktur könne nicht darüber hinwegtäuschen, erklärte Blessing, daß durchaus nicht alles in unserer Wirtschaft zum Besten sei. — In der Tat ist heute noch nicht abzusehen, wann der Bundesetat 1963 vom Parlament und Bundesrat verabschiedet werden kann. Der Bundesrat hat den vorgelegten Entwurf abgelehnt und der Bundesregierung verweigert, das Defizit von zwei Milliarden DM in dem 58-Milliarden-Etat durch eine Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zu Lasten der Länder von 35 auf 40,5 % und ab 1964 sogar 41,5 % zu decken. Der Bundestag hatte in eifriger Ausschußarbeit zuvor die Haushaltansätze der Einzelpläne bis auf den Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung) kräftig gekürzt. Eben die Verteidigungsausgaben wurden aber in dieser Zeit von der Bundesregierung um 2,5 Milliarden DM erweitert. Das Defizit blieb. Die Presse berichtete darüber, daß Bundesfinanzminister Dahlgrün für 1964 mit einem abermals um 1 bis 2 Milliarden DM erhöhten Wehretat von 19,5 bis 20 Milliarden DM rechnet. Die Nürnberger Nachrichten meldeten sogar: „Dem Vernehmen nach hat das Verteidigungsministerium 21,6 Milliarden DM für 1964 angefordert." In der Etat-Beratung im Plenum des Bundestages zu den Verteidigungsausgaben sagte der SPD-Experte Fritz Erler u. a.: „Die Drohung der massiven Vergeltung gegen jede Form eines

Angriffs ist nicht mehr in jedem Falle glaubwürdig geblieben ... Das Risiko für die Vereinigten Staaten von Amerika bei Anwendung einer solchen Drohung im Notfalle wären schwerste Verluste; das Risiko für Europa wäre seine völlige Zerstörung. Darüber müssen wir uns ganz nüchtern Klarheit verschaffen." Diese Forderung nach nüchterner Klarheit ließ es trotzdem geschehen, daß eine weitgehende Übereinstimmung zwischen von Hassel und der SPD sich herausgestellt hat. Erstmals in der Geschichte der Haushaltsberatung des Bundestages gab die SPD durch weitgehende Stimmenthaltungen dem Verteidigungsetat der Bundesregierung ihr Placet. In Stuttgart, im Großen und Ganzen unbeachtet und ohne Wirkung, verhallten indes die Worte des Bundesministers für Wissenschaft, Lenz, daß man die Ausgaben für die Wissenschaft gleichrangig setzen müsse mit den Ausgaben für die Rüstung.

In der Fragestunde des Bundestages verurteilte die Regierung die Breslau-Sendung des Fernseh-Redakteurs Neven du Mont und unterstellte den Funkanstalten als öffentlich-rechtlichen Institutionen, daß sie den Interessen des Bundes, d. h. den Zielen der jeweiligen Regierungspolitik, nicht entgegenzuwirken hätten. Dem Bundesbürger soll also zugemutet werden, sich mit einer vorfabrizierten Meinung berieseln zu lassen, statt gerade entsprechend dem Artikel 5 des Grundgesetzes aus vielfältiger freier Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen sich selbst demokratisch seine Meinung zu bilden. Die Ausschaltung des Chefredakteurs der „Panorama"-Sendung, Gerd von Paczensky, gehört ebenfalls in die jüngste Chronik undemokratischer Ereignisse. Während der frühere Minister Oberländer erneut in den Bundestag einzieht, der frühere Minister Strauß in Israel den „Spiegel" als die heutige Gestapo bezeichnet und Erklärungen abgibt, als wäre er noch Bundesminister oder gar Kanzler oder Außenminister*), wird bekannt, daß die Bundesrepublik afrikanischen Staaten Militärhilfe leistet. Der Abgeordnete Kalbitzer bezichtigt in einem offenen Brief an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Scheel, die Bundesregierung der Heimlichtuerei und Verschleierung und stellt die Frage, „welches Bundesministerium ohne Wissen des Bundestages über militärische Entwicklungshilfe entschieden" habe. Im Bundeshaushalt 1963, stellt Kalbitzer fest, sind keine Mittel für diese militärische Entwicklungshilfe vorgesehen**).

---

*) Die Skandal-Affäre Profumo, der „Fall" des britischen Armeeministers, der dem Parlament vor einigen Monaten wissentlich falsche Auskunft über seine Beziehungen zu dem Call-Girl Christine Keeler gab und nun nach Aufdeckung der Tatsachen sofort zurücktreten mußte, legt einen Vergleich mit dem „Fall Strauß" nahe. Der „Mittag" schrieb dazu treffend: „Ein englisches Parlament läßt sich von einem Minister unter gar keinen Umständen anlügen, bei uns ‚kommt's drauf an', in England bereuen die prominenten Sünder öffentlich und verschwinden ins Privatleben, in England spricht der Premier von einer Tragödie und meint die Lügerei, bei uns gibt es einen großen Fackelzug und kleine Bewährungsfrist." (7. Juni.)

**) Siehe dazu das Urteil des vor allem als Afrika-Kenner hervorgetretenen Publizisten Werner Holzer im Leitartikel der „Frankfurter Rundschau" vom 8. Juni: „Kein Staat Afrikas kann sich den Luxus eines kostspieligen Militärapparates erlauben, und zum Glück für die meisten dieser Staaten besteht auch keine Notwendigkeit dazu. Das ist eine Tatsache; auch wenn der eine oder andere Politiker in Afrika mit einem Male auch militärischen Ehrgeiz verspürt. So richtig es ist, wenn wir den jungen Staaten helfen, gutgeschulte Polizeiorganisationen aufzubauen, die die innere Sicherheit garantieren, so sinnlos ist militärische Hilfe; denn militärische Hilfe gibt man nicht nur einer Seite, sondern gleichermaßen gegen jemanden anders. Unsere Parlamentarier wären gut beraten, wenn sie bei der nächsten Haushaltsdebatte im Verteidigungsetat auch die letzte Mark für solche Zwecke streichen würden. Eine einzige Schule in Afrika ist wichtiger als eine ganze Armee."

All dies geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem in Italien nach dem Linksruck der letzten Wahlen eine schwierige neue Regierungsbildung vor sich geht, in Frankreich die Frage gestellt wird „Was kommt nach de Gaulle?", in England die Ablösung des Kabinetts Macmillan durch ein Labour-Kabinett unter Wilson sich abzeichnet, in der Bundesrepublik selbst das Ende der Ära Adenauer bevorsteht. Der Kanzler-Kandidat der CDU, wählen kann ihn allein der Bundestag, Prof. Erhard, übernimmt ein schweres Erbe. Seine Wahlreden, die er jüngst im niedersächsischen Wahlkampf gehalten hat, zeugten davon, daß er es versteht, die ganze Problematik unserer deutschen Situation mit geschickten Formulierungen zu glätten. In unserer Demokratie möchten wir jedoch von dem künftigen Bundeskanzler vor seiner Wahl mit klaren Worten hören, welche politische Konzeption er als Kanzler vertreten wird. Sein Eintreten in Brüssel innerhalb der EWG und jüngst bei den Beratungen der WEU für England haben nicht zu einem praktischen Ergebnis geführt. Erhard mußte die schnöde Bemerkung des französischen Außenministers hinnehmen, „England könne ja in der Zeitung nachlesen, was man in der EWG täte." Auch sein Eintreten auf der GATT-Konferenz hat dieses Gremium in der Sache selbst nicht voran gebracht. Auf Erhards Vorschlag hin erhält ein neugebildeter Ausschuß für Handelsverhandlungen anstelle der ursprünglichen Aufgabe (über die man sich nicht einigen konnte), Kriterien für die Feststellung von hemmenden Einflüssen von Disparitäten auf den Handel auszuarbeiten, nun lediglich den Auftrag „Merkmale für die Bestimmung eindeutiger Disparitäten zwischen den verschiedenen Zoll-Niveaus" auszuarbeiten. Im übrigen ermöglichte es dieser Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Erhard, die eigentlichen Auseinandersetzungen bis zum Beginn der sogenannten Kennedy-Runde im Mai 1964 hinauszuschieben. Prof. Erhard ist sicherlich ein großartiger und begabter Denker, der weiß, daß Politik und Wirtschaft dem Menschen dienen müssen, daß beide nicht für den Menschen Unfreiheit oder gar Gefährdung bringen dürfen. Er ließ sich zusammen mit dem Staatssekretär Dr. Lahr von Krupp-Direktor Beitz über seine Moskauer Besprechungen Bericht erstatten. Er wird sicherlich daran denken, den für unsere Wirtschaft so notwendigen Handel auch gegenüber dem Osten in vernünftiger Weise zu intensivieren. Und dieses wird sich, das ist vorauszusehen, entspannend auswirken auf unser Verhältnis zu den Staaten des Ostens. Jedoch die unter der Regierung Dr. Adenauers noch bis zuletzt mit so viel Nachdruck geschaffenen politischen und militärischen Tatsachen werden für Erhard ohne Zweifel ein belastendes Erbe bilden. Der deutsch-französische Vertrag hat trotz der engen Konsultationsbindung die französische Außenpolitik nicht beeinflußt, sich aber gegenüber den USA, gegenüber England und auch gegenüber dem Osten als ein Element des Mißtrauens, besonders auf militärischem Gebiet, erwiesen. — Der amerikanische Präsident Kennedy, diese Anmerkung sei hier erlaubt, wäre gut beraten, wenn er in dieser Zeit der Übergänge in Europa, wie sie oben kurz aufgezählt wurden, dem alten Kontinent noch keinen Besuch abstatten würde. Gerade deshalb, weil sowohl die USA als auch die Staaten Europas und die Bundesrepublik ein gemeinsames Interesse an einer friedlichen Entwicklung in Europa haben, mag zu Recht der Überlegung Raum gegeben werden, daß ein späterer Besuch des Präsidenten bedeutsamere Auswirkungen für eine gemeinsame westliche Politik und die internationale Entspannung haben wird. Ein Bundeskanzler Erhard, der sich 1949 für den vielfach bekämpften Entschluß des konsequenten Übergangs zu einer freien Marktwirtschaft in Verbindung mit der Währungsreform einsetzte, könnte, an der Spitze einer neuen westdeutschen Regierung, in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Präsidenten, dem Vertreter des militärisch und wirtschaftlich mächtigsten Staates der westlichen Welt, sich ebenso zu einem kühnen Schritt des

Ausbrechens aus dem wirtschaftlich, finanziell und militärisch nicht weiter tragbaren Wettlauf der Rüstungen entschließen, einem Schritt, der seinerseits ungeahnte Rückwirkungen auf das Verhältnis zwischen Ost und West haben würde. „Handel schafft Wandel", stellt Werner Höfer in der Neuen Illustrierten in einer Kolumne zum Beitz-Besuch in Moskau fest. Und in einer solcherart gewandelten Atmosphäre läßt sich dann auch eine andere Politik machen. Koexistenz ist in der Tat weder eine Forderung, die man stellen kann, noch ein Ziel, das man erreichen will: sie ist uns à priori auferlegt, so wie es uns aufgegeben ist, die atomare Gefahr zu bewältigen. Die große Aufgabe eines kommenden Bundeskanzlers ist es, die Gefahr eines Krieges in Deutschland, gleichgültig ob konventionell, halb- oder ganzatomar, auszuschalten. Das heißt aber nicht, die militärische Abrüstung muß „glaubhaft sein", sondern der Wille zur friedlichen Lösung der deutschen Probleme, zur Überwindung des Hitler-Erbes, zur Freundschaft mit den Völkern Europas und der Welt: dieser Wille muß glaubhaft sein!

Heute ist es die Rüstungspolitik, die Politik der Hallstein-Doktrin und des Wirtschaftskrieges, die Ausgaben- und Notstandspolitik der Bundesregierung Dr. Adenauer, die viele Politiker und viele Menschen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen Zweifel daran ziehen läßt, daß wir so der Wiedervereinigung und einer friedlichen Zukunft in demokratischer Freiheit näherkommen werden. Wir haben allen Anlaß zu fordern, daß ein demokratischer, fairer und freier Meinungsaustausch über diese ganze Problematik die Öffentlichkeit in den kommenden Monaten erfüllt.

(Abgeschlossen am 8. Juni.)

Prof. Seymour Melman, Columbia Unisersity, New York

Der Sättigungsgrad der Rüstung

Kurz nachdem uns Präsident Kennedy sein Militär-Budget für 1964 vorgelegt hatte, das sich auf 56,7 Milliarden Dollar belief, erklärte uns der Verteidigungsminister McNamara: „Wir rechnen damit, daß unsere Streitkräfte heute immer noch die Sowjetunion zerstören können, ohne auf die Mitwirkung der vorhandenen taktischen Luftwaffeneinheiten, der auf den Flugzeugträgern befindlichen Verbände oder der Thor- und Jupiter-Mittelstreckenraketen angewiesen zu sein."

Grundlage dieser Beurteilung ist die militärische Tatsache, daß Amerika eine militärische Über-Vernichtungskapazität besitzt, die nahezu jegliche Vorstellungskraft übersteigt. Der Gedanke dieser Über-Vernichtung ist eine Erfindung des atomaren Zeitalters. Zu keiner Zeit vorher konnte man sich Waffen denken, die ausreichen würden, die Menschen mehr als einmal zu töten. Heute jedoch ist der Überfluß an militärischer Macht so groß, daß schon die einfache Überlegung eine Reduzierung des Militärbudgets verlangt. Ohne die ungeheuren bereits vorhandenen Streitkräfte zu verringern, könnten wir das Militärbudget genügend beschneiden, um viele drängende nationale Probleme anzupacken und der amerikanischen Politik neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Im Jahre 1963 stehen der amerikanischen Luftwaffe und Marine ungefähr 3390 strategische Waffen, Großflugzeuge und Raketen zur Verfügung. Diese großen Trägerwaffen können Sprengköpfe tragen, deren Gesamtwirkung gleich der von

21,97 Milliarden Tonnen TNT ist. (Die Bombe von Hiroshima, die 100 000 Menschen tötete, hatte eine Sprengkraft von 20 000 Tonnen TNT.) In diese Zahlen nicht eingeschlossen sind die Jagdbomber, Mittel- und Kurzstreckenraketen, Torpedos, Minen, die Artillerie und die taktischen Raketenwerfer, wie die „Davy Crockett". Die Vorräte an Sprengköpfen betragen wahrscheinlich das Doppelte von dem, was heute die vorhandenen Großflugzeuge und Raketen zum Einsatz bringen könnten.

Worin liegt die mögliche militärische Bedeutung von soviel atomarer Macht? Benützen wir einmal den Terminus „Hiroshima-Äquivalent" (für das oben erwähnte Verhältnis) in einigen militärischen Rechnungen, die gleichzeitig gespenstisch und realistisch sind.

Auf der gesamten Erdoberfläche gibt es zur Zeit ungefähr 2000 Städte mit über 100 000 Einwohnern, zusammen ungefähr 600 Millionen Menschen umfassend. Wenn alle diese Städte Ziel einer atomaren Vernichtung wären und wenn man 30 Prozent an Nichttreffern einkalkuliert, dann könnten a l l e i n die strategischen Trägerwaffen der Vereinigten Staaten das Äquivalent von $2^1/_2$ Millionen Tonnen TNT gegen jeweils 100 000 Menschen zur Explosion bringen. Da aber 20 000 Tonnen genügten, um 100 000 Menschen in Hiroshima umzubringen, besitzen die Vereinigten Staaten nun eine 125fache Über-Vernichtungskapazität in diesem globalen Maßstab.

Im chinesisch-sowjetischen Block gibt es ungefähr 370 Städte, deren Einwohnerzahl sich auf annähernd 1400 „Hiroshima-Äquivalente" beziffert. Wiederum, bei einer Fehlleistung von 30 Prozent, besteht eine 500fache Über-Vernichtungskapazität in bezug auf das gesamte chinesisch-sowjetische Gebiet.

Operativ wirksame strategische Waffensysteme im Kalenderjahr 1963*)

Type	Waffensystem	Anzahl der Träger	Tragfähigkeit pro Trägerwaffe in Megatonnen	Gesamttragfähigkeit in Megatonn.	
US-Luftwaffe					
Flugzeuge	B 47	600	10	6000	1300 Flugzeuge
	B 52	600	20	12000	mit 20 000 MT
	B 58	100	20	2000	(Megatonnen)
Raketen	Atlas	120	(1)	120	700 Raketen
	Titan I	50	(1)	50	mit 700 MT
	Titan II	30	(1)	30	
	Minuteman	500	(1)	500	
US-Marine					
Flugzeuge	Skyhawk A - 4D	1000	(1)	1000	1150 Flugzeuge
	Skywarrior A - cD	150	(1)	150	mit 1150 MT
	(Vigilante A - 3J)	?	—	—	
Raketen	15 Polaris-U-Boote mit je 16 Raketen	240	0,5	120	240 Raketen mit 120 MT

*) Quelle: Congressional Record, 16. Januar 1962, S. 393—416

Anmerkung: In obiger Übersicht sind n i c h t enthalten: kleinere Flugzeuge, Mittel- und Kurzstreckenraketen, Torpedos, Minen, Artillerie, taktische Raketenwerfer („Bazooka", „Davy Crockett") usw. Die Sprengkopfvorräte sind möglicherweise mehr als zweimal so groß als die Tragfähigkeit der vorhandenen Trägerwaffen.

Anlagen mit beweglichen Teilen:
Anstieg jährlich 25 %.

Ein Militärbudget zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Streitkräfte

Ich glaube, es gibt wohl sehr wenige Amerikaner, die meinen, eine solche Über-Vernichtungskapazität würde nicht ausreichen. Viele Amerikaner werden sich damit zufrieden geben, daß wir in der Lage sind, alle Menschen des kommunistischen Blocks eben e i n m a l zu töten.

Demgemäß habe ich eine vorläufige Analyse des vorgeschlagenen Militärbudgets gemacht, um die Kosten der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Streitkräfte zu schätzen. Militärpersonal und Solderhöhungen werden beibehalten, ebenso das gesamte operative und Instandhaltungsbudget, denn dies sichert die Kontinuität der gegenwärtig existierenden Streitmacht. Der Beschaffungsposten hingegen kann mindestens um 6—10 Milliarden Dollar gekürzt werden. Aus den gleichen Gründen können die Posten Waffenentwicklung und Konstruktion stark verringert werden. Die Beträge zum Bau von Familienunterkünften werden beibehalten.

Der Posten Zivilverteidigung wird gestrichen, da dieser gesamte Komplex technisch unsinnig und politisch gefährlich ist.

Der Posten Militärhilfe wird gekürzt, weil eine weitere Verstärkung der vorhandenen militärischen Einrichtungen keinem sinnvollen Zweck mehr dient.

Der Regierungsvorschlag hinsichtlich der Atomenergie verdient eine Kürzung um ungefähr zwei Drittel, weil eine weitere Produktion von Sprengköpfen sinnlos ist. Die gegenwärtigen Vorräte an Sprengköpfen übersteigen bei weitem die Trägerkapazität. Das gleiche trifft auf die industrielle Vorratswirtschaft zu, die bereits zu einem wirtschaftlichen und physischen Hindernis geworden ist.

Zusammengefaßt: diese vorläufige Schätzung weist auf die Möglichkeit hin, den Voranschlag des Militärbudgets um 18—22 Milliarden Dollar zu kürzen, wobei die Streitkräfte, die bereits eine unglaublich große Über-Vernichtungskapazität haben, im Zustand voller operativer Bereitschaft gehalten werden können.

Die erwähnte Freimachung von 18—22 Milliarden Dollar im Bundesbudget für andere Zwecke sollte es ermöglichen, eine Reihe schwerwiegender nationaler Probleme anzupacken, die durch unsere anhaltenden riesigen Militärausgaben verursacht wurden.

Fünf nationale Probleme

Indem wir ungefähr 10 Prozent unseres Bruttosozialprodukts jedes Jahr für neue Streitkräfte ausgeben, entziehen wir anderen Verwendungsmöglichkeiten das Kapital und weisen unseren erstrangigen Produktionsfaktor — unser wissenschaftliches und technisches Talent — der militärischen Produktion zu. Nachdem wir das getan und ungefähr 450 Milliarden Dollar während der letzten 10 Jahre für diese Zwecke ausgegeben haben, ist das Ergebnis das atomare Patt mit der UdSSR, und: eine Reihe schwerwiegender nationaler Probleme.

1. Die zivile Wirtschaft der Vereinigten Staaten, die neuer Kapitalinvestitionen und technologischer Arbeitskraft beraubt ist, ist in eine Periode sich vertiefender

Stagnation eingetreten. Viele der Grundindustrien eines modernen industriellen Systems, wie z. B. die verschiedenen Maschinenindustrien, zeigen Symptome eines technologischen und wirtschaftlichen Rückgangs. Diese Industrien sind das Zentrum unserer unausgenützten Industriekapazität und industriellen Arbeitslosigkeit. Zehn Prozent des amerikanischen Bruttosozialproduktes werden für militärische Zwecke verwendet. In diesen zehn Prozent sind gut über die Hälfte der Wissenschaftler und Ingenieure der Nation enthalten, deren Dienste man für militärische Zwecke benötigt.

Diese Bedingungen unterminieren die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt. Im Jahre 1960 zum Beispiel — während wir ungefähr 10 Prozent unserer Güter und Dienste für militärische Zwecke ausgaben — haben die Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dafür nur vier Prozent ausgegeben. Während des gleichen Jahres verwendeten wir fünf Prozent für Maschinen und Industrieausrüstung, während die Länder der EWG dafür zehn Prozent ausgaben. Das Ergebnis war für alle zu sehen: Vollbeschäftigung und rascher wirtschaftlicher Fortschritt in den Ländern der EWG und wirtschaftliche Stagnation in vielen Gebieten der Vereinigten Staaten.

2. Der Goldabfluß aus dem Bundesschatzamt hat den Punkt erreicht, wo der internationale Wert des Dollars gefährdet wird. Vor zwölf Jahren besaß die US-Regierung 24 Milliarden Dollar in Goldbarren. Heute ist der Goldvorrat auf ungefähr 15 Milliarden geschrumpft. Das kommt den 12 Milliarden Dollar gleich, die gesetzlich für unsere Währung notwendig sind. Zur gleichen Zeit existieren ungefähr 19 Milliarden Dollar Ansprüche auf das Gold der Vereinigten Staaten seitens ausländischer Zentralbanken und verschiedener Privatpersonen. Wenn sich auch die Ursachen der ungünstigen Zahlungsbilanz dieser Jahre aus vielen Elementen zusammensetzen, ein Element beherrscht die Bühne und verändert eine günstige Handelsbilanz in eine ungünstige Zahlungsbilanz: die ungeheuren Dollarausgaben im Ausland für militärische Zwecke.

3. Wir haben im amerikanischen Leben etwas Neues entwickelt: eine Bürokratie, die einen militärisch-industriellen Komplex in den Vereinigten Staaten regiert. Die in besonderen Staaten und Gebieten stark konzentrierte Rüstungsindustrie (23,3 Prozent aller Industriebeschäftigten Kaliforniens arbeiten in der Rüstung; 30 Prozent in Kansas, aber nur 1,1 Prozent in South Carolina) nimmt ihre Aufträge direkt vom Verteidigungsministerium entgegen und erzeugt ihre Güter allein für diesen Kunden. Bislang sehen wir noch keine ernsthaften Schritte dieser Rüstungsindustriellen, die Umwandlung ihrer Firmen von der militärischen zur zivilen Wirtschaft vorauszuplanen.

4. Dreißig bis vierzig Millionen Amerikaner leben in tiefster Armut: sie haben armselige Unterkünfte, sind schlecht ernährt und schlecht gekleidet. Das Kapital, und, was noch wichtiger ist, die technischen Fähigkeiten, mit denen man die Produktivität dieser Menschen heben könnte, werden anderweitig verwendet. Eines der Ergebnisse ist, daß einer von sechs Amerikanern vom Markte ausgeschlossen ist, denn diese Männer, Frauen und Kinder können sich kaum den notwendigsten Lebensunterhalt leisten.

5. Während wir uns zu Hause und im Ausland auf die militärische Entwicklung konzentrierten, haben wir mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung in einem Zustand der nackten Armut belassen und so für die sowjetische Durchdringung anfällig gemacht. Unser Auslandhilfeprogramm war überwiegend militärischer Natur. Wir haben noch nicht begriffen, daß der Polizeistaat die vernünftige, notwendige Regierungsform wird, solange man die wirtschaftliche Entwicklung durch Steuereintreibungen bei den verarmten Bauernmassen finanzieren will. Dies wird weiterhin der Fall in Asien, Afrika und Lateinamerika sein, und zwar solange,

bis wir unsere riesigen Produktionsquellen organisieren, um eine Industrialisierung der übrigen Welt unter Bedingungen zu ermöglichen, die das Lebensniveau mit dem ersten Schritt verbessern. Die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder werden sich dann für eine wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit den Formen persönlicher und politischer Freiheit entscheiden können.

Die Lösung aller dieser Probleme fordert eine Umleitung unserer Reichtümer von der militärischen zur produktiven Verwendung. Denn im Gegensatz zum größten Teil der industriellen Produktion ist die militärische Produktion eine Sackgasse. Es werden Raketen gebaut. Aber man kann sie nur testen, nicht verwenden. Die Waffenproduktion erzeugt keine weitere Produktion, sondern nur das Anhäufen von Vorräten. Sie trägt nichts dazu bei, die wirtschaftlichen Probleme der USA oder der Welt in Ordnung zu bringen.

Neue politische Möglichkeiten

Die großen Einsparungen, die bei unseren militärischen Ausgaben möglich sind, und zwar selbst bei Aufrechterhaltung der riesigen Macht, würden uns erlauben, hinsichtlich unserer gesamten Weltstrategie neue Fragen zu stellen. Die Weltpolitik der Vereinigten Staaten wurde auf der Annahme begründet, daß die militärische Macht das unerläßliche Instrument zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte ist. Welche möglichen Alternativen zu dieser Auffassung gibt es? Könnte die Produktionskapazität der Vereinigten Staaten als Machtinstrument verwendet werden? Eine Kalkulation geht dahin, daß, falls wir unsere produktive Macht zur wirtschaftlichen Entwicklung zu Hause und im Ausland benützen, wir die sowjetischen Führer mit einer völlig neuen Lage konfrontieren könnten: mit einem industriellen Vorstoß der Vereinigten Staaten von solcher Wucht und politischer Konsequenz, daß die Sowjets, um ihm zu entgegnen, ihrerseits die Abrüstung ehrlich nehmen müßten. Denn die Sowjetunion besitzt keine unausgenützte Industriekapazität. Ihre kleinere industrielle Grundlage könnte einen größeren zusätzlichen Industrieausstoß nur dann leisten, wenn ihr militärischer Komplex umgewandelt würde. Könnte nicht eine solche Strategie, ein Wettlauf zum Frieden, die Sackgasse der Verhandlungen durchbrechen, in der heute alle Abrüstungsbemühungen stecken?

Schließlich: werfen diese Rechnungen bezüglich einer militärischen Über-Vernichtungskapazität nicht ein neues Licht auf das gesamte Problem der Risiken eines Atomversuchsstops? Gegen den Hintergrund der bereits vorhandenen massiven militärischen Macht scheinen die Risiken eines Vertrages mit der UdSSR über die Einstellung der Atomversuche unter einer vernünftigen Kontrolle eine günstige Gelegenheit zu sein, der Verbreitung der Kernwaffen Halt zu gebieten. Denn die Erweiterung dieser Super-Vernichtungskapazität erzeugt keine Sicherheit.

Ein vernünftiges Bundesbudget gestattet bei Freistellung großer Mittel die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen militärischen Kapazität. Diese Geldmittel haben den richtigen Umfang, schwere nationale Probleme in Angriff zu nehmen und eine Alternativpolitik aufzubauen, die auf unserer industriellen Produktionsmacht gründet.

(Aus dem Englischen)

Vera Elyashiv, Tel Aviv

Israel, Deutschland und die Araber

1.

Die Kriegsgefahr im Nahen Osten ist eine viel realere als die zwischen Ost und West. Nichtsdestoweniger könnte sie einen Weltkrieg entzünden. Ost und West führen Abrüstungsgespräche, und trotz aller Schwierigkeiten setzt das allein schon ein großes Maß von Übereinstimmung voraus. Beide Seiten wünschen eine friedliche Koexistenz. Beide Seiten wünschen keine Anwendung von Waffen. Beide Seiten wünschen, die Weiterentwicklung der verheerenden Massenvernichtungswaffen einzustellen. Beide Seiten wünschen die gegenseitige Abrüstung der vorhandenen Waffen. Und trotzdem besteht die Gefahr eines Kriegsausbruches.

Im Nahen Osten liegen die Dinge völlig anders. Nicht nur, daß es keinen Wunsch nach friedlicher Koexistenz gibt, es besteht das von arabischer Seite offen erklärte und immer wiederholte Ziel, Israel zu vernichten. Verständlicherweise kann es daher keinen Wunsch geben, Waffen nicht anzuwenden, sondern nur das Gegenteil; keinen Wunsch nach Abrüstung, sondern nur das immer zunehmende Sammeln von Waffen.

Und daher sammeln die Herrscher im Nahen Osten, wie einst ihre Vorgänger Edelsteine, heute die modernsten Produktionen der Kriegstechnologie.

Einer der Zustände, der dies ermöglicht, ist die Tatsache, daß der Nahe Osten einer der wenigen Punkte, vielleicht der einzige auf der Weltkarte, ist, an dem die Fronten zwischen Ost und West noch nicht erstarrt sind; außer Israel, dessen westliche Orientierung und Zugehörigkeit beiden Seiten klar zu sein scheint. Beide Seiten werben daher um die Gunst der Araber und besonders des ägyptischen Präsidenten. Und da es sein verkündetes Hauptziel ist, Israel zu vernichten, hat keine Seite den Mut, Nasser zum Frieden mit Israel zu zwingen, und beide pumpen stattdessen Ägypten mit Geld, Technik und Waffen voll.

Israel ist es gelungen, gegen die arabischen Länder zwei Kriege zu gewinnen. Im Jahre 1948, als, nach dem Beschluß der UNO, am ersten Tag der israelischen Unabhängigkeit, sieben arabische Länder den völlig unvorbereiteten, militärlosen, einen Tag alten Staat überfielen, und das zweite Mal im Jahre 1956, nachdem Ägypten mit Hilfe der sowjetischen und tschechischen Waffenlieferungen Israels Seebelagerung durch das Absperren des Suezkanals und der Eilat-Meerengen verschärfte und nach zahllosen Raubzügen ägyptischer Fedajun, die Hunderte von Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, das Leben gekostet haben. Nach der Vernichtung der Fedajun-Basen auf der Sinai-Halbinsel und der Öffnung der Eilat-Meerengen für die israelische Schiffahrt räumte Israel die besetzten Gebiete.

Überlegenheit im Kriege entsteht durch Überlegenheit auf folgenden Gebieten, auf einem oder auf mehreren von ihnen: 1. Quantitative menschliche Überlegenheit; 2. Überlegenheit an Waffen; 3. militärische Bündnisse mit dritter Seite; 4. qualitative menschliche Überlegenheit; 5. technische Überlegenheit.

In den Jahren 1948—55 besaß Israel die qualitative menschliche und die technologische Überlegenheit, Ägypten die Überlegenheit der Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Soldaten und Waffen. Die Strategie beider Seiten war zu dieser Zeit eine Verteidigungsstrategie.

Zwischen den Jahren 1955 und 1962 kamen die großen Waffenlieferungen an Ägypten aus dem Ostblock und die große Werbeoffensive von Ost und West. Ägypten wurde an Waffen, und was die Anlehnung an Dritte betrifft, weit überlegen und bemühte sich auch um die technologische Überlegenheit. Die Strategie beider Seiten in dieser Zeit war die der Abschreckung.

Im Juli 1962 begann eine neue Periode: Nasser schoß seine beiden der französischen „Veronic" ähnlichen Raketen „El Kaher" und „El Safer" ab, deren ballistischer Flug 600 und 380 km beträgt, und die nach Nassers Worten jeden Punkt südlich von Beirut treffen können. Innerhalb eines Jahres sollten sie in das ägyptische Waffenarsenal eingehen.

Bis zum Erscheinen der „El Kaher" und „El Safer" am Himmel des Nahen Ostens gab es drei Möglichkeiten für einen Kriegsausbruch im Nahen Osten: Durch ägyptische Initiative, durch israelische Initiative und durch die Entwicklung der Lage allgemein. Seit Juli 1962 ist die Möglichkeit einer ägyptischen Initiative noch größer geworden.

Die Bedeutung von Raketen ist sehr vielfältig. Die größte ist vielleicht ihre psychologische Wirkung auf die leicht erregbare Masse der Araber. „Sie sind", sagte mir der israelische stellvertretende Verteidigungsminister, „wie kriegerisches Morphium für einen Menschen, der vorher viele Gläser Bier getrunken hat." Die Raketen haben zwar kein genaues Navigationssystem, aber vielleicht gerade darum sind sie geeignet, Panik in der Zivilbevölkerung zu säen. Sie haben den Vorteil der Überraschung. Während es der anderen Seite nicht entgehen kann, wenn z. B. schwere Munition transportiert wird, gibt es bei der Rakete, die eine siebenfache Schallgeschwindigkeit besitzt, nur sechs Minuten Warnzeit. Die Raketen umgehen die Überlegenheit der israelischen Luftwaffe. Wenn sie einmal abgeschossen sind, gibt es kein Zurück, und es gibt nur einen einzigen Weg, gegen sie zu kämpfen, und zwar durch die Eroberung der Abschußbasen.

Bei den zahlreichen Zusammenstößen zwischen israelischen und arabischen Kräften gab es bis jetzt eine unausgesprochene Übereinkunft bei der Anwendung von Waffensorten. Die ägyptischen Raketen verleihen den Ägyptern eine operative Geschmeidigkeit, die Israel nicht besitzt, und daher kann diese Periode, auch wenn es nicht zur Vernichtung Israels kommt, sich in eine Periode des Diktats verwandeln.

2.

Die Raketen, die Ägypten von keiner Weltmacht geliefert, sondern in Ägypten von „privaten" Wissenschaftlern und Technikern gebaut werden, vergrößern Ägyptens Orientierung auf sich selbst, in diesem Fall auf seinen bodenlosen Haß gegenüber Israel.

„El Kaher" und „El Safer" wurden in Heliopolis in der Militärfabrik 333 durch eine Gruppe von deutschen Raketenforschern und Technikern gebaut. Es gibt verschiedene Versionen, was die Zahl dieser Raketen anbetrifft. Nach den mir zur Verfügung stehenden Quellen sind es zwischen 20 und 50. Etwa dreihundert deutsche Techniker arbeiten in den ägyptischen Militärwerken 36 und 135 bei Heluan, wo sie das Düsenflugzeug „El Kahera", das erst „Messerschmitt-200", dann „HA-200" hieß, und ein Schlachtdüsenflugzeug „HA-300" mit doppelter Schallgeschwindigkeit bauen. Etwa zweihundert weitere deutsche Techniker arbeiten an der Herstellung von Waffen und Munition verschiedener Gattungen wie auch an der Herstellung von Düsenmotoren.

Ich möchte das Thema „Deutsche bauen eine Vernichtungsmaschine gegen Israel" in drei Probleme aufteilen, von welchen jedes seine eigene Problematik hat, die ich hier nur flüchtig streifen kann. Da ist zunächst das Problem der Völker, die schon einmal einer Vernichtung des jüdischen Volkes mehr oder minder tatenlos zugesehen haben und unter deren Augen die Überbleibsel dieses Volkes jetzt wieder einmal von einer totalen Vernichtung, abermals mit deutscher Hilfe, bedroht sind, ohne daß sie etwas Radikales dagegen tun, ja, oft vergrößern ungewollt manche von ihnen diese Gefahr. Dieses Problem gehört nicht hierher.

Da sind aber auch das israelische und das deutsche Problem.

Die rein militärische Seite des israelischen Problems habe ich am Anfang kurz zu skizzieren versucht. Es gibt aber auch den politischen Aspekt, der nicht weniger kompliziert ist.

Der israelischen Regierung ist die Beteiligung deutscher Techniker an der ägyptischen Kriegsmaschinerie seit langem bekannt. Sie wußte auch von der Tätigkeit der ersten Gruppen unter Dr. Voss und dann unter Rolf Engel. Seit Anfang 1960 weiß sie von der heute wirksamen Gruppe.

Bei einem Treffen auf ministerieller Ebene zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland wurde von israelischer Seite die Bedeutung der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten dargelegt, und es wurde gebeten, diese Tätigkeit zu verhindern. Das einzige Resultat war die Abberufung von Professor Sänger.

Der Streit um die Beziehungen Israels zu Deutschland ist einer der tiefgründigsten, die es in Israel gibt. Ein großer Teil der Öffentlichkeit ist gegen jede Art von Beziehungen zu Deutschland; auch die meisten israelischen Parteien, darunter auch Parteien der Regierungskoalition. Nicht einmal die größte Regierungspartei, die MAPAI, ist sich in dieser Frage einig. Auch in ihr gibt es 3 Lager: eine kleine Minderheit, die gegen jede Art von Beziehungen ist, eine Mehrheit, die formelle Beziehungen zu der Bundesrepublik für eine politische Notwendigkeit hält (dazu gehören auch die meisten Minister der MAPAI), und eine weitere Minderheit, die nicht nur behauptet, Beziehungen seien politisch notwendig, sondern auch, daß das Deutschland von heute ein neues Deutschland sei und man darum zu ihm normale freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten habe. An der Spitze dieser Gruppe stehen Ministerpräsident und Verteidigungsminister Ben Gurion und der stellvertretende Verteidigungsminister Schimon Peress, dessen Einfluß schon heute weit über seine formelle Stellung hinausgeht.

Es gab in Israel in allen diesen Kreisen eine völlige Übereinstimmung in der Einschätzung der deutschen Tätigkeit in Ägypten, was sich deutlich in dem einstimmigen Beschluß des Parlaments gezeigt hat.

Die Meinungsverschiedenheiten traten an zwei anderen Punkten in Erscheinung: wie die Sache zu behandeln und inwiefern das deutsche Volk und die deutsche Regierung für diese Tätigkeit verantwortlich zu machen seien.

Ben Gurion und Peress waren dafür, sich direkt an die Raketenforscher zu wenden, für weitere Sammlung von Informationen über diese Tätigkeit und für eine weitere Aktion bei der Bundesregierung auf diplomatischer Ebene. Ihrer Meinung nach ist die Bundesregierung für diese Tätigkeit nicht verantwortlich zu machen. Verantwortlich zu machen sei sie aber nichtsdestoweniger für die Abberufung der Forscher. Das Auswärtige Amt hingegen und auch der Leiter der Sicherheitsdienste, obwohl er Ben Gurion untersteht, waren für eine große politische Aktion gegen diese Tätigkeit und sehen die Bundesregierung als dafür verantwortlich an.

Nach der Verhaftung Ben Gals und Jokliks[1]) in Zürich (während der Zeit war Ben Gurion in Urlaub und Peress im Ausland), drangen Tatsachen und Zahlen über deutsche Wissenschaftler, die in Ägypten an Raketen und ABC-Waffen arbeiteten, an die Öffentlichkeit. Es gab Andeutungen, besonders in der englischen Presse, daß dieses an die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erinnere, als die Deutschen auf russischem Boden ihre Kriegsvorbereitungen trafen.

Ben Gurion sah sich gezwungen, die Aktion (gegen Deutschland, nicht gegen die Forscher) einzudämmen, weil es seiner politischen Einstellung widersprach,

[1]) Sie wurden der Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst beschuldigt. D. Red.

die antideutschen Gefühle in Israel zu vertiefen, die antideutschen Emotionen im Westen zu wecken und den antideutschen Interessen des Ostens zu dienen. Ein Teil der israelischen Kritik gegen ihn lief darauf hinaus, daß die Fortsetzung dieser Aktion ein Zusammentreffen der Interessen Israels und der Sowjetunion mit sich gebracht hätte.

Auch die Bundesrepublik befindet sich zweifelsohne in einer schwierigen Lage.

Es ist jedoch fraglich, ob sie sich der Komplexität dieser Lage bewußt ist, ob sie die Implikationen dieses Kapitels in der Vergangenheit und Zukunft wahrnimmt. Die verschiedenen offiziellen und halboffiziellen Reaktionen, auch der Bevölkerung, beweisen es nicht. Erst kam die Behauptung, daß der Bundesregierung diese Tätigkeit nicht bekannt sei. Dann die Behauptung, daß es keine Möglichkeit gebe, deutschen Bürgern vorzuschreiben, wo sie zu leben und zu arbeiten haben, — und das kurz nach dem Röhrenembargo. Erst später wurde auf Artikel 26 des Grundgesetzes[2]) hingewiesen und auf die Londoner Verträge.

Dann kam eine Dikussion über die Zahl der Deutschen in Ägypten und darüber, ob sie das, was sie tun, aus politischer Motivation machen oder nur aus Geldgier.

Dann kam die Diskussion darüber, ob Deutsche an ABC-Waffen arbeiten oder „nur" an „konventionellen" Raketen und Düsenschlachtflugzeugen.

Dann wurde in diesem Zusammenhang das Verhalten des israelischen Sicherheitsdienstes bemängelt.

All das wäre richtig, wenn Israel nicht das Land der Überreste des jüdischen Volkes wäre und Ägypten nicht das zweite Land während der ganzen Geschichte, außer Hitlers Deutschland, das wieder eine totale Vernichtung der Juden plant.

Da es aber so ist, kann die Bundesrepublik es sich nicht leisten, nicht zu wissen, daß ihre Bürger vielleicht zum zweiten Male in der Geschichte für die Vernichtung des jüdischen Volkes verantwortlich sein können.

Sie kann sich der Verantwortung für sie nicht auf formellem Wege entledigen, auch wenn dieses einer besonderen Regelung bedürfte. Auch wenn es tatsächlich nur elf Wissenschaftler wären (wie von deutscher Seite behauptet wurde), die gar nicht für die Judenvernichtung sind, und auch, wenn sie nicht einmal Raketen, sondern nur Gewehrkugeln hergestellt hätten. Auch wenn der israelische Sicherheitsdienst sich auf eine Weise gewehrt hat, die gesetzwidrig ist.

Eine Regierung des deutschen Volkes kann in keinem Fall ihrer Pflicht entgehen, alles zu tun, damit ihr Name nicht noch einmal in das Buch der Geschichte als Vernichter des jüdischen Volkes eingetragen wird.

Auch wenn die beachtenswerte Initiative einer kleinen Gruppe von Abgeordneten keinen Erfolg haben wird, darf diese Frage nicht von der deutschen Tagesordnung verschwinden.

Die leichten Wege scheinen zu Ende zu sein. Man kann nicht in einem Atemzug behaupten, das deutsche Volk sei nicht für die Taten einer verbrecherischen Regierung verantwortlich, und die neue deutsche Regierung sei es nicht für verbrecherische Taten ihrer Bürger ...

Es ist der Bundesrepublik bis jetzt gelungen, zu Israel den leichten Weg zu gehen. Die Rückgabe eines Bruchteiles des geraubten jüdischen Vermögens balancierte sie dadurch aus, daß sie der erste Faktor in der Entwicklung der ägyptischen

---

[2]) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden ...

Industrie wurde, vor der Sowjetunion und den USA[3]). Als einziges christliches Land außer Francos Spanien unterhält sie zu Israel keine diplomatischen Beziehungen; das balanciert sie mit politischer und praktischer Hilfe an Israel hinter den Kulissen aus, hilft jedoch zugleich den Arabern, die Hoffnung aufrechtzuhalten, daß Israel eine vorübergehende Erscheinung sei. Obwohl Israel die Hallstein-Doktrin anerkennt und keine Beziehungen zur DDR hat.

Wenn auf die Rolle der Bundesrepublik bei der zunehmenden Gefahr für Israel hingewiesen wird, wird angedeutet, daß, erstens, dies auf Wunsch der Westmächte, besonders der USA, passiert, und daß, zweitens, wenn die deutschen Wissenschaftler Ägypten verlassen, an ihre Stelle sowjetische kommen. Dazu ist allerdings zu sagen, daß die Amerikaner selbst den Ägyptern niemals Waffen geliefert haben und daß die Reaktion Kennedys auf die deutschen Raketenforscher nicht diesen Eindruck gemacht hat.

Auch ist schwer anzunehmen, daß die Sowjets Wissenschaftler nach Ägypten geschickt hätten; aber auch im positiven Falle sind Wissenschaftler, die im Namen einer Weltmacht tätig sind, viel mehr Beschränkungen unterworfen als private, „heimatlose" Söldner, die niemandem etwas schulden, außer demjenigen, der sie bezahlt.

Wie es in diesen Tagen scheint, wird auch aus dem jetzt geplanten arabischen Bund nichts werden. Aber früher oder später wird es zu einer arabischen Einheit kommen. Die arabische Einheit ist Israels größte Gefahr, wenn auch vielleicht seine einzige Hoffnung auf lange Sicht. Es ist symptomatisch, daß der einzige Punkt, in dem es eine völlige Übereinkunft gibt, der Vorsatz ist, Israel zu vernichten. Dies scheint auch der einzige einstimmige Punkt zwischen Oberst Nasser und seinem algerischen Gastgeber Ben Bella gewesen zu sein.

Es besteht zwar auch eine Aussicht, daß, nachdem das Wetteifern zwischen den arabischen Ländern durch Einigkeit gebändigt worden ist, Nasser doch die entgegengestreckte Hand Israels annehmen wird, aber die andere und viel wahrscheinlichere Möglichkeit ist, daß er sich dann gezwungen fühlt, seine jahrelangen Vorbereitungen und Versprechungen, Israel zu vernichten, zu verwirklichen.

Trotz der vielen Probleme, die jetzt auf der Bundesrepublik lasten, ihrer inneren und äußeren Probleme, ihrer Rolle in der NATO, in der Europäischen Vereinigung, wäre es, glaube ich, auch im deutschen Interesse, ihre ganze Politik gegenüber Israel zu revidieren, und zwar auf eine Weise, in der moralische Erwägungen nicht an letzter Stelle stehen. Wir leben in einer Zeit, in der das Vertrauen, der Glaube und die Achtung, die man besitzt, nicht weniger eine Macht sind als wirtschaftliche und militärische Macht. Im Falle Deutschlands, glaube ich, ist auf weite Sicht eine moralische Politik auch die praktischste Politik. Daß es den Glauben und das Vertrauen der Welt noch nicht völlig besitzt, bewiesen auch die Reaktionen der Weltpresse auf die Raketenforscher-Ereignisse.

In Israel hätte man es als berechtigt empfunden, daß in diesem besonderen Falle, auch wenn sie das politische und wirtschaftliche Opfer gekostet hätte, die Bundesrepublik sich die Aufgabe auferlegt hätte, nicht nur alles zu vermeiden, was die Kriegsgefahr im Nahen Osten vergrößert, sondern sich darum zu bemühen, den Frieden herbeizubringen. Dieses bedeutet vor allem, einen Druck auf die mit ihr

---

[3]) Besonders ist die Bundesrepublik an Werken beteiligt, die eine enge Beziehung zum ägyptischen Kriegspotential haben, wie das Stahlwerk in Heluan, Klöckner-Humboldt-Deutz Lastwagenwerk, chemischen Werken, Ausrüstung der Atomstadt in Inschatz usw. Bis Mitte 1961 errichtete die Bundesrepublik in Ägypten 76 Werke im Wert von 54 Millionen ägyptischen Pfund, die Sowjetunion 53 Werke im Wert von 47 Millionen Pfund und die USA 28 Werke mit 10 Millionen.

befreundeten arabischen Länder auszuüben, sich mit der Existenz Israels auszusöhnen, — was natürlich diplomatische Beziehungen der Bundesrepublik selbst zu Israel und die Verweigerung wirtschaftlicher, technischer, geschweige denn militärischer Hilfe, welcher Art auch immer, direkt und indirekt, an Staaten, die die Vernichtung Israels beabsichtigen, voraussetzt.

Eine solche Nah-Ost-Politik hätte trotz oder gerade wegen ihrer Schwierigkeiten für Deutschland bewiesen, daß es sich seiner schicksalhaften Rolle gegenüber dem jüdischen Volke bewußt und bereit ist, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Carl Bloice, San Francisco

Die Neger-Frage in den USA (I)

I

Der Hochsommer 1963 kann gut zum Wendepunkt in den Rassen-Beziehungen in den USA werden. Die Ereignisse überall im Lande, vor allem im tiefen Süden, hatten während des Monats Mai eine solche Geschwindigkeit und die Gärung war so ausgedehnt, daß in gewissem Sinne das Problem eine ganz neue Gestalt angenommen hat. Die ganze Welt weiß nun von den Geschehnissen in Birmingham, Alabama, und der Anwendung hemmungsloser polizeilicher Brutalität zur Verhinderung von Neger-Massendemonstationen in den Straßen der Stadt. So wendet sich die „Welt-Kamera" nun der kleineren Stadt Jackson, Mississippi, zu, den Demonstrationen und Forderungen dort zugunsten der Rassen-Integration und der Aufhebung der Rassen-Trennung in den öffentlichen Einrichtungen. Mit Demonstrationen und Zusammenstößen zwischen Schwarzen und örtlichen rassistischen Behörden an sovielen Orten des Südens wie noch nie könnte der Monat Juni sogar noch explosiver als der Mai werden.

Die Schulen sind nun wegen der Sommerferien geschlossen und die Studenten, die viel von der physischen Last der Proteste getragen haben, schmieden Pläne für eine noch größere Herausforderung an das System der Rassen-Trennung.

Doch wie sehr auch die Presse und Sprecher der Bundesregierung (Anmerkung des Übersetzers: der Regierung in Washington) es der Welt und der Nation selbst glauben machen möchten: der Rassen-Konflikt ist nicht im mindesten auf den Süden beschränkt. Die Kampagne der Neger-Bevölkerung für eine Aufhebung aller Rassenschranken erstreckt sich über das ganze Land und berührt die Zukunft der Nation fundamental. Es muß bei einer Erörterung des Neger-Problems in den Vereinigten Staaten daran erinnert werden, daß weder die Neger selbst noch ihre Probleme auf die als „der Süden" bekannte Region beschränkt sind. Nur die Hälfte der 14 Millionen Neger in den USA lebt in diesem Gebiet, das aus den dreizehn Staaten des Rebellen-Bundes des Bürgerkrieges besteht. Beispiele von rassischer Diskriminierung, Rassen-Trennung und sozialer Ächtung gibt es überall im Lande.

Im Süden aber existiert die strengste Form von Rassen-Trennung, unterstützt und kontrolliert von lokalen weißen rassistischen Autoritäten. In dieser Region ist in weitem Maße die unbeschränkte Gewalttätigkeit gegen Neger verewigt

worden, vor allem in den unter dem Namen „Der schwarze Gürtel" bekannten Baumwolle produzierenden landwirtschaftlichen Staaten, in denen man sich früher am ausschließlichsten der Sklaven-Arbeit bediente.

Der Süden der USA ist strukturell ein unterentwickeltes Gebiet. Es wäre keinesfalls lächerlich, eine Abteilung des Friedenscorps zum Bau von Dämmen und zur Ausbesserung von Häusern dorthin zu senden. Es gibt dort viele erbärmliche Behausungen und wenige Deiche. So wenige Deiche, daß einem Staate wie Mississippi die elektrische Energie zur Unterstützung großer Industrien fehlt. So viele miserable Behausungen, daß die Gesundheitsbedingungen und die Krankenhaus-Versorgung der unteren Bevölkerungsschichten für die ganze Nation eine Schande sind.

Das Pro-Kopf-Einkommen in den Staaten des tiefen Südens, Louisiana, Mississippi, Alabama, Georgia und South Carolina, beträgt 1482 Dollar. Es gibt dort 1,1 Millionen Fabrikarbeiter, Gewerkschaften fehlen fast völlig und die Arbeitsbedingungen sind miserabel. Der Arbeitslohn dieser Arbeiter liegt weit unter dem nationalen Durchschnitt. Arbeitslosigkeit ist ein aktuelles Problem.

Aber die Zahlen sagen sehr wenig über die Lebensbedingungen in diesem Gebiet. Denn ein gewisser Prozentsatz oder dem Durchschnitt entsprechende Zahlen beruhen auf den relativ guten Lebensbedingungen der Weißen in den Städten. Die Lebensbedingungen der Neger und der Masse der armen Weißen lassen sich vergleichen mit denen eines unterentwickelten Landes.

Während die Schwarzen und die unteren Einkommensschichten der Weißen auf dem Lande und in den Städten unter solchen Bedingungen leben, machen die lokalen und auswärtigen Besitzer großer Plantagen und gewaltige amerikanische Trusts als Besitzer von Industrien und Spinnereien in den Südstaaten jedes Jahr riesige Gewinne. Ein großer Teil des Profits beruht auf der Unterbezahlung der schwarzen Arbeiter gegenüber den weißen, auf der katastrophalen Ernährung der Neger und der weißen Landarbeiter und auf dem Fehlen eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter.

Wie sich leicht erkennen läßt, spielt dabei die rassistische Demagogie eine wichtige Rolle. Sie verhindert einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß, indem sie eine Einheit von Negern und Weißen innerhalb der Arbeiterschaft verhindert. Sie läßt über dem Haupt des weißen Arbeiters das Gespenst der überschüssigen schlecht bezahlten Neger-Arbeiter schweben, die seinen Posten übernehmen könnten. Und sie sorgt dafür, daß die armen Weißen politisch den Industriellen und Plantagenbesitzern verbunden bleiben.

Aus diesen und verschiedenen anderen Gründen beschränkt sich der Aufruhr der Neger, der dieser Situation ein Ende zu machen verspricht, mit wenigen Ausnahmen auf die Schwarzen. Wo der Ku-Klux-Klan-Terror und die wirtschaftliche Macht der Weißen sich mehr und mehr als unfähig erweisen, Proteste der Schwarzen zu unterdrücken, sind die weißen Bürgerräte (White Citizens Councils) recht erfolgreich bemüht, die Weißen davon abzuhalten, die Neger mit irgendwelchem Verständnis zu betrachten.

In Birmingham ist die örtliche Stahlindustrie, die das Leben der Stadt beherrscht, im Besitz und unter der Leitung der Tennessee Coal and Iron Company, einer Tochtergesellschaft der riesigen United States Steel. Es gibt zwar Gewerkschaften, ihre Ortsgruppen stehen aber unter der Kontrolle von Klu-Klux-Klan-Elementen.

II

Amerikanische Kommentatoren und Beobachter ergehen sich in zahlreichen Spekulationen darüber, warum die nun stattfindende Revolte in den Südstaaten

ihren Höhepunkt Anfang der sechziger Jahre erreicht, nach Jahrzehnten gesetzlich aufgezwungener Unterdrückung und Gewalttätigkeit. Warum hat die Protestbewegung der Neger in den vergangenen Jahren ihr Wachstum in den Jahren vorher überschritten? Die Antworten auf diese Fragen sind vage und unbestimmt; aber sicherlich hängt jene Entwicklung zusammen mit Ereignissen wie dem Zweiten Weltkrieg, der Einführung des Fernsehens, dem Auftreten von Studenten und den Geschehnissen in Afrika und Asien in den jüngstvergangenen Jahren.

Die Bedeutung des Zweiten Weltkrieges ist zu erkennen an dem Verhalten der Neger-Veteranen, die in ihre Heimatorte im Süden zurückkehrten, nachdem sie ihre ersten Erfahrungen mit zwischen-rassischen Beziehungen gemacht und ein Bild vom übrigen Teil des Landes und der übrigen Welt gewonnen hatten. Wenige Menschen außerhalb der Südstaaten sind sich im Klaren über das Ausmaß und die Heftigkeit der Furcht, die die Neger im Süden quält, und über die Tatsache, daß viele der dort Lebenden niemals in ihrem Leben eine erfreuliche oder gar auf Gleichheit beruhende Beziehung zu einem Nicht-Schwarzen gehabt haben. Die Herr-Sklave-Beziehung ist immer die vorherrschende. Eine solche Situation schwächt in starkem Maße den Willen zum Kampf oder Protest gegen unfaire Behandlung, und sie schwächt weitestgehend das Vertrauen in die eigene Fähigkeit, eine Änderung in einer sozialen Ordnung herbeizuführen, die tragisch, aber fest erscheint.

Hier treten nun die Studenten auf den Plan. Im Frühling 1960 unternahm eine Gruppe junger College-Studenten von Greensboro in North Carolina einen Schritt, der den weiteren Ablauf der Ereignisse im Süden mitbestimmt hat. Sie betraten einen kleinen Gemischtwarenladen, wo man sie hinderte, an der Speisetheke zu essen, ließen sich nieder und weigerten sich, wieder zu gehen. Innerhalb weniger Tage ging die Kunde von dieser ganz einfachen Aktion durch das ganze Land. Junge Leute in anderen Städten, die von ihr hörten, versuchten, sie zu wiederholen. Lernend, daß die Läden, die es ablehnten, Neger-Studenten zu bedienen, in einer Kettenreaktion handelten, begannen schwarze und weiße Studenten im ganzen Lande in ihrem Gebiet Sympathie-Streikposten aufzustellen.

Diese Sitzstreik-Demonstrationen gehen bis heute weiter. Es hat viele Erfolge gegeben und an Speisetheken vieler Gegenden ist die Rassen-Trennung aufgehoben worden. In anderen Gegenden sind die Bemühungen der Studenten mit Gewalt beantwortet worden. Schwarze und weiße Demonstranten wurden mißhandelt, unbarmherzig geschlagen. Oft wurden ihnen von rassistischen Rohlingen Zigarettenspitzen gegen den Hals gedrückt. Tausende von Studenten wurden eingekerkert.

Die Wirkung dieser Aktionen war groß. In einem sehr realen Sinne befreite sie den Geist, das Denken der Neger-Studenten aus dem Süden, und in einem großen Maße nahm sie den Erwachsenen die Furcht. Plötzlich erwachte in ihnen ein Bewußtsein davon, daß etwas getan werden könne und sich Ergebnisse erreichen ließen. Sie wurden sich außerdem dessen bewußt, daß die Augen der ganzen Welt sich auf die USA richten und daß diese Augen in ihrem Kampfe ein gewaltiger Aktivposten sind, vor allem die Augen in Afrika, Asien und Lateinamerika, die prüfen, wieweit dieses Land Demokratie und Freiheit ernst nimmt. Man wurde auch gewahr, daß die Administration in Washington und ganz besonders das State Department durch die weite Publizität dieser Ereignisse in große Verlegenheit gebracht worden war.

Die Sympathie-Demonstrationen wie die moralische und finanzielle Hilfe, die den Aufbegehrenden von Weißen in den Nordstaaten zuteil wurde, gaben ihnen auch davon Kenntnis, daß auch andere in der Nation sich mit ihrem traurigen Zustande beschäftigen.

DIE NEGER-FRAGE IN DEN USA (I)

Die zweieinhalb Jahre seit jenem Februar-Nachmittag 1960 haben große Neger-Demonstrationen überall im Süden gesehen. Tausende sind eingesperrt, geschlagen und von Polizeihunden angefallen worden. Doch der Kampf geht weiter. Ein Nachlassen ist jetzt nicht möglich. Wie die Gewalttätigkeit der Rassenfanatiker noch zunahm, so sind ganze Neger-Gemeinden überall im Süden mobil geworden und kämpfen für eine Beseitigung der Rassen-Schranken.

So war es in Birmingham. Unter der Führung von Reverend Martin Luther King und seiner Organisation, der Southern Christian Leadership Conference, gingen hier die Neger auf die Straße und marschierten in das Stadtzentrum, mit der Forderung an die Stadt, sie solle die Rassen-Trennung wenigstens teilweise beenden. Ihre Forderungen: 1. Aufhebung der Rassen-Trennung an den Speisetheken der Warenhäuser der Innenstadt und in den öffentlichen Einrichtungen; 2. bessere berufliche Möglichkeiten und Aufstiegschancen für die Schwarzen. Bald aber war es notwendig, eine weitere Forderung hinzuzufügen: die Freilassung aller bisher festgenommenen Demonstranten. Demonstrierende Neger waren Polizeihunden ausgesetzt, die sie bissen und an ihrer Kleidung zerrten. Über 200 Demonstranten wurden verhaftet. Einmal blieben bei den täglichen Demonstrationen Neger-Studenten ihren Schulen fern und einem nahegelegenen College und schlossen sich den Demonstrationen an. Auch sie wurden von Hunden angegriffen und mit Wasserwerfern bespritzt.

Es zeigte sich, daß es ein großer Fehler der Polizei war, junge Leute anzugreifen, von denen viele noch nicht einmal zehn Jahre alt waren. Bilder von Negerkindern, die von den Wasserwerfern buchstäblich hinweggefegt und von Hunden angegriffen wurden, machten die Runde durch das ganze Land. Aber noch wichtiger ist es, daß, in einer beinahe kino-haften Weise, der Mut der jungen Leute ansteckend wirkte. Der Zorn der Neger im ganzen Lande erreichte den Fieberpunkt.

Nach tagelangen Demonstrationen machte eine Gruppe von Kaufleuten der Innenstadt den Negerführern den Vorschlag, auf der Grundlage der Forderungen der Neger zu verhandeln. Die Forderungen wurden zu einem großen Teil erfüllt und die Demonstrationen eingestellt.

Der Charakter der Demonstrationen selbst und die Ideologie der Organisation Rev. Martin Luther King's ist Gewaltlosigkeit. King selbst ist ein religiöser Pazifist wie verschiedene andere in der Führung der Bewegung. Die Mehrheit derjenigen aber innerhalb und außerhalb der Führung, die für die Aktionen verantwortlich sind, sagt, daß sie die Gewaltlosigkeit für die einzige zweckmäßige Kampftaktik hält.

Während der Ereignisse in Birmingham ist die Gewaltlosigkeit ihrer bisher vielleicht ernstesten Prüfung ausgesetzt gewesen. Die Prüfung kam nach dem Abschluß der Verhandlungen und der Einstellung der Demonstrationen. Am Abend des 11. Mai versammelten sich Mitglieder des Klu-Klux-Klan außerhalb der Stadt — und wenige Stunden später wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus Dr. King's und seines Bruders, des lokalen Führers Rev. A. D. King, verübt. Während der frühen Morgenstunden des 12. Mai (des amerikanischen Muttertags) machte eine beträchtliche Minderheit von Schwarzen ihrem Zorne Luft, indem sie die Polizei mit Steinen bewarf, Autos umstürzte, in Brand steckte und ausbrennen ließ.

Zur Vergeltung griff die Polizei, die nach Beendigung der Gewalttätigkeiten auf den Plan gerufen worden war, ohne Provokation mehrere Neger brutal an, unter der rechtlichen Verantwortung eher des Staates Alabama als der Stadt. —

Die ganze Birmingham-Krise hindurch ist die Rolle der Federal Administration Präsident John F. Kennedy's zahlreicher Kritik ausgesetzt gewesen. Bis jetzt hat

die Antwort des Präsidenten auf alle Rassen-Probleme im Süden in „Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung" und in Bemühungen hinter den Kulissen bestanden, Demonstrationen zu verhüten. Während der Angriffe der Polizei auf Neger-Demonstranten wurde wiederholt von prominenten Persönlichkeiten des amerikanischen öffentlichen Lebens und von Neger-Führern überall im Lande der Ruf nach einem Eingreifen des Bundes erhoben. Doch alle diese Ersuchen wurden zurückgewiesen.

Erst als Schwarze nach den Bombenanschlägen Vergeltung übten, gab der Präsident seine Zurückhaltung auf und sandte einsatzbereite und für die „Unterdrückung von Unruhen" ausgebildete Bundestruppen in nahegelegene Militärlager.

Nachdem er sich wochenlang zum Kern des Konfliktes nicht geäußert hatte, sprach der Präsident einige Tage, nachdem die Situation den kritischen Punkt erreicht hatte, einmal von den „berechtigten Forderungen" der Neger von Birmingham. Für viele Neger war das nur eine Wiederholung seines Auftritts im vergangenen Jahr, als er Truppen nach Oxford, Mississippi, sandte, die einen einzelnen Neger-Studenten schützen sollten, der dort die Universität zu betreten versuchte. Nachdem Weiße sich eine ganze Nacht lang ausgetobt und auch Bundes-Offiziere angegriffen hatten, wandte sich der Präsident über den Rundfunk an die Nation und machte „Recht und Ordnung" geltend. Nicht ein einziges Mal sprach er von Hilfe für die Schul-Integration! Nicht ein einziges Mal verteidigte er die Rechte der Schwarzen! Stattdessen pries er die Geschichte dieses gewalttätigsten aller rassistischen Staaten! (II. Teil folgt) (Aus dem Englischen)

Dr. Arno Klönne:

Katholische Kirche und Nationalsozialismus (I)

„Die Politik des Papstes Johannes XXIII. desavouiert die seines Vorgängers und kritisiert damit alle Katholiken, die ihr damals gefolgt sind und ihr heute weiter folgen wollen. Den ‚Kampf gegen den Bolschewismus' verteidigt man in der Nachfolge Pius' XII. Es könnte also sein, daß man in Pius gar nicht den Papst, sondern eine Ideologie verteidigt." werkhefte, 5/63

Was kaum zu erwarten war, ist in den letzten Monaten geschehen: Die Aufführung des „Stellvertreters" von Rolf Hochhuth im Westberliner Theater am Kurfürstendamm hat die Diskussion über die Rolle der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus mit einem Schlage zu einer öffentlichen Sache gemacht. Der Stoff der Diskussion — die in sämtlichen seriösen und auch in weniger seriösen Zeitungen der Bundesrepublik, im Rundfunk, in Forumgesprächen u. ä. geführt wird — beschränkt sich dabei keineswegs auf das von Hochhuth eigentlich gemeinte Thema, nämlich die persönliche Stellung Pius des XII. insbesondere zur Frage der Judenpolitik des Dritten Reiches, sondern bezieht darüber hinaus fast sämtliche Aspekte des zeitgeschichtlichen Kapitels „Katholizismus und Nationalsozialismus" mit ein. Offenbar ist erst durch Hochhuth die Debatte auch über andere Beiträge zum Thema (so vor allem frühere Veröffentlichungen in den „werkheften" und im „Hochland", Hans Müllers „Katholische Kirche und Nationalsozialismus" und Carl Amerys „Die Kapitulation") in aller Breite in Gang gekommen.

Ein Ergebnis dieser Debatte sei vorweg konstatiert: Der Mythos vom generellen katholischen Widerstand gegen das NS-Regime ist nicht mehr haltbar. Der Katholizismus ist in der Bundesrepublik Jahre hindurch, für die breite Öffentlichkeit kaum bestritten, als Hort der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erschienen, eine Interpretation der Zeitgeschichte, die zugleich die demokratische Standfestigkeit des deutschen politischen Katholizismus heute als über jeden Zweifel erhaben hinzustellen geeignet war. Böckenförde, Hans Müller und andere ihrer Kirche zugetane Katholiken, die dem Verhältnis des Katholizismus zum Dritten Reich kritisch nachgingen, hatten diese gängige Wertung fast nur bei Fachhistorikern oder beim kleinen Kreis der sogenannten „Linkskatholiken" in Frage stellen können. Seit dem „Fall Hochhuth" indessen hat die sachgerechte historische Analyse öffentliche Aufmerksamkeit; damit hat ein Prozeß begonnen, der dem Katholizismus und der deutschen Demokratie nur nützlich sein kann.

Damit soll nicht gesagt sein, daß kritische Durchforschung der eigenen Vergangenheit im deutschen Katholizismus keinen Widerstand mehr fände. Der Fall Hochhuth hat auch gezeigt, wie massiv solcher Widerstand noch auftreten kann.

I.

Die These Hochhuths, daß Pius XXII. zu Auschwitz geschwiegen habe, ist eigentlich nicht neu. In Gerhard Schoenberners Dokumentensammlung „Der gelbe Stern" findet sich eine Äußerung des ehemaligen deutschen Botschafters beim Vatikan, Ernst von Weizsäcker, der im Oktober 1943 in einem Kurierbrief an das Auswärtige Amt in Berlin schrieb: „Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äußerung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreißen lassen. Obgleich er damit rechnen muß, daß ihm diese Haltung von seiten unserer Gegner nachgetragen und in den protestantischen Kreisen in den angelsächsischen Ländern zu propagandistischen Zwecken gegen den Katholizismus ausgewertet wird, hat er auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der deutschen Regierung und den in Rom befindlichen Stellen nicht zu belasten."

Die Feststellung, daß Pius XII. — aus welchen Gründen auch immer — den deutlichen Protest gegen die Judenvernichtung im Dritten Reich unterlassen hat, ist historisch nicht bestritten. Entrüstung erhob sich, als Hochhuth diese Feststellung dramatisierte und damit öffentliches Urteil über das Verhalten Pius XII. erzwang. Soweit solche Entrüstung sich in Begriffen wie „Dreck" (Pater Leppich), „Verlogene Infamie, Sudelei" (KNA), „Leichenschändung" u. ä. äußert, disqualifiziert sie sich für den Leser des Hochhuth'schen Stückes ohne weiteres. Auch Anwürfe, daß Hochhuth den „Papst als Ungeheuer zeichne", „von einem fanatischen antikatholischen Vorurteil getrieben" sei, „die wirklichen NS-Verbrecher entschuldigen" wolle, erweisen sich für denjenigen, der den „Stellvertreter" gelesen hat, sofort als unhaltbar. Der Ruf nach der Unterdrückung des Hochhuth'schen Stückes durch den Staat schließlich (dem die Bundesregierung dann mit einer offiziellen Verurteilung des Werkes durch Bundesminister Schröder entgegenkam) kann nur als ein weiterer Zug in jenem Spiel registriert werden, das dem Abbau der freien Meinungsäußerung in der Bundesrepublik dienen soll und an dem sich „ordnungsliebende" Katholiken nicht an letzter Stelle beteiligen.

Als Argument ernst zu nehmen ist hingegen die Stellungnahme der deutschen Bischöfe, in der es u. a. heißt: „Das deutsche Volk schuldet Pius XII. vor allem Dank für das väterliche Wohlwollen, das er ihm nach dem verlorenen Kriege erwiesen hat. Seine Hilfsbereitschaft und sein Gerechtigkeitssinn haben zuerst dem deutschen Volk wieder den Weg in die Völkergemeinschaft erschlossen."

Nun ist nicht anzuzweifeln, daß Pius XII. in der Tat besondere Sympathien für Deutschland hatte. Die Frage ist aber, ob diese Sympathien für das deutsche Volk nicht so unheilvoll mit Sympathien für die autoritären Züge der deutschen Politik (gewiß nicht gerade in der extremen Fassung des Hitlerstaates . . .) übereingingen, daß Pius XII. den Schritt zur eindeutigen Verurteilung der Maßnahmen des NS-Staates nicht tat. Bedenkt man die Konsequenzen der Argumentation der deutschen Bischöfe (von dem seltsam traditionellen Begriff „verlorener Krieg" ganz zu schweigen), so eröffnen sich Ausblicke in eine gefährliche Identifikation „deutscher" und nationalsozialistischer Interessen. Bedenkenswert ferner die Meinung von Wilhelm Alff, der in der FAZ Hochhuth den Vorwurf macht, dem „Mythos einer päpstlichen Autorität" verfallen zu sein und den Irrtum zu verbreiten, „ein wenig Entschlußfreudigkeit, Mut und Selbstlosigkeit würden die Dinge schon ins Lot gebracht haben." So einleuchtend dieses Argument sich auf den ersten Blick ausnimmt, es unterschlägt doch, daß Stellungnahmen des Papstes in jedem Falle politische Wirksamkeit innewohnt, und lenkt von der Frage ab, w a r u m denn Pius XII., der in anderen politischen Dingen durchaus Front bezog, sich gegenüber dem NS-Staat relativ tolerant zeigte.

Andere — katholische — Stimmen sind hier genauer. Hans Kühnert-Wolfskehl, keineswegs ohne Sympathien für Pius XII., ist überzeugt, daß ein Eingreifen des Papstes die Judenpolitik des NS-Staates durchaus hätte mäßigen können und die Existenz der Organisation „Kirche" nicht aufs Spiel gesetzt hätte. Der Jesuit Karl Breunig sagt vorsichtig: „Man kann einem Menschen nur gerecht werden, wenn man sein Verhalten nicht allein aus seiner Einsicht, sondern auch aus seinen Hemmungen und inneren Unfreiheiten, seiner ‚Tradition' zu verstehen sucht." (Die Zeit) Und auch der Berliner Generalvikar Walter Adolph konzediert immerhin: „Man kann durchaus der Ansicht sein, daß unter einem anderen Pontifex und unter einem anderen Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz noch die eine oder andere Erklärung massiver und konkreter erfolgt wäre."

Sieht man von der Diskussion ab, mit welchen Mitteln und inwieweit im Detail die katholische Kirche der Vernichtung der Juden durch den NS-Staat hätte begegnen können, dann bleibt unter Christen nur zu sagen, was Friedrich Heer und Helmut Gollwitzer zum Fall Hochhuth (der gar nicht der Fall Hochhuth ist . . .) beitrugen:

„Unheimlich berühren mich seit vielen Jahren die in tausend und aber tausenden heiligen Meßfeiern von Millionen Gläubigen mitgebeteten Sündenbekenntnisse. Gedankenlos, mechanisch wird da ein Sündenbekenntnis ritualisiert, das, wenn es aktualisiert würde, Kräfte der Seele mobilisieren könnte . . ." (Heer)

„Sich selbst vergeben, das ist die gottlose Bewältigung der Vergangenheit . . . Da klagt ein junger Dramatiker in einem Stück, das hier in Berlin mit großem Ernst gespielt wird, die Spitze der katholischen Kirche an, sie habe sich im entscheidenden Augenblick nicht solidarisch vor die gehetzten und in den Tod getriebenen Juden gestellt — und er hört als Antwort nicht das Eingeständnis der Schuld, wie es der katholische Dichter Reinhold Schneider niedergeschrieben hat, statt dessen antwortet man ihm von kirklicher Seite mit Entrüstung, Verteidigung und Selbstrechtfertigung . . ." (Gollwitzer)

II.

Selbst wenn man Hochhuths Frage nach dem Anteil persönlicher Schuld des Papstes Pius XII. am Versagen gegenüber der verbrecherischen Judenpolitik in Deutschland offen läßt, dann bleibt doch noch die weitere, politische Frage: was denn die „Hemmungen" und „inneren Unfreiheiten", was denn die „Traditionen" waren, die das Verhalten Pius' XII. mitbedingten.

Friedrich Heer nennt als einen der wichtigsten Gründe „für die furchtbare Fehlentscheidung" des Papstes Pius XII., „daß dieser (kein Freund der Demokratie, wie Heinrich Brüning bekennt) und nicht wenige hohe Kuriale unbewußt weit stärker als bewußt in Hitlers Krieg gegen Rußland eine mögliche Befreiung vom Kommunismus sahen."

Das bestätigt auf ihre Weise auch die „Deutsche National- und Soldatenzeitung", die Pius XII. gegen den „jugendlich naiven Mitläufer des Salonbolschewismus Hochhuth" mit dem Argument verteidigt, Pacelli habe „wie kein zweiter um die Situation des bedingungslosen Entweder-Oder 1932 gewußt".

Das bestätigt schließlich auch Pater Dr. Leiber SJ, der ehemalige Privatsekretär Pius XII.: „Man darf Vorsehung darin vermuten, daß die Kirche durch den Zweiten Weltkrieg gesteuert wurde von einem Papst, der ... gegen Unrecht, Gewalttat und Grausamkeit immer nur in allgemeiner Form, von wem immer und wo immer sie geschahen, Einspruch erhoben hat ... Es bleibt dabei: Von den beiden Systemen des Nationalsozialismus und Bolschewismus hat Pius XII., den Blick in die Weite und Zukunft gerichtet, den Bolschewismus für das gefährlichere gehalten ..." (Münchener Kirchenzeitung) Zu der prinzipiellen Gleichsetzung von Kommunismus und deutschem Faschismus als „Äußerungsformen des gleichen Totalitarismus", von denen der Kommunismus die gefährlichere sei (eine Konstruktion, die letzten Endes den NS-Staat rechtfertigt), soll hier nicht weiter Stellung genommen werden; gerade in bezug auf Pius XII. und Johannes XXIII. hat alles Notwendige dazu jüngst Walter Dirks geschrieben (Frankfurter Hefte, Mai 63). Anhand einiger weiterer Belege soll jedoch gezeigt werden, daß die vatikanische Politik gegenüber dem Dritten Reich tatsächlich nicht so sehr durch eine generelle politische Neutralität, sondern vielmehr durch den Vorzug bestimmt war, den man dem Nationalsozialismus gegenüber Sowjetrußland selbst noch angesichts der Judenvernichtung im NS-Staat gab.

Im April 1937 schrieb der damalige Kardinalstaatssekretär Pacelli an den deutschen Botschafter im Vatikan, der Heilige Stuhl verkenne „nicht die große Bedeutung, welche die Bildung innerlich gesunder und lebensfähiger politischer Abwehrfronten gegen die Gefahr des atheistischen Bolschewismus besitzt." Der Vatikan bekämpfe den Bolschewismus mit anderen Mitteln, billige jedoch „auch die Anwendung äußerer Machtmittel gegen die bolschewistische Gefahr." (Zitiert nach Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz)

Auch die offiziöse vatikanische Darstellung über den Zweiten Weltkrieg, Giovannettis „Der Vatikan und der Krieg", läßt keinen Zweifel an der unterschiedlichen Beurteilung von Nationalsozialismus und Kommunismus. Dort wird z. B. die Stellungnahme des Osservatore Romano zum deutschen Feldzug gegen Polen zitiert, in der es hieß: „Zwei Kulturvölker kreuzen bereits die Waffen", und in der jedes Verdikt über NS-Deutschland peinlichst vermieden wird. Der sowjetische Feldzug gegen Finnland hingegen wurde von derselben vatikanischen Zeitung als „kalt berechnetes Verbrechen", als „aggressiver Akt nach dem Gesetz des Dschungels" charakterisiert.

Den deutschen Überfall auf die UdSSR erklärt Giovannetti wie folgt: „Dem Reich verblieb, nachdem die Luftschlacht zur Eroberung Englands ein Fehlschlag geblieben war, zu Ende des Sommers 1941 nichts anderes als der Drang nach Osten, diesmal militärisch gesehen, um sich den nötigen Lebensraum zur Fortsetzung des Kampfes zu sichern."

So erscheint es nur als folgerichtig, wenn Pius XII. Ende 1939 dazu aufforderte, „den Bruderkrieg zu beenden und die Kräfte gegen den gemeinsamen Feind, den Atheismus, zu vereinigen". (Zitiert bei Deschner, „Abermals krähte der Hahn".) Ähnliche Aufforderungen enthielt die vatikanische Politik bis in das Jahr 1944

hinein. Zutreffend, scheint mir, resümieren die „werkhefte" in einem Beitrag über Pius XII.: „Der Papst kannte offenbar im Grunde nur einen wirklichen Feind: den Bolschewismus." (wh, 5/63).

Nun wäre es freilich kurzschlüssig, anzunehmen, diese politische Linie sei einzig der persönlichen Einstellung des Papstes Pius XII. zuzurechnen. Und in diesem Punkt dürfte Kritik an Hochhuth zutreffen: Die Politik gegenüber dem NS-Staat, die der Vatikan unter Pius XII. betrieb, ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund des Verhältnisses zwischen dem deutschen Katholizismus und dem Nationalsozialismus. Hiervon soll in einem weiteren Beitrag die Rede sein.

Dr. Ernst Schwarz

„Wer soll der Erde Herr sein?"

Was ist Marxismus?

Die beiden Weltmächte ringen heute mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Prinzipien um die Vorherrschaft. Ihre Ansprüche sollen im folgenden gewogen werden, unter besonderer Berücksichtigung des Buches von Prof. Hugo Fischer „Wer soll der Erde Herr sein? Eine politische Philosophie." *), die hier vorgetragenen Gedanken sind jedoch unabhängig davon.

„Militarismus, Nationalismus, Kapitalismus — man kann keinen dieser drei vereinzelt anklagen, uns ins Unglück geführt zu haben." Wer glaubt, dies könne nur ein Vollmarxist gesagt haben, muß enttäuscht werden; die Worte stammen von Friedrich Meinecke (über die Katastrophe von 1945). Fragen wir also erst einmal, was überhaupt Marxismus ist.

Es gibt davon einen Vulgärbegriff, der allerdings auch von Politikern hohen Ranges bewußt gebraucht wird. Danach bedeutet Marxismus Unfreiheit, Terror, Gleichmacherei, Subversion. So billig geht es jedoch nicht. Zweifellos, dies alles ist im Gefolge des Marxismus hervorgetreten, aber auch der Marxismus hat seine zwei Seiten, und es ist zu fragen, was das Wesentliche und was das Akzessorische ist. Seinem innersten Wesen nach ist der Sozialismus die Forderung nach Gerechtigkeit, nach dem Ausgleich der Gegensätze in einer Welt, in der das Naturrecht des Stärkeren gilt, was notwendig zur Unterdrückung des Schwächeren geführt hat. Diese elementare Forderung liegt auch dem Marxismus zugrunde. Aber man hat eine häßliche und abschreckende Feind-Attrappe daraus gemacht, ja man konnte sogar ein geradezu diabolisches Element hinzufügen: den Atheismus.

Der atheistische Marxismus — welcher rechtschaffene Bürger schaudert nicht davor zurück? Von diesem Atheismus der „rohen Plebs" war Heinrich Heine sogar so angeekelt, daß er ihm die von ihm selbst vertretenen „Grundsätze der Gottlosen verleidete und seinen Rücktritt davon veranlaßte."

> „Ich sah nämlich", schreibt er in seinen „Geständnissen" (1854), „daß der Atheismus ein mehr oder minder geheimes Bündnis, geschlossen mit dem schauderhaft nacktesten, ganz feigenblattlosen, communen Communismus. Meine Scheu vor dem

*) Seewald-Verlag, Stuttgart 1962.

> letzteren hat wahrscheinlich nichts gemein mit der Furcht des Glückspilzes, der für seine Capitalien zittert, oder mit dem Verdruß der wohlhabenden Gewerbsleute, die in ihren Ausbeutungsgeschäften gehemmt zu werden fürchten: nein, mich beklemmt vielmehr die geheime Angst des Künstlers und des Gelehrten, die wir unsere ganze moderne Civilisation ... durch den Sieg des Communismus bedroht sehen ... Die Emanzipation des Volkes war die große Aufgabe unseres Lebens ..., aber wir können uns nimmermehr verhehlen, wessen wir uns zu gewärtigen haben, sobald die große rohe Masse, welche die Einen das Volk, die Anderen den Pöbel nennen ... zur wirklichen Herrschaft käme."

Diese „große rohe Masse" gibt es in den Hauptländern des hochindustrialisierten Westens so gut wie nicht mehr, aber wahrscheinlich würde Heine nicht nur deswegen wieder zum Atheisten werden. Denn was sich in diesen Ländern als Gottgläubigkeit aufspielt, ist von der Art, daß man kein „sensibler Dichter" (wie sich Heine im obigen Zusammenhang bezeichnet) zu sein braucht, um ebensosehr davon abgestoßen zu werden wie eine vom kommunistischen Atheismus. Diese Gottgläubigkeit vertrug sich so vortrefflich mit dem Militarismus, Nationalismus und Kapitalismus, daß man fragen muß, ob sie nicht vielleicht vom gleichen Ungeist ist. Stellt man also an diesem Punkt mit Nietzsche die Frage: Wer soll der Erde Herr sein?, so ist vorweg zu antworten: der innerlich nicht ideologiegebundene, wahrhaft freie Mensch, und also weder der feigenblattlose atheistische Kommunismus noch der mit dem Feigenblatt einer hohlen Gottgläubigkeit sich bedekkende Kapitalismus.

Die Französische Revolution, eine der Wurzeln des Atheismus, hat dreierlei hervorgebracht: das besitzgierige, feiste Bürgertum, das kämpferische „Proletariat", desse Kollektivgrausamkeit vom Bürgertum damals zielbewußt benutzt wurde, um es dann von sich abzuschütteln und zu verfemen, und schließlich die Volksheere. Damit sind aus dem Hexenkessel der Revolution Kapitalismus, Nationalismus und Militarismus hervorgestiegen, aber auch der Gedanke der Demokratie, d. h. einer oft zähneknirschend ertragenen „Volksherrschaft", in welcher die gesellschaftliche Kernspaltung nicht mehr explosiv, wie in der Revolution, sondern langsam, wie in einem Atomreaktor, vor sich geht. Die bislang Privilegierten haben diesen Gedanken, der für sie immerhin eine Versicherung gegen den Umsturz bedeutet (die Parteikasse ist die Versicherungskasse), mit saurer Miene akzeptiert, um mit viel Geld und noch mehr scheinheiligen Redensarten für sich herauszuholen, was einstweilen noch herauszuholen ist. Nicht unzutreffend hat Fourier von diesem Gesellschaftszustand gesagt:

> „daß die zivilisierte Ordnung jedes Laster, welches die Barbarei auf einfache Weise ausübt, zu einer zusammengesetzten, doppelsinnigen, zweideutigen, heuchlerischen Daseinsweise erhebt."

Der Marxismus ist unbestreitbar ein Kind seiner Zeit und damit heute, hundert Jahre später, eigentlich schon anachronistisch. Aber er herrscht in Ländern, die, ohne rückständig zu sein, doch die geistige Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert nachvollziehen. Von den beiden großen Entdeckungen des Marxismus, dem dialektischen Materialismus und der Theorie des Mehrwerts, ist „die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittels des Mehrwerts" im Grunde genommen eine Banalität. Der Unternehmer erwartet nicht anders als der Arbeiter Früchte seiner Tätigkeit, wenn sie auch in diesem Fall besonders groß und saftig ausfallen mögen. Der frühe Sozialismus konnte, wie Engels sagt, die kapitalistische Produktionsweise nicht **erklären**, er konnte nur die darin sich äußernde Gesinnung verwerfen, d. h. er war von der Moral der Sache ausgegan-

gen, nun aber glaubte man sie „wissenschaftlich" ergründet zu haben. Das schien und scheint den Marxisten in ihrer wahnhaften Wissenschaftsgläubigkeit ein gewaltiger Fortschritt zu sein. Über ihre wissenschaftliche „Enthüllung" kann man viel streiten und wurde viel gestritten, nicht aber über ihre Kritik jener Gesinnung, die unangreifbar ist und bleibt, auch wenn es den Unternehmertyp von damals ebensowenig mehr gibt wie das damalige „Proletariat".

Mit dem Dünkel anmaßender Rationalisten blicken Marx und seine Anhänger auf die älteren, die „utopistischen" Sozialisten, Saint Simon, Fourier, Owen, herab, die in der Tat bemitleidenswert sind, da sie nicht nur von der herrschenden Schicht, sondern auch von ihren Gesinnungsgenossen der Marxschen Linie heruntergemacht worden sind. Solange Owen nur als Philanthrop aufgetreten war und nur seinen eigenen „Mehrwert" für seine 2500 Arbeiter opferte, war er der populärste Mann Europas, als er aber mit seinen kommunistischen Ideen hervortrat, umringten ihn heulend alle kapitalistischen Wölfe. Was vermochten nun Marx und seine Anhänger anzubieten über diesen noblen, menschlichen, selbstlosen Sozialismus eines Owen hinaus, den sie verachteten? Den „wissenschaftlichen" Sozialismus — eine D o k t r i n also, die allerdings als solche den unschätzbaren Vorteil hat, daß man sie kodifizieren und dann genau so zur wirkungsvollen Ausbreitung der „Lehre" benutzen kann, wie dies die Religionen mit ihren heiligen Schriften tun. Wem, der die Geschichte Chinas kennt, fällt in diesem Zusammenhang nicht der Kaiser Kang-hi im 17. Jahrhundert ein, der die Schriften Kungfutses in dieser Weise benutzte, wobei er sich der besten Anweisungen erfreute, die es dafür nur geben kann, nämlich seitens der Jesuiten an seinem Hofe; ein Punkt, in dem Marxismus und Katholizismus, sonst wie Feuer und Wasser, doch etwas Gemeinsames haben, wenn dies auch nur äußerlich ist.

Man hat im Marxismus etwas von alttestamentarischer Prophetie, von chiliastischer Hoffnung sehen wollen, aber dies dürfte nicht zutreffen. In solcher Hoffnung, auch wenn sie nicht gerade religiös fundiert ist, schwingt Irrationales mit, der Stolz und die unerhörte Wirkungsmacht des Marxismus ist aber die absolute Rationalität. Irgendeine religiös gestimmte Hoffnung konnte die Massen der beginnenden Industrialisierung nicht in Bewegung setzen, sondern nur ein der Arbeitswelt adäquater Rationalismus, der ihr die Notwendigkeit des geschichtlichen Ablaufs und damit die Gewißheit des Untergangs ihres Gegners vorspiegelte — eine Hoffnung durchaus revolutionären Charakters. So haben denn auch Marx und seine Anhänger Hegels Philosophie und insbesondere seine Geschichtsauffassung als „idealistisch" abgelehnt. Hegels dialektischer Gedanke des Umschlagens der geschichtlichen Entwicklung hat indessen an Marx selbst seine Richtigkeit erwiesen, denn mit Marx wendet sich der Blick vom Reich der Ideen und Begriffe zum sinnlich Unmittelbaren der menschlichen (gesellschaftlichen) Existenz, zur „Praxis". Marx ist gleich Kierkegaard der Protest gegen das Abstrakte der Hegelschen Philosophie, bei ihm auf das Kollektiv, bei Kiergaard auf das Individuum gerichtet. Zugleich durch die Aufklärung beeinflußt, entsprach die Sozialphilosophie von Marx ganz dem primitiven naturalistischen Denken und dem ebenso primitiven frühkapitalistischen Gesellschaftszustand ihrer Zeit, wie es von ihr nach ihrer eigenen Lehre von der Abhängigkeit „des Bewußtseins vom Sein" auch gar nicht anders erwartet werden konnte. Aber ebensowenig wie Hegel konnte Marx sich selbst geschichtlich reflektieren.

Marx hat von Hegel nur den Begriff des Fatums als der „wissenschaftlich" begründeten Unausweichlichkeit und das leere Schema der „Dialektik" übernommen, und damit wurde an die Stelle der Philosophie, die der Marxismus als entbehrlich ansieht, die dürre formale Logik gesetzt. Die Geschichte ist aber nicht stehen geblieben, wie nicht zuletzt die Fortschritte zeigen, die der Marxismus sei-

nerseits bewirkt hat, und so konnte es auch bei dieser defizitären Betrachtungsweise nicht bleiben, die ebenso wie der blinde Atheismus die Verständigung mit dem Marxismus erschwert. Er müßte erkennen, daß gerade nach dem Prinzip der geschichtlichen Dialektik auf die von ihm vertretene Negation die Synthesis folgen muß. Sie zeichnet sich ab in der Zusammenfassung einer wissenschaftlichen Soziallehre — wobei unter „wissenschaftlich" der ganze Umfang rationalen Denkens in der „Praxis", also zuletzt auch die Technik zu verstehen ist — mit der Idee des „utopischen" Sozialismus der Fourier, Owen usw., die schon im Christentum vorgezeichnet ist.

Wenn wir nun auf die Frage zurückkommen: Wer soll der Erde Herr sein?, so erscheint es vor allem wichtig, den Anspruch zu prüfen, den der Osten, gestützt auf den Marxismus-Leninismus, auf die Weltherrschaft angemeldet hat. Hier kommt uns das ausgezeichnet geschriebene Buch von Prof. Hugo Fischer (München) zuhilfe, das eben diesen Titel trägt: Wer soll der Erde Herr sein?, und dessen Ausführungen dazu bestimmt sind, für die „Auseinandersetzung mit modernen Gewaltregimen ein zeitgemäßes Arsenal an Argumenten bereitzustellen."

Die besondere Bedeutung dieses Buches liegt vor allem darin, daß es Lenin selbst ausgiebig zu Wort kommen läßt und daß es so einen Lenin zeigt, dessen Ideen und Bestrebungen sich mit der heutigen kommunistischen Wirklichkeit vielfach nicht decken. Damit ist man in der Lage, dem Osten das wahre Bild Lenins entgegenzuhalten, auf den er sich ja immer wieder beruft, aber das zwingt zuletzt dazu, die Fragestellung zu einer philosophischen zu erweitern, und darum bezeichnet Prof. Fischer sein Buch auch als eine „politische Philosophie". Versuchen wir also ebenfalls, jene Weltfragen philosophisch zu analysieren, indem wir zunächst die Gestalt Lenins ins Licht rücken.

Lenin

Lenin, der gleich Marx unter dem Druck übermächtiger Zeitverhältnisse stand, konnte ebensowenig wie Marx eine zeitunabhängige „Lehre" entwickeln, an der keinerlei Korrekturen vorgenommen zu werden brauchen. Er war in das revolutionäre Geschehen verstrickt, und so ist vieles, was unter seinem Namen geht, Ausdruck einer „Staatsräson", die man auch dem Revolutionär zubilligen muß. Das gilt vor allem in bezug auf sein Verhältnis zum Krieg, auf das sich heute völlig unkritisch die Chinesen berufen zu können glauben. Krieg ist nach Lenin die Fortsetzung der bürgerlichen Politik, die letzte Steigerung der dem Kapitalismus immanenten Krisenhaftigkeit. Und wenn er einmal sagt: „Nieder mit den pfäffisch-sentimentalen Träumereien vom ‚Frieden um jeden Preis'", dann entfernt er sich kaum von der Auffassung, die auch Politiker des christlichen Westens heute vertreten. Diese letzte Konsequenz der kapitalistischen Welt bewirkt (nach Lenin) die Erschütterungen, aus denen sich schließlich die Revolution erhebt, und nur insofern werden die Umstände bejaht, die zu ihr hinführen. Aber Lenin war nicht der blinde Revolutionär, sondern der Staatsmann der Revolution, der sich darum auch legitimerweise auf die Staatsräson stützen konnte. Daher auch die Bereitschaft des an sich Kompromißlosen zum Kompromiß. Man müsse wissen, „in welchem Moment, unter welchen Umständen, auf welchem Gebiet man zu reformistischem Wirken überzugehen" und „die alte gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung nicht zu zerstören, sondern ... zu beleben verstehen muß." (a.a.O. S. 206.) In der revolutionären Entscheidung ist allerdings kein Platz für Halbheiten, etwa für den „demokratischen" Sozialismus, aus dem einfachen Grunde, weil dann die alten Mächte alles in Frage stellen würden. Lenin will indessen die Revolution nicht vergöttert haben (Fischer, S. 223), wozu alle neigen, die in der Re-

volution nicht nur ein notwendiges Übel sehen wollen. Er selbst sieht die Aufgabe der Revolution darin, den „ausgezeichneten Apparat" (den der Kapitalismus geschaffen hat) „noch größer, noch demokratischer, noch allumfassender zu gestalten" (Fischer S. 242). Aber der Apparat darf nicht verknöchern und muß auf jeden Fall der Politik untergeordnet werden (Fischer, S. 239).

> „Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrundegingen, gingen zugrunde an ihrem Hochmut . . . , an der Furcht, über ihre Fehler zu sprechen" (Fischer S. 272).

Das Fortschreiten zum Kommunismus ist nach Lenin in der außerkommunistischen Welt bereits angelegt, er entwickelt sich aus der modernen europäischen Sozialverfassung, aus den Ordnungen des Industriezeitlaters. So betrachtet er, wie schon Engels (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1882), die Fabrik als Vorbild der gesellschaftlichen Organisation und sagt:

> „Gerade die Fabrik, die manchem nur als Schreckgespenst erscheint, belehrt . . . auch über ihre organisierende Seite (die auf der gemeinsamen Arbeit aufgebaute Disziplin)" (Fischer S. 281).

In der freien Sicht seines undogmatischen Denkens geht Lenin aber noch weiter: er räumt nicht nur den Parteilosen einen bedeutenden politischen Einfluß ein, sondern wünscht, daß am Rednerpult der russischen Kongresse außer Politikern und Verwaltungsbeamten auch Ingenieure und Agronomen zu Wort kommen. Ferner sei im Staatsapparat eine Kontrolle der Parteilosen über die Kommunisten notwendig (Fischer, S. 289)!

Aus einer solchen wahrhaft pragmatischen Haltung ergab sich für Lenin eine Politik, welche die „amerikanische Sachlichkeit" zum Vorbild nahm (a.a.O. S. 291). Damit wurde, trotz aller marxistischen Orthodoxie, eine Entwicklung in der Sowjetunion eingeleitet, von deren heutigem Ergebnis Prof. Fischer sagt (S. 382):

> „Das Antlitz Rußlands ändert sich völlig. Nunmehr bestimmt sich das soziale und politische Gewicht des Sowjetmenschen nicht mehr nach dem doktrinären Glauben, sondern nach seinem fachlichen Wissen, seinem praktisch verwertbaren Bildungsniveau. Die Gesellschaft wandelt sich . . . in eine Bildungsgesellschaft."

Die Sowjetunion und die Demokratie

Auf diese Weise hat, wie beispielsweise der amerikanische Nationalökonom Rostow feststellt, Rußland den Weg zur Konsumentengesellschaft schon beschritten. Vergleicht man die Sowjetunion mit ihrem westlichen Vorbild, so bleibt bei aller Annäherung doch der Gegensatz zwischen Zwang und Freiheit, zwischen Diktatur und Demokratie. Aber dieser Gegensatz geht keineswegs so tief, wie es scheint. Der westliche Freiheitsbegriff, großartig drapiert, hat im freien wirtschaftlichen Wettbewerb eine Abseite, die Norbert Wiener (der Mitschöpfer der Kybernetik) folgendermaßen charakterisiert:

> „Er ist kein homöostatischer Prozeß . . . (er zeigt) ein Gewirr von Verrat, Abtrünnigkeit und Betrug, das nur allzusehr ein Bild des höheren Geschäftslebens und des engverwandten Lebens der Politik, der Diplomatie und des Krieges ist" (Kybernetik, 2. Aufl. S. 230).

Wenn also der Wettbewerb ein Unterpfand der Freiheit und somit ein Ideal sein soll, dann ist er jedenfalls keine Blüte der christlichen Kultur.

Das Prinzip des Wirtschaftsliberalismus, das nicht nur darin besteht, daß einer dem anderen die Beute abjagen kann, sondern auch im „freien" Zusammenschluß

zur gemeinsamen Ausbeutung des Marktes (Trusts, Preisabreden), hat keinerlei verpflichtende Kraft in bezug auf die Allgemeininteressen, es ist das Prinzip einer in keiner Weise von sittlichen, sondern nur von Naturkräften angetriebenen Gesellschaft und liegt mit diesem Naturalismus völlig auf der Ebene des Marxismus. Bis zu einem gewissen Grade gilt dies auch für die Demokratie. Hier herrscht der Wettbewerb der politischen Gruppen (mit ihren Wirtschaftsinteressen), die sich nur einer Schlichtungsgewalt unterwerfen: der Majorität. Um diese zu erreichen, werden alle Schleusen der Beredsamkeit und alle Tresore geöffnet. Das Ergebnis einer Wahl, die zwar in der Wahlkabine völlig frei ist, für deren Vorbereitung jedoch die letzte Chance benutzt wird, die in der geistigen Unfreiheit des Einzelnen liegt, dieses auch ohne alle Manipulierung schon höchst fragwürdige und zufällige Ergebnis (man denke nur an die oft undurchsichtigen Wahlverfahren), wird in der Monstranz westlicher Freiheit herumgezeigt. Der Wert dieser Freiheit soll und darf gewiß nicht verkleinert, wohl aber muß auf die eng damit verknüpfte Verlogenheit hingewiesen werden, die wie nichts anderes diesen Wert zu schmälern geeignet ist. Auch soll das Positive in der westlichen Demokratie, die öffentliche Auseinandersetzung und Kontrolle, nicht unterschätzt werden. Formal kommt hier wohl der sogenannte Volkswille zum Ausdruck, aber substanziell ist es oft nichts anderes als der Wille einer mächtigen Gruppe, die sich in diesen „Volkswillen" einzuschleichen verstanden hat. Der Volkswille ist ja kein ursprünglicher Quell, er ist vielmehr durch mancherlei Abwässer getrübt, und außerdem fällt auf das Mühlrad der Regierung nur die gute Hälfte seiner Schüttung. So kann aus dem Volkswillen sehr leicht ein diktatorischer Wille werden.

Wenn sich in dieser Weise die Demokratie in die Diktatur verwandeln kann, ist dann auch das Umgekehrte möglich und ist es also etwa denkbar, daß die kommunistische Einparteienherrschaft sich soweit „liberalisiert", daß man von einer freien Gesellschaft sprechen könnte? Wenn diese Frage bejaht werden könnte, wäre für den tödlichen Haß zwischen Ost und West kein Raum mehr. Die Antwort auf diese Frage hängt daran, ob die Unfreiheit des Ostens seinem Regierungssystem inhärent ist, oder ob vielleicht nur ein äußerer Zwang zum Zwang besteht. Vermutlich ist das Letztere der Fall. Die Härte des Regimes ergab sich aus der Notwendigkeit zur Durchsetzung der Revolution und zur Sicherung des durch sie Errungenen. Diese Härte, die unter Stalin zum unmenschlichen Terror ausartete und in der Zone zu unerträglichen Zuständen führt, ist indessen keineswegs nur eine Eigentümlichkeit des Bolschewismus. Auch der Faschismus, der den Bolschewismus zu bekämpfen vorgab, hat einen ebenso schonungslosen Terror entfaltet, und daß Länder von betont christlicher Gesittung sich skrupellos sogar zum Krieg entschlossen haben, wenn es um nackte Machtfragen ging, lehrt ein Blick hinter die Kulissen der Geschichte. Wo in aller Welt wurde nicht ferro et igni vorgegangen, wenn es sich um den Vorrang der eigenen Macht handelte, und welche Scheußlichkeiten durchmaß nicht die Schreckensherrschaft der Französischen Revolution, auf deren demokratische Grundsätze wir uns berufen?

> „Die Französische Revolution ist das erste entsetzliche Beispiel dafür, daß die Machtpolitik und Staatsräson der modernen demokratischen Volksstaaten noch viel dämonischere Gewalten auslösen konnte als der Staat der alten aristokratischen Gesellschaft" (Meinecke).

Aber niemand hier im Westen wird deswegen sagen wollen, daß brutaler Machtgebrauch nach außen und innen, also auch die Diktatur, zum Wesen der Demokratie gehöre.

Die unerhörten Grausamkeiten des bolschewistischen Regimes, wenigstens bis zum Tode Stalins, gehören also nicht zum Wesen dieser Gesellschaftsordnung,

sondern sind zumeist die Folge des Kampfes nach innen und außen — vor allem auch nach außen. Schon die Französische Revolution hat gezeigt, daß ein Umsturz mit dem Ziel größerer sozialer Gerechtigkeit die Parole auslöst: Privilegierte aller Länder, vereinigt euch! Auch für die Französische Revolution galt zwar das Prinzip, daß es „das mächtigste Mittel gegen Bürgerkrieg ist, auswärtige Kriege zu unterhalten" (Rohan, Le parfait capitaine; Gemeingut übrigens der Staatskunst des 17. Jahrh.), aber den Krieg wollte damals das ganze konservative Europa. Nicht anders nach 1918, nicht anders heute.

Die beiden elementaren Forderungen einer wahrhaft menschlichen Gesellschaftsordnung sind soziale Gerechtigkeit und Freiheit. „Wahre Freiheit aber", sagte Fichte, „entsteht nur vermittelst des Durchgangs durch die höchste Gesetzmäßigkeit." Das bedeutet aber, daß beide innig miteinander verbunden sein sollen. Man kann also dem Kommunismus, zu dem das Gemeinschaftsinteresse als beherrschendes Prinzip gehört, die Chance nicht absprechen, daß er sich zu einer sozial gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung entwickeln kann, wozu allerdings gehört, daß er das widernatürliche Gleichheitsprinzip aufgibt, wozu aber außerdem gehört, daß er sich frei, also ohne inneren und äußeren Druck zu entwickeln vermag. Dazu ist schließlich auch erforderlich, daß er sich von seinen dogmatischen Bindungen und seiner Buchgläubigkeit befreit.

Die Voraussetzungen dazu sind möglicherweise gegeben: einmal durch die Entwicklung von Wirtschaft und Technik, die in ihrer Eigengesetzlichkeit über alle Dogmen hinweggehen, dann aber auch durch das geistige Vermächtnis Lenins, der als zielbewußter Pragmatiker sich an keinerlei Dogmen gebunden fühlte. Zwar sprang er nicht fertig aus dem Haupt der Athene, auch er brauchte ideologische Ansatzpunkte, aber er hat offenbar erkannt, daß Begriffsschablonen nur Schlingen sind, in denen der Fortschritt sich verfängt. Es könnte also schließlich dahin kommen, daß „an die Stelle der Regierung über Personen die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen tritt" (Engels a.a.O.). Eine nicht durch erbitterte Interessenkämpfe verzerrte Sachgesetzlichkeit ist aber eine wesentliche Voraussetzung politischer Freiheit, mit der erst die wahre persönliche und geistige Freiheit sich entfalten kann.

Dies alles könnte sehr positiv zu bewerten sein, wenn nicht die allzumenschlichen Schattenseiten wären (die es allerdings auf beiden Hemisphären gibt). Auch in der sowjetischen Führungsschicht erliegt so mancher der Versuchung zur Bereicherung und zur Machtanmaßung, und es besteht damit zweifellos die Gefahr, daß ohne ausreichende institutionelle Kontrolle der Führung an die Stelle der Einzelausbeutung des Kapitalismus die korporative Ausbeutung tritt (Fischer, S. 383). Doch das wäre der Idee selbst nicht anzulasten, es wäre vielmehr der größte Verrat an dem sittlichen Kernprinzip des von Marx und Engels begründeten Sozialismus, insofern er „die Herrschaft des Produktes über den Produzenten" beseitigen und so den „Sprung des Menschen aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit" ermöglichen will. Über alle Dogmen und Mißbräuche hinweg ist und bleibt dies die unumstrittene moralische Substanz eines jeden Sozialismus, was auch im Westen anerkannt werden muß. Es bleibt jedoch auch die Frage, ob die angeborenen Schwächen der östlichen Gesellschaftsordnung beseitigt werden können.

Die Ideologien und die Technik

Das idealistische Prinzip jeder Gesellschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit anstrebt, ist nun in seinem Zusammenhang mit der heutigen realen Situation zu betrachten, der Gestaltung menschlicher Existenz durch die Technik. Die Industrialisierung, die zuerst, zur Zeit von Marx und Engels, „Entfremdung" des Menschen

bewirkte, ist heute in ihre dialektische Gegenphase eingetreten. Sie schafft nicht nur Wohlstand, sondern ermöglicht auch eine soziale Struktur, die ohne alle Ideologie zur sozialen Gerechtigkeit disponiert, ja vielleicht bis zu einem gewissen Grade sogar dazu zwingt. Diese von der Technik bewirkte Strukturierung ist aber in aller Welt, in Ost und West, die gleiche. Auch die Demokratie ist erst dann in Übereinstimmung mit ihrer eigentlichen Idee, wenn sie ihrer inneren Spannungen Herr geworden ist, wenn sie nicht mehr bloß eine Funktion wechselnder Majoritäten, sondern eine Funktion d e s g a n z e n V o l k e s geworden ist — was sonst sollte man schließlich unter „Demokratie" verstehen? Dann aber gilt nicht mehr der oft genug dirigierte „Wille" des einzelnen, seine „Stimme" verwandelt sich vielmehr in eine „Information" für das Ganze. Aber wäre das nicht der schönste Totalitarismus? Nein, es wäre erst die wirkliche, die totale Demokratie! — die Demokratie, in der der Anspruch des einzelnen — Freiheit — und der Anspruch des Ganzen — Ordnung — in gleichem Maße zur Geltung kommen. Dies ist bei der Ungleichheit im Subjektiven nur vom Objektiven her in einem Rahmen möglich, wie ihn die Technik zu schaffen im Begriff ist. Allerdings zeigt sich damit auch ein gemeinsamer — und sicherlich auch sehr kritisch zu prüfender — Untergrund mit der östlichen Gesellschaftsordnung, sofern diese sich aus den Fesseln des Totalitarismus zu lösen vermag und auch die erforderliche Bewegungsfreiheit dafür gewinnt; dann liegt auch in ihr durchaus die Möglichkeit zu wahrer Demokratie, ja sie bringt dafür sogar eine wesentliche Voraussetzung mit in der zunächst allerdings gewaltsamen Beseitigung der inneren Gegensätze, in dem entschiedenen Willen zu sozialer Gerechtigkeit, ja selbst in ihrem Prinzip zentraler Lenkung. Vor dem Prinzip der „Planung" bekreuzigen sich die westlichen Ideologen, und in der Tat ist Planung höchst fragwürdig in einer technisch nicht genügend entwickelten Welt; sie wird — in Freiheit! — erst möglich im Zeitalter der Automation und des Elektronenrechners. Allzulang hat diese Gesellschaft die finsteren Züge der Diktatur getragen, allzu lange verharrte sie in doktrinärer Verhärtung, entgegen dem Geiste Lenins. Je mehr die Denkweise dieses großen und kühnen Pragmatikers heute in der Sowjetunion verstanden wird, je weniger man sich an die größtenteils überholten Ideen von Marx klammert und damit auch fähig wird, dem frühen, „utopischen", Sozialismus gerecht zu werden, um so weiter k ö n n t e die Sowjetunion zu einer echten Demokratie vorstoßen. Je mehr sie allerdings vom Westen bedrängt wird, um so länger dauert diese Geburt.

Im Westen sind, durch die technische Entwicklung mitbedingt, ebenfalls starke Ansätze zu sozialer Ordnung vorhanden, aber deren Puppen werden immer noch von der alten Geldoligarchie zum Tanzen gebracht. Der „Volkswille" ist immer noch zu sehr dem Trommelfeuer einer nicht sehr wählerischen Wahlpropaganda ausgesetzt, er kann sich noch zu wenig in geräuschloser geistiger Auseinandersetzung bilden. Anstelle einer geistigen Auseinandersetzung wird im Westen häufig an das Unbewußte, das Emotionale appelliert, und heraus kommt dabei ein ideologischer Zelotismus, der sich mit seinem politischen Gegner, innen wie außen, in einen wahren Teufelskreis einschließt. In der hysterischen Angst vor der „Weltrevolution", um der Verteidigung der noch gebliebenen „Privilegien" willen wird sogar der Krieg, die ultima ratio jeder barbarischen Macht, ins Auge gefaßt. Die Zeit des expansiven Nationalismus ist vorbei, nicht aber die unauffälligere Herrschaft des Geldes, die nicht weniger expansiv und unbarmherzig ist. Gewaltige militärische Mittel werden im Westen angehäuft, und die Russen, denen die Angst seit dem Krieg der Roten und Weißen, erst recht aber seit Hitler im Nacken sitzt, tun desgleichen. Die moralische Schuld dafür liegt bei der grenzenlosen menschlichen Habsucht, von der frei zu sein der christliche Westen nicht

wird behaupten wollen, wenn noch eine Spur christlicher Selbsterkenntnis in ihm ist.

Nietzsche, der voraussah, daß der Sozialismus den „cäsarischen Gewaltstaat" anstreben werde (Menschliches-Allzumenschliches I, Aph. 475), hat aber auch die Mentalität der Gegner des Sozialismus durchschaut:

> „Ihr reichen Bürgerlichen, die ihr euch liberal nennt, gesteht es euch nur zu, eure eigene Herzensgesinnung ist es, welche ihr in den Sozialisten so furchtbar und bedrohlich findet, in euch selber aber als unvermeidlich gelten laßt, wie als ob sie dort etwas anderes wäre ... Euch müßt ihr zuerst besiegen, wenn ihr irgendwie über die Gegner eures Wohlstandes siegen wollt" (a.a.o. II, Aph. 304).

Trotz seinem erstaunlichen prophetischen Blick ahnte Nietzsche indessen nicht, daß auch diese bürgerliche Gesinnung „cäsarische Gewaltstaaten" begründen werde — das Dritte Reich, das Italien Mussolinis. In dieser Gesinnung lag nicht nur der Keim zum Gewaltstaat, sondern auch der Keim zum Krieg!

Und wie ist es heute? Die Todesdrohung für Hunderte von Millionen Lebende und zahllose Ungeborene geht aus von den Sklaven des Besitzes, die in ihrer sklavenhaften Angst wie in ihrem Prestigewahn in die Umarmung des Atomtodes zu flüchten bereit sind. Diese Parole wird von den fanatischen Habenichtsen Chinas aufgenommen, die sich dabei auf Lenin berufen zu dürfen glauben — in völliger Verkennung der Leninschen Denkweise. Der Bolschewist Lenin sah im Krieg als Folge einer Krise des Kapitalismus die erwünschte Vorbereitung der Revolution, der Faschist Hitler w o l l t e den Krieg.

Nicht etwa daß der Osten unschuldig wäre. Auch dort hat das Untermenschentum furchtbare Triumphe gefeiert, die nicht so leicht vergessen werden können, auch dort herrscht die Anmaßung einer Ideologie, die sich der Welt aufzwingen möchte, auch dort herrscht eine gefährliche Begriffsverwirrung und Angst unter der Last einer dunkeln Vergangenheit. Aber nicht nur der eigentliche Anstoß ging vom Westen aus, auch die Verantwortung liegt auf seinen Schultern, sofern durch seine christliche Kultur der Westen sich überhaupt noch vom Osten unterscheidet, sofern das Christentum noch nicht ganz sich selbst zum Hohn geworden ist.

Also zeigt einmal, ihr moralisch Aufgerüsteten und Hochgerüsteten, ihr salbungsvollen Gottgläubigen, was ihr könnt und von welcher Art in Wahrheit euer Gott ist; ob nicht etwa neben ihm, ihn verdunkelnd, der blutgierige Götze der Selbstsucht steht, der Menschenopfer fordert! Laßt sehen, ob auf dem Acker, in dem ihr euer Gold vergraben habt, nicht nur Schwerter wachsen, sondern auch die goldenen Ähren des Friedens! Ob ihr, denen die menschliche Würde so heilig ist, noch fähig seid zu dem Gedanken weltumspannender, A b g r ü n d e überbrückender Menschlichkeit, die der Stifter eurer Religion gelehrt hat!

Die Antwort, die darauf mit Sicherheit gegeben werden kann, ist niederschmetternd: N i c h t s v o n a l l e d e m ! Das Christentum hat dort, wo es sich entscheidend bewähren müßte, keine Chance in dieser zerrütteten Welt. Dieses Menschengeschlecht war und ist verflucht, sein eigenes Blut zu trinken, und von diesem Fluch kann es sich nicht aus eigener Kraft befreien, weder mit Gottgläubigkeit noch mit Christentum. Blieb doch sogar ein Papst stumm gegenüber den unerhörtesten Greueln der neueren Geschichte; das war nicht seine persönliche Schuld, sondern die Schuld einer hybriden Moral.

Dennoch fällt Licht in diese Schlangengrube, aber es kommt nicht von innen, sondern von außen. Es ist die Technik, die einmal so gewaltige Waffen schafft, daß ihre Anwendung Freund und Feind vernichten würde, die aber auch soziale Verhältnisse herbeiführt, welche die Freund- und Feindposition im ideologischen

Streit mehr und mehr unkenntlich werden läßt. Ost und West befinden sich in gleicher Weise auf dem Weg zur Konsumenten- und „Manager"gesellschaft — da wird keiner mit seiner ideologischen Starbrille der Herr der Erde sein, sondern der Ingenieur im weitesten Sinne. Die Technik wird eine Sozialordnung schaffen, in der weder Personen noch Parteien „regieren", sondern „Sachgesetzlichkeiten". Keine Sorge — die Technik wird nicht die Stelle des „Großen Bruders" einnehmen, sie ist ein Neutrum, sie gebietet nicht, sie dient — allen!

Die wahre Freiheit

„Die drei großen Feinde der Unabhängigkeit", also der Freiheit, „sind die Habenichtse, die Reichen und die Parteien", sagt Nietzsche einmal. Die Technik nun schafft nicht nur Wohlstand im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch einen gewissen Wohlstand in den Köpfen, durch den Reichtum an Bildungsmöglichkeiten und Informationen, durch die geistigen Anforderungen, die sie in wachsendem Maße stellt. Das kollektive Denken in Ideologien kann damit allmählich durch das Denken des einzelnen ersetzt werden, und mit den Ideologien verlieren auch die Parteiprogramme mehr und mehr an Glaubwürdigkeit. Ideologien und Parteiprogramme haben bisher am meisten von der Kritiklosigkeit profitiert. Wer diese Zusammenhänge sieht, wird nicht ohne Erheiterung von einer Äußerung des Ministers Dr. Krone Kenntnis nehmen, der die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber den Ideologien beklagte und höchst paradoxerweise meinte: dem einzelnen dürfe das Denken nicht abgenommen werden (am 23. 3. 63 im Wirtschaftsausschuß); es ist genau umgekehrt. Wenn dem einzelnen das Denken durch die Ideologien tatsächlich nicht abgenommen wird, könnte es schließlich — bei völlig freier Meinungsbildung, aber vor allem ohne Mitwirkung der Kanzel — dahin kommen, daß es Parteien, dieses Landsknechtstum der Demokratie mit seinem mißtönenden Rechts- und Linksgeschrei, nicht mehr gibt und daß sich eine monolithische „Partei", die sich totalitär auf die bloße Macht der Organisation stützt, in eine echte Elite verwandelt, die sich auf die Macht der Einsichten stützt. Die Parteien verschwinden eigentlich schon mit den Reichen und den Habenichtsen; beide hat Nietzsche als „gemeingefährliche Wesen" bezeichnet. Gelänge es demnach, durch ein allgemeines Votum — durchaus nicht auf bolschewistische, sondern auf haargenau christliche Weise! — den Überreichtum im Interesse des Ganzen (man kann es „Nivellierung", man kann es aber auch soziale und politische Gerechtigkeit nennen) gehörig zur Ader zu lassen, dann wären die „drei großen Feinde" der Freiheit überwältigt. Damit ginge auch jener kalte Bürgerkrieg zu Ende, dessen Waffe der Stimmzettel ist, und die beiden Weltmächte, frei auch von irgendwelchen Antreibern, könnten entdecken, daß die Welt durchaus groß genug für sie ist, wenn sie sich endlich — christlich oder marxistisch, beides richtig verstanden — als Teile einer Menschheit betrachten lernen. Chrustschow bräuchte dann nicht mehr die abstrakte Kunst zu verdonnern, und der Westen bräuchte sich auf diese manchmal recht groteske Art von „Freiheit" nichts zugute zu halten. Wenn allerdings ein liebenswürdiger russischer Dichter wie Jewtuschenko nach seiner Rückkehr aus dem schlimmen Westen wegen seinem Freimut Spießruten laufen muß, dann ist Sowjetrußland noch ganz und gar nicht fähig, sich als Teil einer Menschheit und einer Menschheitskultur zu betrachten; die Überlegenheit einer ihres Sieges bewußten Weltanschauung spricht sich ganz gewiß nicht darin aus.

Dann aber — wenn „die drei großen Feinde" besiegt sind — „herrscht" nicht mehr der „Volkswille", der auf irgendwelche Parteiprogramme dressiert ist, dann könnte sich vielmehr erst Demokratie als Existenz eines Volkes in organischer, „entelechialer" Bindung entfalten, und damit würde die Fiktion der

„Volksherrschaft", des Rousseauschen „Volkswillens", die soviel Rätsel aufgegeben hat, endgültig überwunden. An die Stelle einer ideologisch vereinseitigten Willenskundgebung des einzelnen träte — als eine Art „Information" — jene Direktive, wie sie auch der einzelnen Zelle in einem Organismus zukommt. Weder im Tauziehen der Parteien noch unter der Sturzglocke einer einzigen Partei kann dies erreicht werden, sondern nur durch die Technik, nach den Prinzipien der Kybernetik und der Informationstheorie. Die Ideologen werden zetern, das gäbe einen Termitenstaat. Aber muß Ordnung Zwang bedeuten, vernunftvolle Einordnung Unfreiheit? Hier ist ja die Achillesferse der Demokratie. Ihre Ideologen haben weder eine Ahnung von den Möglichkeiten der Technik, noch scheinen sie zu wissen, was wahre geistige Freiheit ist. Bei Nietzsche, der den (sozialistischen) Totalitarismus vorausgeahnt und vernichtend über ihn geurteilt hat, könnten sie Belehrung darüber (nämlich über ihre eigene geistige Unfreiheit) finden; seine Kritik des Zeitalters zumindens ist immer noch unübertroffen, und zur Beantwortung seiner Frage „Wer soll der Erde Herr sein?" finden wir bei ihm auch für die heutige Situation die wertvollsten Ansatzpunkte.

Gewisse Ansätze zu einer solchen Entwicklung, besonders durch das Aufzeigen der strukturellen Angleichung der beiden Weltmächte, läßt auch Prof. Fischer am Schluß seines Buches erkennen. Dieses Buch, das zwar mit Kritik an der westlichen Lebensform zurückhält, jedoch die Verhältnisse in der Sowjetunion, insbesondere ihre Ideologie, vorurteilslos und objektiv darstellt, wird zweifellos jeder mit Gewinn lesen, den diese Fragen bewegen (die zu Menschheitsfragen geworden sind). Es bietet nicht nur, entsprechend seiner Absicht, Argumente zur Auseinandersetzung mit der östlichen Welt, es dürfte auch darüber hinaus durch seine wahrhaft philosophische Grundhaltung, die in einem allseitig maßvollen Urteil zum Ausdruck kommt, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis von Ost und West beitragen.

Manfred Forster

Das Sozialpaket (II)*)

III

Fraglos am härtesten umstritten unter den drei Vorlagen des Sozialpakets ist der Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung (kurz: Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz, KVNG). In diesem Gesetzeswerk ist ein sozialpolitisches Vorhaben der Bundesregierung wieder auferstanden, das im ersten gesetzgeberischen Anlauf, im Februar 1961, glatt durchgefallen war. Es scheiterte an der Tatsache, daß sich damals Versicherte und Ärzte in der entschiedenen Ablehnung einer solchen Praxis der Sozialpolitik einig waren. Inzwischen ist viel Wasser unweit des Bonner Bundestagsgebäudes rheinabwärts geflossen. Die Bundesregierung hat die Zwischenpause bis zur Neuvorlage offensichtlich nicht ungenutzt gelassen; freilich nicht mit dem Erfolg, daß das Gesetz nun auf Grund der damaligen entscheidenden Bedenken im Prinzip revidiert vorläge. Einige mehr formale Veränderungen beziehungsweise Neuerungen an der Oberfläche des KVNG selbst und in seiner regierungsamtlichen Interpretation lassen vielmehr nur das

*) Vgl. Heft 5/62.

Bemühen der Gesetzesväter erkennen, das Projekt für den parlamentarischen Durchgang manövrierfähiger zu machen. Ein gewisser rein taktischer Erfolg, mindestens zur Zeit noch, ist nicht zu übersehen. Ob er zu begrüßen ist, bleibt allerdings wiederum eine Frage des Prinzips.

Wie ist die Situation heute? Erkrankt ein sozialversicherter Arbeitnehmer oder ein Angehöriger seiner Familie, so stehen ihm in der Regel ärztliche Behandlung und Betreuung, die Leistungen der Apotheke, Krankenhausaufenthalt, unter Umständen auch notwendige Kuren kostenfrei zur Verfügung. Einzige Ausgabe, die der Krankheitsfall erfordert, ist die Rezeptgebühr von —,50 DM. Auf diesem Grundpfeiler des Prinzips kostenloser Leistung ruht im wesentlichen das geltende Recht der gesetzlichen Krankenversicherung, dessen historische Wurzeln bis in die Zeiten Bismarcks zurückreichen. Der gesetzlich sanktionierte wirtschaftliche Schutz des Arbeitnehmers und seiner Familie in Tagen der Krankheit war damals eine bahnbrechende Errungenschaft der deutschen Arbeiterschaft, die heute noch gern stolz auf diesen Sieg im Kampf für den sozialpolitischen Fortschritt zurückblickt. Was sich seit rund 80 Jahren deutscher Sozialgeschichte bewährt hat, soll nun geändert werden. Wird es eine Reform sein, die unter Beibehaltung des Bewährten das Sozialwesen weiterentwickelt und den gewaltig veränderten Bedingungen der modernen Industriegesellschaft zugunsten der arbeitenden Menschen angleicht? Ein Schritt vorwärts zum sozialen Rechtsstaat? Lassen wir die Fakten sprechen.

Die markantesten Neuheiten des KVNG, zum Teil bereits Gegenstand zum Teil scharfer, erbitterter Kritik in der Öffentlichkeit, lassen die Frage nach dem sozialpolitischen Trend des Gesetzentwurfs nicht lange im unklaren. Im Gegensatz zu den heute geltenden Verhältnissen soll für den Arbeitnehmer das Krankwerden in Zukunft ein „kalkulierbares Risiko" werden. Im Falle seiner eigenen Erkrankung, oder ebenso auch für seine kranke Frau und für das kranke Kind, wird er bis zu einer fixierten Jahreshöchstgrenze kostenanteilig zu zahlen haben: 25 % des Arzt- beziehungsweise Zahnarzthonorars, 25 % der Heilmittelkosten, 10 % des Preises für Medikamente und Verbandmittel, eine Gebühr von 1 bis 3.— DM für jedes ärztliche Rezept, 3.— DM für jeden Krankenhausaufenthalt und eine D-Mark täglich für verordnete Kuren.

Für die Zahlung des Kostenanteils an den Arzt- und Zahnarztkosten durch den Versicherten hat der Gesetzgeber eine besondere Regelung vorgeschlagen. Vom Arbeitnehmer soll künftig neben dem allgemeinen Sozialbeitrag ein zusätzlicher „Sonderbeitrag" in Höhe von 2 % seines beitragspflichtigen Arbeitsentgelts erhoben werden. Von dem Fonds dieses zwangsgesparten Sonderbeitrags sollen am Ende jedes Kalenderjahres 25 % der in diesem Zeitraum entstandenen Arztkosten durch die Krankenkassen abgezogen werden. Der — eventuell — verbleibende Restbetrag wird dem Versicherten alsdann zurücküberwiesen. Es ist praktisch die Form eines „eisernen Sparens", zinslos natürlich.

Kranksein soll teuerer werden

Unter diesen Neuerungen im KVNG ist eine der einschneidendsten und deshalb am schärfsten angefochtenen der Grundsatz der Kostenbeteiligung. In erster Linie wohl an dieser Klippe hatte die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage zur Neuordnung des Krankenversicherungswesens vor fast genau zwei Jahren ihren parlamentarischen Schiffbruch erlitten. Auch diesmal tut sich die Regierung schwer bei der Begründung zu ihrem neuen Entwurf, dessen wunde Punkte sie nach den schlechten Erfahrungen ihrer früheren Auseinandersetzung selbst nur zu gut kennt. Daß es nicht der Stein der Weisen ist, den man in Bonn jetzt als die sozialpolitische Errungenschaft von morgen herumreicht, spürt man selbst

aus der etwas verlegenen Diktion dieser Anmerkung Blanks heraus: „Der Sinn einer Krankenversicherung, auch der modernsten Krankenversicherung, kann eben nur der sein, dem Versicherten zu helfen, daß er seine Krankheit heilen lassen und die wirtschaftlichen Folgen der Krankheit tragen kann." Nun will man mit dem Prinzip der zusätzlichen Kostenbeteiligung — wonach die Leistungen nicht mehr voll aus dem kollektiven Sozialbeitrag erbracht, sondern mit einem Viertel auf den Versicherten abgewälzt werden sollen — den Arbeitnehmer auf sein Verantwortungsbewußtsein ansprechen. Man packt ihn tatsächlich aber ganz trivial beim Portemonnaie. Denn jetzt kostet jede Krankheit — vom Schnupfen bis zum Kaiserschnitt — Geld. Jede Mark, die in Zukunft für den Arbeitnehmer, seine Frau oder Kinder zum Arzt oder in die Apotheke getragen werden muß, fehlt am Ende irgendwie am Haushaltsgeld. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Versicherte für das Arzthonorar nicht auf der Stelle in die Tasche greifen muß, da sein Kostenanteil auf seinen Sonderbeitrag verrechnet, das heißt, daraus bestritten wird. So oder so wird der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle unweigerlich Geld los. Das wird er sich überlegen, ehe er zum Arzt schickt; erst recht der Vater einer mehrköpfigen Familie. Der Kinderreiche wird unter Umständen lieber erst einmal selbst an sich oder seinen Angehörigen herumdoktern, ehe er unvorhergesehene zusätzliche Ausgaben für Arzneien oder auch Krankenhaus riskiert und gleichzeitig für ärztliche Behandlung und Betreuung die Reserven auf dem Konto seines Sonderbeitrags angreift.

„Der Krankenstand ist schuld"

Es wird behauptet, der Krankenstand sei untragbar. Die Einführung der persönlichen Kostenbeteiligung soll darum eine fühlbare Senkung des Krankenstandes bewirken, so argumentieren die Initiatoren des KVNG allen Ernstes. Damit wird eine Einstellung protegiert, die im Ausgangspunkt falsch ist, die sich erst recht in der Wahl der Mittel zur Bekämpfung des angeblichen Übelstandes vergreift. Zunächst einmal ist der Krankenstand in der Bundesrepublik gegenwärtig mit 4,8 Prozent nicht in diesem Sinne „untragbar"; er liegt mit heute 4,8 % aller Beschäftigten im statistischen Vergleich zu unseren Nachbarn, Frankreich 6,8 % und England 7,0 Prozent, an relativ normaler Stelle. Zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen besteht in keinem Falle ein sachlich vertretbarer Grund. Außerdem erheben sich ernstliche gesundheitspolitische Bedenken dagegen, die Inanspruchnahme des Arztes auf diesem künstlichen Wege allgemein einzuschränken.

Verständlich ist darum die Reaktion aus den Kreisen der verantwortungsbewußten Ärzteschaft. Die Kostenbeteiligung der Versicherten im Krankheitsfall verurteilte der Vorstand der Bundesärztkammer als kaum vertretbar und für eine soziale Krankenversicherung als untragbar. Die Ärzte nannten die Kostenbeteiligung sogar bei Voruntersuchungen geradezu widersinnig. Ablehnung fand die Selbstbeteiligung der Patienten ebenfalls bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die Ende Dezember vergangenen Jahres in Münster tagte. Man würde der westdeutschen Ärzteschaft schweres Unrecht tun, wenn man ihrer Kritik unterstellen wollte, sie sei von der Besorgnis um einen zu erwartenden Patienten-, also Honorareinnahmen-Schwund ferngelenkt. Selbst für einen Zyniker muß dieser Verdacht ausscheiden, nachdem das KVNG jetzt auch für die den Ortskrankenkassen angeschlossenen Ärzte eine Umwandlung der Arzt-Pauschale in honorarpflichtige Einzelleistungen vorgesehen hat und die Zusage Blanks über eine Erhöhung der Arzthonorare um 80 % bekannt ist. Beide Verbesserungen zugunsten der Honoraransprüche der Ärzte sollen mit dem KVNG eingeführt werden. **Was die Ärzte mit Besorgnis voraussehen, muß auch jedem denkenden Laien klar sein: daß die Angst vor den Kosten im Falle der Krankheit eine gefährliche**

„Axt im Hause ist", die den „Zimmermann" nicht wirklich ersetzt, die aber leicht den Patienten selbst erschlagen könnte.

„Die Bummelanten sind schuld"

Schwere gesundheitspolitische Bedenken, die sich in der ersten KVNG-Debatte im Parlament vor allem gegen die Eigenleistung der Versicherten wandten, hat Blank mit dem Bemerken abzuwehren versucht: „Ich halte den Arbeitnehmer für klug genug und für mündig genug, daß er selbst beurteilen kann, was ihm seine Gesundheit wert ist." Postuliert der Bundesminister mit diesen Worten nicht für die Zukunft den fatalen Satz: Gesundheit ist eine Geldfrage? Wenn es so ist, dann trachtet die Bundesregierung freilich nach einem höchst bedenklichen „Stilwandel in der Sozialpolitik". Der Appell an Klugheit, Mündigkeit und Selbstverantwortungsbewußtsein einer Arbeiterschaft des Zwanzigsten Jahrhunderts („bist du nicht ein kluges Kind?!") — während gleichzeitig Anstalten getroffen werden, nahezu klassisch gewordene Errungenschaften in der Sozialpolitik hinterrücks zu liquidieren — ist nicht einmal taktisch guter Stil. Es dient auch nicht der Glaubwürdigkeit des Gesetzgebers, wenn die Verfechter des Prinzips der Kostenbeteiligung behaupten, sie sei zum Schutze gerade der verantwortungsbewußten Arbeitnehmer gedacht und solle allein die Bummelanten treffen. Man kann schlechterdings nicht auf der einen Seite bei jedem offiziellen Anlaß die „großartigen Leistungen der Arbeiter und Angestellten beim Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft" feiern und andererseits versichern wollen, das „Ausmaß des Bummelantentums" mache solche radikalen sozialpolitischen Maßnahmen unerläßlich und unaufschiebbar. So überzeugt man nicht, sondern verheddert sich nur selbst in einem unlösbaren Widerspruch. Der „blaue Montag" ist weder ein westdeutsches Patent noch eine Erfindung unseres Zeitalters; er wurde nach einer glaubwürdigen Zeitungsmeldung bereits im 16. Jahrhundert erwähnt. Einzelne Bummler, auch notorische Faulenzer, — alles schon einmal dagewesen, sagt Ben Akiba. In Zeiten der „Vollbeschäftigung" wird man ihnen zwangsläufig weniger leicht auf die Sprünge helfen können. Das mag ärgerlich sein; es ist aber kein plausibler Grund, deswegen die Sozialpolitik negativ zu revolutionieren.

Dem einzelnen charakterlich labilen oder gar haltlosen „Drückeberger" im Betrieb wird dagegen die Selbstbeteiligung im Zweifel die geringsten Kopfschmerzen machen. Um die erforderliche Bescheinigung seiner „Arbeitsunfähigkeit" zu erschleichen, wird er schlau genug sein, da er ja nicht wirklich krank ist, die Inanspruchnahme des ins Geld schlagenden Arztdienstes auf das unvermeidliche Minimum zu beschränken. Wenn's aber sein muß, läßt sich der gewohnheitsmäßige Faulpelz sein „Krankfeiern" sogar etwas kosten; denn was liegt diesem Typ schon am Sparen oder am finanziellen Wohl seiner Familie. Aber, wie gesagt, hier kann nur von Einzelfällen die Rede sein, die nicht ernstlich zu Buch schlagen. Es ist statistisch erwiesen, daß von der bereits vorher genannten Quote des derzeitigen Krankenstandes in der Bundesrepublik in Höhe von 4,8 % aller Beschäftigten allein 2,8 bis 3 %, das sind mehr als die Hälfte, auf reine Betriebsunfälle und Berufskrankheiten zurückzuführen sind. Es liegt auf der Hand, daß Bummler und Simulanten unter diesen Fällen normalerweise schon gar nicht zu suchen sind. Und für den Rest der Krankmeldungen sind die objektiv feststellbaren Bedingungen, wesentlich strapaziöseren Lebensverhältnisse im allgemeinen und dazu die unbestreitbar beträchtlich verschärften Leistungsanforderungen in einer hochgradig technisierten, mechanisierten und rationalisierten Wirtschaft als gravierend zu berücksichtigen. Diese zeit- und arbeitsbedingten Umstände dürften vor allen anderen, insbesondere vor allen subjektiv schuldhaften Faktoren, ursächlich den jeweiligen Krankenstand beeinflussen. Zusätzlich mitbestimmend

ist in diesem Zusammenhang gewiß auch die Tatsache, daß auf Grund des Arbeitskräftemangels die Belegschaften mit den aus dem Arbeitsprozeß bereits Ausgeschiedenen und notgedrungen wieder Angeworbenen oder mit ausländischen Fremdarbeitern aufgefüllt wurden. Solche Kräfte bringen — infolge mangelnder Erfahrung und Routine im Arbeitstechnischen, andererseits durch ihre reduzierte gesundheitliche Widerstandskraft (reaktivierte Rentner und Invaliden), schließlich auch infolge abrupten Wechsels von Lebensbedingungen und Klima (Fremdarbeiter) naturgemäß von vornherein eine nennenswert erhöhte Anfälligkeit für Krankheiten und Unfälle mit.

Die Tatsachen sprechen also dagegen, daß die Einführung der Selbstbeteiligungsklausel in der Krankenversicherung ein sinnvolles und unentbehrliches Instrument ist, dem „Bummelantentum" an den Kragen zu gehen. Wer daran noch glaubt, jagt einem Phantom nach. Es ist schwer zu glauben, daß der Gesetzgeber selbst so naiv wäre. Dann ist er jedoch schwerlich von der Verantwortung freizusprechen, daß er mit diesem Gesetz die Masse der Abhängigen in der Wirtschaft der Gefahr aussetzt, schutzloser als zuvor dem „Recht" des wirtschaftlich Stärkeren zu unterliegen.

Ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte

Die neuen Rechte, die im Entwurf dem Arbeitgeber gegenüber dem erkrankten Arbeitnehmer eingeräumt werden, tragen gefährliche Konsequenzen in sich. Da muß der Versicherte innerhalb der ersten drei Tage seiner Krankheit im Rahmen der im obliegenden „Nachweispflicht" seinem Arbeitgeber eine ärztliche Bescheinigung vorlegen; der Arbeitgeber kann aber auch schon für den ersten Krankheitstag die Vorlage einer solchen Bescheinigung verlangen. Außerdem sehen die Bestimmungen eine „Prüfung der Arbeitsfähigkeit" des Erkrankten durch einen entsprechenden „vertrauensärztlichen Dienst" vor. Damit wird der Versicherte automatisch der Kontrolle durch den Vertrauensarzt unterworfen. Es ist zudem für den Arbeitgeber möglich, sich durch den Vertrauensarzt über Art und voraussichtliche Dauer der Erkrankung unterrichten zu lassen.

Wo bleibt unter der Regie solcher gesetzlichen Bestimmungen der Anspruch des Arbeitenden auf den Schutz seiner Intimsphäre? Was ist es mit der ärztlichen Schweigepflicht? Wie ist in Zukunft die notwendige Unabhängigkeit des ärztlichen Vertrauensdienstes garantiert? Offene Fragen, auf die das Gesetz eine befriedigende Antwort schuldig bleibt. Dem Urteil des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schellenberg wäre in diesem Punkt nichts mehr hinzuzufügen: „Ein erheblicher Eingriff in den Persönlichkeitsbereich aller Arbeiter und Angestellten." Und hier handelt es sich immerhin um einen Betroffenenkreis, der — zusammen mit den zur sozialen Krankenversicherung zählenden Angehörigen und Rentnern — 85 Prozent der gesamten Bevölkerung repräsentiert.

Von den unantastbaren Rechten des Individuums einmal abgesehen, wird jeder, dem der Arbeitsfriede im Betrieb als unabdingbare Voraussetzung für eine stetige gesamtwirtschaftliche Leistungsunfähigkeit um des optimalen Erfolges willen am Herzen liegt, besorgt in die Zukunft blicken müssen. Schon konnte Dr. Schellenberg (SPD) bedenkliche Reaktionen auf der Arbeitgeberseite konstatieren: aus einer berufsständischen Zeitung des gewerblichen Mittelstandes zitierte er wörtlich: „Schon zur Begrenzung ihres finanziellen Risikos werden die Betriebe gezwungen sein, künftig bei Einstellung bzw. Entlassung von Arbeitern auf das Krankheitsregister des einzelnen Arbeiters Rücksicht zu nehmen." („Deutsches Handwerksblatt"). Das ist klar und eindeutig. Damit wird aber auch klar, daß ein solches Gesetzeswerk nicht geeignet ist, eine neue sozialpolitische Ordnung zu schaffen. Es schafft vielmehr ein neues, sehr ernstes Problem: das legalisierte

Mißtrauen, Mißtrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Mißtrauen zwischen Arzt und Patient.

Nicht einmal die alten Tage der Sozialrentner scheint das KVNG mit seinen neuen Härten verschonen zu wollen. Nach letztem Stand der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes gibt es heute 2,8 Millionen Rentnerhaushalte in der Bundesrepublik. Der Bundespräsident bemühte sich selbst öffentlich, um die Solidarität des Volkes für die 6 Millionen über Fünfundsechzigjährigen (11 Prozent der Gesamtbevölkerung) zu aktivieren, von denen allzu viele nicht nur in Einsamkeit, sondern in blanker Not leben. Was wird aber der Rentner mit einer kümmerlichen Monatsrente von vielleicht 130,— DM tun, wenn er krank wird? Die Kosten scheuend, wird er vielleicht zögern, ärztliche Hilfe zu suchen, vielleicht solange, bis es zu spät ist. Ein solches Los haben unsere Alten nicht verdient.

Man kann sich angesichts dieser vielfältigen höchst negativen Konsequenzen des KVNG dem Eindruck nicht entziehen, daß die Sorge um die Volksgesundheit in Bonn gegenwärtig nicht allzu hoch im Kurs steht. Die Haltung der Regierung auch in der parlamentarischen Erörterung des Sozialpakets war keineswegs geeignet, diesen Pessimismus abzuschwächen. Der Arbeits- und Sozialminister hielt es vielmehr für angebracht, „freimütig" zuzugeben, „es steckt in ihm (dem Entwurf) kein Ansatzpunkt für einen staatlichen Gesundheitsdienst". Dementsprechend wurde ein Vorschlag des Bundesrates, die Formulierung „Leistung zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit" in den Wortlaut des Gesetzentwurfs aufzunehmen, vom Kabinett abgelehnt.

Darin offenbart sich in der Tat ein bemerkenswert unterentwickeltes Verständnis für das gesellschaftspolitisch wie auch rein ökonomisch Bedeutsame einer vorausschauenden staatlichen Gesundheitspolitik. Dies drückt sich auch in den Mängeln einiger weiterer sozialpolitischer Neuerungen des Gesetzes aus, die von Blank als „Verbesserungen" in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt werden. Zuschüsse für Zahnersatz und Hilfsmittel, für Krankenhauspflege und häusliche Krankenpflege (bisher Ermessungssache der Kassen) sollen künftig zu Pflichtleistungen erhoben werden. Der Zwang zur kostenmäßigen Selbstbeteiligung bringt jedoch den Versicherten sogleich wieder um den sozialen Effekt dieser Reform.

Ferner wird im Rahmen der Familienhilfe als neue Leistung die Mutterschaftshilfe eingeführt. Und das Mutterschaftsgeld soll künftig um zwei Wochen länger (8 statt bisher 6 Wochen) gezahlt werden. Ein generelles Mutterschutzgesetz jedoch, das mit einer wirklich ausgereiften staatlichen Mutterschaftshilfe den wachsenden Gefahren der Mütter- und Säuglingssterblichkeit wirksam begegnet, stand nicht zur Debatte; ein Gesetzentwurf der Opposition ruht nach wie vor in der Schublade des zuständigen Arbeitsausschusses. Zwar soll die Klinik-Entbindung obligatorische Kassenleistung werden; aber das ändert nichts am Gesamtbild. Was auf diesem Gebiet für die Frau im Betrieb oder Haushalt geplant wird, bleibt gesundheitspolitisches Stückwerk.

„Krankengeld wird in Zukunft unbegrenzt gewährt ...", heißt es in § 200 des KVNG, weshalb der Bundesarbeitsminister denn auch von der „Beseitigung der Aussteuerung bei Krankengeld und Krankenpflege" spricht. Das ist zumindest eine kühne Übertreibung, denn noch im gleichen Satz dieses Entwurfs wird das „unbegrenzt" bereits zurückgenommen durch die Einschränkung: „... für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit, jedoch längstens 78 Wochen innerhalb von drei Jahren." Außerdem besagt die neue Vorschrift: „Tritt während der Arbeitsunfähigkeit eine weitere Krankheit hinzu, so wird die Leistung nicht verlängert." Zwar soll demnach die Zahlung des Krankengeldes von bisher

52 Wochen um künftig 26 Wochen verlängert werden; gleichzeitig aber wird die bisher übliche automatische Weiterzahlung des Krankengeldes für den Fall nicht mehr gewährt, wenn zu der bestehenden Krankheit eine neue hinzutritt. Im KVNG lebt die totgesagte „Aussteuer" also fröhlich weiter.

Als „Errungenschaft" von besonders hervorgehobener Bedeutung steht im Konzept der Regierung die sogenannte „Vorsorge". „Sie soll Krankheiten möglichst frühzeitig erkennen und möglichst frühzeitig der ärztlichen Behandlung zuführen", sagt Blank. Bezeichnung und Zielsetzung klingen vielversprechend. Bei näherem Zusehen bleibt leider die Enttäuschung nicht aus. Nicht expressiv verbis als „Vorsorge", aber mit offensichtlich vernünftigem Weitblick treffen die Kassen in der gegenwärtigen Praxis ihre Ermessensentscheidungen bei Kurbewilligungen bewußt großzügig und im Sinne entsprechender vertrauensärztlicher Empfehlungen; das wird allgemein gebührend anerkannt. Im KVNG hingegen bestimmt § 180, daß Vorsorgekuren, beziehungsweise die hierfür gedachten Zuschüsse (beides Kann-Leistungen) nur zu gewähren sind, wenn „zu befürchten ist, daß der Versicherte in absehbarer Zeit arbeitsunfähig wird." Zur Auslegung dieser Richtlinie bietet sich dem bürokratischen Ermessen ein weiter Spielraum, insbesondere zu einer scharfen Auslegung, im Extrem bis zum Patienten „mit dem Kopf unter dem Arm". Dem akuten Problem der hochprozentigen, anomalen Frühinvalidität der arbeitenden Bevölkerung ist auf diese Weise nicht beizukommen. Selbst aber im Optimalfalle ist der Name „Vorsorgehilfe" zu hochtrabend, streng genommen irreführend, wenn die Kann-Leistung erst in jenem vorgerückten Stadium des erkennbaren Gesundheitsverfalls eingreifen darf, wo er „in absehbarer Zeit" zur Arbeitsunfähigkeit auszuarten droht. Man kann daraus folgern: „Patient" ist nicht der gesundheitsbedrohte Mensch an sich, sondern nur die „Nummer" in der Betriebsbelegschaft, sofern seine betriebliche „Einsatzfähigkeit" ernstlich gefährdet erscheint. Bis zum handlichen Disponieren wiederum mit „Menschenmaterial", vielleicht wiederum für irgendeinen Frontbedarf, ist es dann nicht mehr weit. In der Tendenz tritt hier das Symptom einer schleichenden Enthumanisierung des sozialpolitischen Denkens zu Tage, vor dem nicht frühzeitig und ernst genug gewarnt werden kann. Daß eine derartige Politik auch nicht eigentlich „wirtschaftlich vernünftig" sein kann, weil sie nicht auf weite Sicht angelegt ist, sei dazu nur noch am Rande vermerkt.

Mit der im Gesetzentwurf des KVNG niedergelegten Planung einer umfassenden Neugliederung der Versicherten schließt sich ein Kreis von Indizien gegen die sozialpolitische Glaubwürdigkeit dieses Projektes. Die Einführung einer Versicherungspflichtgrenze (bei 750,— DM Monatsentgelt) nun auch für Arbeiter (bisher ausschließlich für Angestellte), ein schmerzliches Nebenprodukt der gerühmten „Gleichstellung" von Arbeitern und Angestellten, erzwingt das Ausscheiden von 2,7 Millionen Arbeitern aus der Versicherungspflicht. Damit verliert der betroffene Personenkreis den ihm bisher zustehenden Arbeitgeberanteil, den er bei freiwilliger Weiterversicherung zusätzlich aus eigener Tasche aufbringen müßte. Der Verlust von Arbeitgeber-Beitragsanteilen für die Gruppe dieser Arbeiter wird auf rund 600 Millionen DM im Jahr geschätzt. Und wenn das Gesamteinkommen 1250,— DM im Monat übersteigt, fällt auch für den Arbeiter — wie bisher für den Angestellten — die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung fort. Oberhalb dieser Verdienstgrenze sind die Arbeitnehmer also gezwungen, den Versicherungsschutz privater Gesellschaften zu suchen. Infolgedessen entstehen den zuvor Sozialversicherten bei Ausscheidung sowohl aus der Versicherungspflicht wie aus der freiwilligen Versicherung jeweils neue schwere Belastungen finanzieller Art. Die gesellschaftliche Anpassung des arbeitsrechtlichen Status des Arbeiters an den des Angestellten erweist sich also im Grunde

als eine wirtschaftliche Nivellierung nach unten. Das Ganze läuft sichtlich darauf hinaus, den Kreis der Sozialversicherten bei der Pflichtversicherung und bei der freiwilligen Versicherung einzuengen. Daß auch eine solche Entwicklung in schweren Widerspruch zu einer verantwortungsbewußten staatlichen Sozial- und Gesundheitspolitik gerät, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

IV

Größten Wert, wie gesagt, legt die Bundesregierung darauf, daß das KVNG zusammen mit den beiden anderen Entwürfen, dem Lohnfortzahlungsgesetz und dem Bundeskindergeldgesetz, als eine Einheit betrachtet und im Parlament behandelt wird. Das Argument mit dem „engen inneren Zusammenhang" ist nicht stichhaltig. Es handelt sich um unverwechselbar getrennte Sachgebiete aus dem weiten Bereich der Sozialpolitik. Es unterliegt hingegen keinem Zweifel mehr, daß hier allein die Schläue politischer Taktik mit Vorbedacht das Sozialpaket geschnürt hat. Gewiß dürften in der Werbung um die Zustimmung der Massen die rein optischen Vorzüge der Lohnfortzahlung und des Kindergeldes ihre propagandistische Wirkung auf den sachlich Unkundigen nicht verfehlen. Denn, so mag man in Bonn hoffen, von diesem Blickfang weitgehend abgelenkt, wird die öffentliche Meinung in der Parlamentsstunde der schweren Geburt des Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes nicht allzu störend im Wege stehen. Es ist im Interesse aller nur zu wünschen, daß diese „Paket"-Taktik auf Sand gebaut ist.

Wer in den letzten entscheidenden zehn Jahren die Entwicklung der bundesdeutschen Innen- und Außenpolitik illusionslos verfolgt hat, wird sich gewiß nicht der frommen Täuschung hingeben, die Vorlage dieses Gesetzeskomplexes im derzeitigen Stadium der Bonner Politik sei blinder Zufall. Die Kausalzusammenhänge und Querverbindungen — innenpolitisch mit der Notstandsgesetzgebung, mit den Staatsdefiziten und Etatsorgen 1963, außenpolitisch mit der Atommacht-Manie der Bundesregierung — sind mit den Händen zu greifen. Der Kalte Krieg fordert ein finanzielles Opfer nach dem anderen, eine demokratische Freiheit nach der anderen. Rund 60 % des Bundeshaushalts 1963 sind für mittelbare und unmittelbare Militärausgaben eingefroren! Immer neue und höhere Verteidigungskosten kommen hinzu und werden ohne Bedenken bewilligt. Darum muß an den zivilen Staatsausgaben rigoros gespart werden. Darum darf der Sozialetat kein Geld kosten. Und die Großwirtschaft sieht die Konjunktur ermüden, die Währung schwinden. Man stellt sich auf verschärften internationalen Konkurrenzkampf ein und orientiert sich auf ein florierendes Rüstungsgeschäft. Dazu ist ein „Stabilisierungs-Programm" willkommen, in welchem Streik und Krankfeiern klein, aber Unternehmergewinne groß geschrieben werden. Deshalb auch heute Notstandsgesetze, morgen Sozialpaket. Es sind alles nur Stationen am Wege der Rüstungspolitik.

Eine (ungewollte) Ironie liegt in jenen Worten Blanks, der den Kritikern des KVNG zurief: „Wenn er (der Gesetzentwurf) einmal bekannt wird, dann wird man auch in der Öffentlichkeit begreifen, welches Gesetzeswerk wir hier vorgelegt haben." Wer wirklich den Ernst dieser Situation begriffen hat, wird allerdings zu der Ansicht gelangen müssen: man sollte nicht dieses unglückselige Gesetz verabschieden, sondern jene Politik, die daran schuld ist, daß es vorliegt.

Egbert Hoehl

Die Lüge als Stilmanier

Wochenschau und Zeitgeschehen

Ungefähr 7000 Kinos in der Bundesrepublik suggerieren wöchentlich einem nach Millionen zählenden, meist arglosen Publikum ein Weltbild, das den Intentionen der etablierten Mächte mit einer Perfektion dient, die sich kein anderes Massenmedium leisten kann. Die Wochenschau ist somit die wohl verheerendste publizistische Psychodroge, die in ihren Wirkungen sogar die Emotionspeitsche eines gewissen Boulevardzeitungs-Stils übertrifft. Daß sich die Tendenzen der Wochenschau überall in der Welt gleichen, ist kein tröstlicher Aspekt. Im Gegenteil. In der bewährten Manier des racketeering halten die wenigen großen Gesellschaften, die den Absatzmarkt der westlichen Welt unter sich aufgeteilt haben, einen — zusätzlich durch Verträge abgesicherten — Burgfrieden, demzufolge Konkurrenz nicht stattfindet. Leider haben sich auch die Hoffnungen, die man auf die Tagesschau des Fernsehens setzte, nicht erfüllt. Die hier inzwischen eingeführte Verbindung von Nachrichtendienst und optischer Kurzreportage hatte keineswegs eine kritische Bewertung der Tagesereignisse zur Folge. Dennoch: Wochenschau und Tagesschau bedienen sich ähnlicher, aber keineswegs gleicher Stilmittel. Dies gilt zumindest für die Nachrichtensendungen der ARD. Die Mainzer Parallelsendung hat sich bereits in den ersten Tagen als eine klerikal akzentuierte, sterile tönende Illustrierte ausgewiesen. Die von ihren Redakteuren praktizierte Methode ist der Wochenschau-Alchimie bestürzend ähnlich. Aber die, vorläufig noch echte, Konkurrenz des ARD-Programms wirkt hier oft im positiven Sinne ausgleichend. Im übrigen mißt der Betrachter dem Fernsehen längst nicht die gleiche Bedeutung bei wie dem Film. Den Wechselbeziehungen von Psychologie und Trägheit zufolge profitiert die Wochenschau von ihrem 50jährigen Vorsprung.

Notwendiger Rückblick

Im Gegensatz zu den heutigen Wochenschauen waren die primitiven frühen Filmszenen der Skladanowsky, Lumière und Edison dokumentarische Zeugnisse eines neuen technischen Mediums. Die Aneinanderreihung von Bildern aus dem Alltag hatte aber rasch allen Reiz verloren. Die Kamera bemühte sich um Attraktionen und Sensationen. Die Technik wurde dem Vergnügen nutzbar gemacht. Die Filmkunst wurde geboren. Daneben existierte die aktuelle Filmzeitung weiter. Die Wochenschauen von Gaumont, Eclair und den Brüdern Pathé gingen in die Filmgeschichte ein. Über dem jungen Lichtspiel aber lagen bereits die Schatten der alten Zensur. Die französischen Konzerne Pathé und Gaumont, auch die Brüder Lumière, hatten sich in Rußland etabliert, ehe dort noch eine eigene Produktion anlief. Die zaristische Zensur verhinderte indessen die Verbreitung gewisser Aufnahmen. Auch die leiseste Andeutung sozialer Thematik war verboten. Die jetzt auf den Plan tretenden russischen Produzenten hielten sich an die Zensurbestimmungen. Die Wochenschau entwickelte die Lüge zur Stilmanier. Dieser Stilmanier wurde während des Krieges die Propaganda integriert. Auch Kerenski stellte die Wochenschau in den Dienst der Regierung.

In Deutschland begann Oskar Messter nach Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz im Oktober 1914 mit der Herstellung wöchentlicher Propaganda-Reportagen. Siegfried Kracauer schreibt hierzu in seiner Filmgeschichte: Messters Wochenschauen

„kamen im neutralen Ausland sowohl als auch in Deutschland zur Verteilung und wurden durch gestellte Propagandafilme ergänzt, in denen Statisten in britischer Uniform sich den tapferen deutschen Truppen ergaben. Die deutsche Regierung unterstützte Bemühungen dieser Art zu ‚Durchhalte'-Zwecken. Im weiteren Verlauf des Krieges beorderte das Oberkommando eigens ausgewählte Kameraleute zur Teilnahme an militärischen Operationen. Damit verfolgte man die Absicht, eindrucksvolles Bildmaterial zu erhalten, das später auch als historische Unterlage dienen konnte . . . Aber die Deutschen waren keineswegs die einzigen, die den Film zu ihren Sonderzwecken verwandten. Die Franzosen hatten ganz ähnliche Vorstellungen vom Nutzen dokumentarischer Kriegsfilme und verhalfen ihnen mit nicht geringerem Nachdruck zur Geltung . . ."

Vielleicht konnten die Kriegsreporter sich später nicht so ohne weiteres auf eine Welt des Friedens umstellen. Diese Welt stellte ja auch ungleich schwierigere Aufgaben als die der simplen Barbarei, in der es letztlich nur darauf ankam, vaterländische Gefühle anzustacheln und ein primitives Feindbild zu entwickeln. Jedenfalls machten sie auch während des Friedens ihr Geschäft mit dem Tode, mit dem Unglück, mit der Attraktion der Katastrophe. Aus den Kriegsberichtern wurden „Reporter des Satans". Der sich parallel entwickelnde Dokumentarfilm widmete sich mehr und mehr der Erforschung und wahrhaften Deutung der sozialen Wirklichkeit. Amerikanische und sowjetische Regisseure waren es vor allem, die eine soziale Filmkunst von (bis heute unerreichter) dokumentarischer Eindringlichkeit schufen. Speziell die avantgardistische sowjetische Filmkunst der zwanziger Jahre war nichts anderes als eine konsequente Fortentwicklung der aktuellen Film-Reportage.

Hier war etwas Erstaunliches geschehen: Eine ausschließlich der politischen Agitation dienende Filmarbeit ächtete den Krieg und propagierte Frieden und Brüderlichkeit. Die Frontreporter des russischen Bürgerkrieges begründeten darüber hinaus die bislang bedeutendste filmästhetische Bewegung der Welt. Der russische Revolutionsfilm galt als Synonym des Begriffes Avantgardismus. Boris Lawrenjew schreibt in seinem Buch „Der russische Revolutionsfilm" (Sanssouci-Verlag, Zürich, 1960):

„Diese jungen Filmbesessenen, denen die Revolution nicht nur ein politisches Erlebnis, sondern eine optische ‚Revolution des Auges' (Watow) war, diese jungen Filmleute waren es auch, welche das Filmmaterial für die legendären Propagandazüge zusammenstellten, die 1918 in wochenlangen Propagandafahrten den Gedanken der Revolution in die entlegensten russischen Provinzen trugen."

Zu diesen „Filmbesessenen" gehörten Kuleschow, Tissé (später Kameramann Eisensteins) und Dziga Wertow. Am Beispiel Wertows läßt sich besonders treffend belegen, daß es einmal einen Typus der schöpferischen Wochenschau gegeben hat, dessen formale Gesetze auch die der neuen Filmkunst waren. Lawrenjew schreibt über Wertow:

„Er vertrat die Theorie eines ‚mechanischen Objektivismus', wonach die Kamera als ‚Maschinenauge' der beste Garant für die objektive Wahrheit sei, und entwickelte die ‚Montage an sich, ohne Drehbuch, Atelier und Schauspielerpersönlichkeit. Der Regisseur dürfe lediglich die ‚reproduzierte Realität' auswählen und montieren. Die optische Erfahrung hatte er in den 23 Folgen seiner sowjetoffiziellen Wochenschau ‚Kino-Prawda' (‚Kino-Wahrheit') gesammelt, die er 1922 als optische Ergänzung der Tageszeitung ‚Prawda' im Auftrage Lenins und Lunatscharskis gedreht hatte . . ."

Auch Ulrich Gregor und Enno Patalas bezeichnen in ihrer soeben erschienenen „Geschichte des Films" (Sigbert-Mohn-Verlag, Gütersloh) die „Kino-Prawda" als „einen ganz neuen Typus Wochenschau". Und weiter:

„Hier . . . experimentierte Wertow bereits mit den Möglichkeiten der Montage, der filmischen Metapher, der Rückblende und der Vorschau. Nach Wertows Meinung verwandelte sich der Film durch die Montage von einer bloßen Widerspiegelung des Lebens zur ‚Organisation des Lebens selbst' . . ."

Esther Schubs berühmter Dokumentarstreifen „Das Ende der Romanows" gründete sich ganz auf Wertows Theorie und bestand fast ausschließlich aus Wochenschaumaterial.

Was dem einen oder andern Leser als Abschweifung vom Thema erscheinen mag, ist in Wirklichkeit die historische Begründung für die Notwendigkeit der nachfolgenden Kritik an der Droge Wochenschau. Daß hier auf das Beispiel der frühen sowjetischen Filmarbeit zurückgegriffen werden mußte, ist nicht die Schuld des Chronisten. Die Filmgeschichte bietet leider kaum ein besseres Beispiel der menschlich-sozial engagierten Wochenschau. Als überzeugendste Antithese des gängigen Typs der Kino-Illustrierten verdient sie solche Hervorhebung. Im übrigen kann aus dem Beispiel keine Legitimation des späteren sowjetischen Filmstils abgeleitet werden. Die frühere schöpferische Dynamik schlug unter Stalin in die starre Schematik des Personenkultes, des nationalen Kitsches und der rosaroten Konfliktlosigkeit um. Doch zurück zur Wochenschau.

Auch in Deutschland gab es Ansätze zur Erforschung der sozialen Wirklichkeit (Ruttmann, Richter, Metzner, Junghans, Mittler), die sich aber nur unzulänglich entfalten konnten. Die reaktionäre Kulturpolitik der herrschenden Schichten verhinderte auch in der Weimarer Republik eine wirksame Aufklärungsarbeit. Der 1928 gegründete „Volksverband für Filmkunst" (Vorstand: Heinrich Mann, G. W. Pabst, Erwin Piscator!) zeigte einmal in einer seiner Vorstellungen einen aus alten UFA-Wochenschauen montierten Streifen, der die ganze Verlogenheit eben dieser Wochenschau enthüllte, indem er die „dokumentarischen" Aufnahmen durch geschickte Anordnung in eine direkte Beziehung zur realpolitischen Situation brachte. Die Polizei verhinderte die weitere Vorführung.

Besonders gepflegt wurde die Lüge als Stilmanier naturgemäß in der Goebbels-Ära. Perverse Ausmaße nahm die Lüge in der seit Kriegsbeginn erscheinenden deutschen Einheits-Wochenschau an. Diese Ausmaße lassen sich nicht beschreiben. Für die damalige Wochenschau fand das Weltgeschehen nicht statt. Es gab nur den „glorreichen" Krieg und die nationale „Innenschau". Neben der totalen Lüge wurde die eigene Unfehlbarkeit zum Stilprinzip erhoben. Die rüdesten Methoden der „Reporter des Satans" muten harmlos an im Vergleich mit den moralischen Verbrechen, die die Produzenten jener „Deutschen Wochenschau" auf sich geladen haben.

Die Kunst, nicht zu informieren

Auch die unpolitisch und objektiv scheinende Wochenschau des heute gängigen Typs läßt sich am bequemsten danach beurteilen, was sie *nicht* zeigt. Als Instrument des Kalten Krieges etwa signalisiert sie zwar unablässig „Feindbilder", ohne jedoch ein einziges Mal auf das zurückzukommen, was faul im eigenen Staat ist. Die Kunst, nicht zu informieren, wurde systematisch entwickelt.

„Der Zuschauer soll keiner eigenen Gedanken bedürfen: das Produkt zeichnet jede Reaktion vor: nicht durch seinen sachlichen Zusammenhang — dieser zerfällt, soweit er Denken beansprucht —, sondern durch Signale. Jede logische Verbindung, die geistigen Atem voraussetzt, wird peinlich vermieden." (Adorno/Horkheimer in „Aufklärung als Massenbetrug").

Vorübergehend schien es einmal, als wollte man in einer Anwandlung von Selbstkritik aus diesem Klischee ausbrechen. 1957 beabsichtigte Heinz Salomon,

der Chefredakteur der Wochenschau „Blick in die Welt", eine Schema-Umstellung dieser Art:

> „Wie ein Leitartikel Nachrichten und Facts auf eine höhere Ebene erhebt, soll es die Wochenschau auch tun." („Spiegel", 3. 7. 57).

Es waren auch erfreuliche Ansätze zu verzeichnen. Im Inhaltsverzeichnis der Wochenschau „Blick in die Welt" Nr. 18/1957 heißt es:

> „Bewußt wurde von der Aneinanderreihung mehr oder weniger wichtiger Tagesereignisse Abstand genommen und die ganze Wochenschau unter den Titel ‚Das Gesicht unserer Zeit' gestellt. Ausgehend von der Warnung der deutschen Atomforscher vor der alles zerstörenden Wirkung der nuklearen Waffen . . . zeigen wir in eindringlichen Bildern die vernichtenden Folgen iher Anwendung, die den Menschen von heute ständig bedrohen . . ."

Solche Sätze muten heute unfaßbar an. Aber auch d i e s e Wochenschau gab es. Die Unterwerfung unter die Marktverhältnisse, die ja weitgehend von den politischen Mächten diktiert werden, konnte aber nicht ausbleiben. Die Wochenschau ist teuer, hat nur eine knappe Laufzeit und spielt außerordentlich geringe Verleihmieten ein. Ihre merkantil hochgesteckte Rentabilitätsgrenze erfordert ein außergewöhnliches Maß an Rücksichtnahme. Die anderen drei in Deutschland laufenden Wochenschauen („Fox tönende Wochenschau", „UFA-Wochenschau", „Neue deutsche Wochenschau") bemühten sich deshalb schon gar nicht um eine Konzeptions-Änderung. Das bewährte verlogene Bildmagazin blieb. Und nach wie vor wird unter dem Vorwand der Dokumentation die propagandistische Konstruktion eines Weltbildes und die Verfälschung der Wirklichkeit feilgeboten. Es ist ein Weltbild, das sich nicht wesentlich vom Schema der sogenannten „Weltschau" unterscheidet, wie sie früher auf den Jahrmärkten zu sehen war: eine Bude mit einer langen Reihe runder Fensterchen, hinter denen die Sensationen des Jahres in Form von bunten dilettantischen Zeichnungen dargeboten wurden. Attenate, Katastrophen, sportliche Ereignisse, Raritäten, Kuriositäten, technische Neuheiten dienten den Schaustellern dazu, auf recht harmlose Weise das Attrakionsbedürfnis des Publikums zu stillen. Die Budenbesitzer scherten sich wenig um Tatsachentreue. Hauptsache war der sensationelle Charakter der Bildmotive.

Die in die Dimension der technischen Perfektion gestellte „Weltschau" von heute dagegen, die Wochenschau, tritt mit dem Anspruch des publizistischen I n f o r m a t i o n s m i t t e l s auf. Mit welchem Recht? Ihre „geistigen" Aspekte unterscheiden sich nicht wesentlich von denen des einstigen Rummelplatz-Vergnügens. Und von Aufklärung reden wir besser nicht. Jede Woche die gleichen abgedroschenen Phrasen, die gleiche musikalische Schablone, die gleichen Themen und Motive, die gleichen Albernheiten, die gleiche verlogene Schönfärberei auf allen Gebieten. Weit davon entfernt, unser Dasein in seinen vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen dokumentarisch — also wahrheitsgetreu — zu beleuchten, befleißigt sich die Wochenschau eines dilettantischen zeitgeschichtlichen Falschmünzertums; dilettantisch deshalb, weil man sich nicht einmal die Mühe macht, die Münze zweiseitig zu prägen. Mit anderen Worten: Die Kehrseite der Medaille ist unbearbeitet. Jeder weiß, daß es sie gibt. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit darf sie jedoch nicht existieren. Unpopuläre Geschehnisse sind tabu. Es ist auffallend, daß beispielsweise kein einziger der zahlreichen Prozesse um Naziverbrechen, wie sie heute doch an der Tagesordnung sind, für würdig befunden wurde, die Sparte „Zeitgeschehen" in der Wochenschau zu ergänzen. Kein Wort und Bild zur FIBAG-Affäre, über die Hintergründe der Anti-

„Spiegel"-Polizeiaktionen, über die Machenschaften gewisser Politiker. Welcher Wochenschau-Boß wäre bereit, einen Pakt mit der Wahrheit einzugehen? Wahrheit, das ist nicht das Händeschütteln tumb oder infernalisch grinsender Minister, sondern deren menschliche Unzulänglichkeit oder Größe. Wahrheit, das ist der politische oder „standesmäßige" Zwang, dem sie sich unterwerfen müssen. Die Wahrheit zu zeigen, hieße die menschlichen oder „amtlichen" Beweggründe ihrer Entscheidungen und ihrer Handlungsweise aufzudecken. Man kann in einer Bildfolge von 60 Sekunden Länge und einem prägnanten Satz durchaus verdeutlichen, was gesagt werden müßte. Aber die Wochenschau unterschlägt die Wahrheit. Nicht nur auf politischem, sondern auf allen anderen Gebieten auch.

Ein treffliches Beispiel für die aufklärerischen Möglichkeiten der Wochenschau einerseits und ihre demagogischen Absichten andererseits vermittelten die französischen Wettbewerbspartner beim II. Internationalen Festival der Wochenschau in Venedig 1958. Die Franzosen zeigten drei Wochenschauen zum gleichen Thema: Die Machtübernahme de Gaulles. Die „Actualités Françaises" schilderten das „Erwachen einer Nation": Jubel, Trubel, chauvinistische Hysterie mit Massenaufmärschen und Hurragebrülle. Das war von den Produzenten jener Wochenschau durchaus positiv gemeint. Die Wochenschau „Gaumont-Pathé" stellte dieser Hysterie den großartigen, disziplinierten Schweigemarsch der protestierenden demokratischen Massen gegenüber. Und im „Pathé-Journal" wurden de Gaulles Machtabsichten eindeutig enthüllt: ein Mann wurde brutal gezwungen, den General mit der charakteristischen Geste (erhobener rechter Arm, Finger zum V-Zeichen gespreizt) zu grüßen. Dreimal Dokumentation: einmal dient sie der Lüge, einmal der Wahrheit, einmal s u c h t sie die Wahrheit.

In unseren Kinos sieht man kaum eine Wochenschau, die wenigstens die Wahrheit aufzuspüren versuchte. Die Ausnahmen bleiben haften, etwa die Reportagen der UFA über die Not der Kinder in Persien, über das Thema „Hunger in der Welt" oder über die Folgen der Erdbebenkatastrophe von Agadir 1960. Aber: all dies liegt doch immer noch weit außerhalb unserer Identifizierungs-Grenzen. Nach der norddeutschen Flutkatastrophe hat es keine Wochenschau für notwendig erachtet, den Schuldigen Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurden Elendsbilder gezeigt, ohne die geringste Kritik zu üben. Und es gibt Schuldige, in den Regierungen der Länder und des Bundes. Eine Regierung, die Milliarden für die sogenannte Rüstung, für militärische und staatliche Repräsentation, für „Luftschutz" und andere moralische Verbrechen zum Fenster hinauswirft, aber die Mittel für die absolute Sicherung von Deichbefestigungen nicht aufbringt, eine solche Regierung kann sich der Schuldigsprechung nicht entziehen. Die Wochenschau jedoch ist „nicht kompetent".

Ein anderes Beispiel: 1956, als die Greuel in Algerien noch nicht so offenkundig waren, ereignete sich in dem Dorf Ainabid eines jener zahlreichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die französische Verwaltung damals noch als „Säuberungsaktion" bezeichnete. Der Tatbestand: Bei einer Durchsuchung der genannten Ortschaft wurden drei unbewaffnete Zivilisten von sechs Soldaten und einem Polizisten niedergeschossen; ohne Anklage, ohne Urteil, ohne Grund. Die Unmenschlichkeit dieses Vorgehens bedarf keines Kommentars. Aber an dem Verbrechen waren auch Zivilisten beteiligt, die zwar keine Waffe gebrauchten, aber den Soldaten nicht nur keinen Widerstand entgegensetzten, sondern das Geschehen für business-Zwecke auswerteten. Diese Zivilisten, ein Reporter des „France Soir" sowie der Kameramann und der Fernseh-Berichterstatter der amerikanischen Wochenschau „Fox - Movietone", filmten diese Ungeheuerlichkeit, um dem Sensationsbedürfnis des Publikums etwas zu bieten, nicht etwa, um den französischen Staat der Kriegsverbrechen zu überführen. Die Wochenschauaufnahmen

gingen in tausenden Kopien um die ganze Welt. Aber kein Kommentar wies auf den verbrecherischen Charakter dieser Vorgänge im besonderen und auf das Unrecht des Kolonialismus im allgemeinen hin. Abgesehen von positiven oder negativen Gefühlsreaktionen dürfte sich der geringste Teil der Zuschauer Gedanken über die Hintergründe des Geschehens gemacht haben. Und wieviele Betrachter haben in den ermordeten Farbigen ihre Menschenbrüder gesehen, die dem Terror zum Opfer fielen, einem Terror, der morgen vielleicht, unter einem anderen Vorwand, ihr eigenes Leben bedrohen kann? Nur die Vermittlung solcher Erkenntnisse könnte die öffentliche Vorführung derartiger Bilderfolgen rechtfertigen. Die Pflichtversäumnis der Reporter, die diese Aufnahmen nicht als Anklagematerial, sondern als lukrative Sensations-Effekte nutzten, ist nicht weniger übel als die Tat selbst. Die Erklärung der Berichterstatter, sie hätten nur ihre Pflicht getan, zeugt allenfalls von Zynismus und einer sehr anfechtbaren „Berufsmoral". (Die Erklärung der französischen Zeitung „Express", die Soldaten seien durch Geldangebote der Reporter zu dem Mord angestachelt worden, vertieft noch das Unbehagen.)

Das stereotype Schema

Diese Beispiele mögen genügen, um ein Schema zu bestätigen, das sich dem aufmerksamen Betrachter nach eingehendem Studium dutzender Wochenschau-Folgen aufdrängt. Es ist ebenso stereotyp wie simpel. Abweichungen sind selten. Und so sieht das Schema aus:

A) REPRÄSENTATION UND FEIERLICHKEIT oder DIE POLITISCHE LÜGE.

Staatsbesuche, Empfänge, Galadiners, Vertragsratifizierungen, Parlamentsdebatten . . .

Mit würdevoller Stimme, untermalt von pathetischer Musik, gibt der Kommentator Musterbeispiele politischer Schnulzenseligkeit. Die Staatsmacht präsentiert sich pfaueneitel dem ehrfürchtigen Untertanen, der immer noch nicht zu ahnen scheint, daß die Mittel für diesen ganzen Aufwand aus seiner Lohntüte stammen, daß jeder Knopf an den Uniformen der Ehrenkompanien mit seinen Steuergeldern bezahlt wurde. Die Gesichter unserer Politiker triefen vor Wohlwollen, Lauterkeit, biederer Seriosität: die schöne Larve der hohen Politik in Großaufnahme. Die Gesichter der Politiker aus „dem anderen Lager" triefen vor Lüge und Brutalität. Wo bleibt der Informationswert? Wer filmt das wahre Gesicht der Politik, wer durchleuchtet ihr Phrasengewand und offenbart ihre Scheinmoral und die weniger repräsentativen Erscheinungsformen ihrer Methodik?

B) KRIEG ALS GESCHICHTLICHES SENSATIONSMOMENT oder DIE MILITÄRISCHE LÜGE.

„Polizeiaktionen", Dschungelkämpfe, kleine und mittlere Kriege; Bomben, Artillerie, Flammenwerfer; Flüchtlinge, brennende Häuser, „Partisanen" . . .

Macht sich attraktiv, der aus der Luft fotografierte Bombenteppich. Was unten geschieht, bleibt meist der Phantasie des Betrachters überlassen. Da die „Gegner" sowieso immer die bösen Menschen sind, lohnt es sich auch gar nicht, darüber nachzudenken. Der Kommentator suggeriert Parteinahme. Im übrigen sind diese Kriege einfach da, Geißel der Menschheit zwar, aber schicksalhaft und naturbedingt, Gewitter der Weltgeschichte. Diese Standardlüge aller Militaristen, mittels derer sie ihren „Beruf" rechtfertigen, findet in den nervenkitzelnden Dokumentarfragmenten der Wochenschau ihren optischen Ausdruck. Der Kommentator übergeht geflissentlich die Ursachen und Hintergründe der diversen Gemetzel. Die Information entpuppt sich als Sensation.

C) DAS NOVITÄTEN-KABINETT oder DIE LÜGE VOM FORTSCHRITT.

Vorstoß ins Weltall, ferngelenkte Panzer und Atom-U-Boote, Kernreaktor im Bau, die „saubere" Atombombe, Testpiloten in der Ausbildung . . .

Der technische Fortschritt als Wochenschau-Star. Jede Woche neu. Aber die Moral von der Geschicht' wird verschwiegen, jene Moral nämlich, die mit dem Fortschritt der Technik nicht Schritt hält. Das stolze Lied vom grandiosen menschlichen Erfindergeist endet in schrillen Dissonanzen, wenn man die Zweckbestimmung der meisten Projekte unter die Lupe nimmt, ganz zu schweigen von der permanenten Phantasielosigkeit in Sachen „sozialer Fortschritt". Der Informationswert solcher Aufnahmen wird durch die suggestiv-optimistische Tendenz, die unsere negative soziale und politische Situation verschleiern soll, stark eingeschränkt. Armut, Not, Elend gehören zu den Tabus der Wochenschauen.

D) DIE LANDSCHAFT DER KATASTROPHE oder DIE LÜGE VOM MITGEFÜHL.

Hochwasser, Erdbeben, Explosions-Katastrophen, Schiffsuntergänge, Zugentgleisungen . . .

Was die Kriegsberichter geflissentlich vermeiden, das nackte Entsetzen schonungslos darzustellen, schlachten die Katastrophenreporter bis zum Erbrechen aus. Im ersteren Falle wäre es angebracht, zum Zwecke der Abschreckung nämlich, denn Krieg ist eine von Menschen bewußt herbeigeführte Kollektiv-Katastrophe. Im Falle der durch menschliches Versagen oder Natur-Einflüsse entstandenen Katastrophe jedoch sind der optischen Darstellung Grenzen gesetzt: die Grenzen der Pietät. Es ist barbarisch, aus dem intimen Schmerz der Mitmenschen Profit zu schlagen. Im Saal trägt man Gänsehaut. Die Reporter vermitteln ein platonisches Rendezvous mit dem Tode, mit dem Grauen. Und das ist kein Informationsobjekt mehr, sondern die perverse Wollust am Attraktiven.

E) POMP UND EXTRAVAGANZ oder DIE GESELLSCHAFTLICHE LÜGE.

Filmbälle, Schönheitskonkurrenzen, Fürstenhochzeiten, Tanzturniere, Modeschau . . .

Lieschen Müllers Herz schlägt höher. Die Märchenwelt der Traumfabrik wird Wirklichkeit. Das Wunschdenken findet seine „dokumentarische" Bestätigung. Hier wird Götzenkult mit dem Unwesentlichen getrieben, der den Wirklichkeitssinn des Betrachters trübt und den Blick für das Wertvolle, Gültige auslöscht. Der Kastengeist aristokratischer Snobs, die voller Verachtung auf die „amorphe" Masse herabschauen, und das Elitebewußtsein der Stars, die ihre Privilegien eben jenem Kult des Unwesentlichen verdanken, dem ein kritikloses Publikum huldigt, akzentuieren in vordergründigster Weise die gesellschaftliche Lüge. Die wirklichen Helden des Alltags — vom Lokomotivheizer bis zum Atomwaffengegner — werden in Umkehrung ihrer wahren Rolle als Träger der Gesellschaft (nicht ohne eigene Schuld) zu deren Statisten degradiert. Hier disqualifiziert sich die Wochenschau als Informationsmittel vollends. Sie begibt sich auf Magazinniveau.

F) FIRLEFANZ UND SPORT oder DIE LÜGE VON DER DASEINSERFÜLLUNG.

Mondänes Badevergnügen an der Küste von Mexiko, Hundemutti säugt Löwenbaby, Ski-Karneval in Tirol, Hintertupfinger Freilichtspiele . . .

Eine ganze Wundertüte voller läppischer Nichtigkeiten, die jedoch durch die Anwesenheit der Wochenschau-Kamera mit dem Nimbus des Wesentlichen umgeben werden. Tendenz: Ablenkung von der Zeitproblematik, Flucht aus der Wirklichkeit, die Wochenschau als Sorgenbrecher. Weiter geht's mit Fußball, Sandbahnrennen, Jagdspringen, Boxen, Rekordversuchen. Diese Sportberichte können sich wenigstens auf einen geringen Informationswert berufen. Aber auch hier muß die

publizistische Überbewertung kritisiert werden. Die sicher positive sportliche Betätigung darf keinesfalls mit dem negativen Fanatismus der passiven Zuschauer-Massen verwechselt werden. Das zum Bersten gefüllte Fußball- oder Boxstadion ist das beängstigende Symbol einer zur totalen Entgeistigung tendierenden Epoche. Durch die kritiklose und ausführliche Berichterstattung identifiziert sich die Wochenschau mit der rauschhaften Vergötzung des Sporthelden, der — in Verbindung mit seinem Kollegen vom Film und der superlativen Miß — zum Idol einer hohlen Gesellschaft gestempelt wurde. Solchermaßen wird ein geistiges Schrebergärtnertum gezüchtet, das das Individuum zum „Massemenschen" degradiert und es auch in anderer Hinsicht (zum Beispiel politischer) willfährig macht. Denn wer in diesem Kult seine Daseinerfüllung findet, dürfte den positiven Werten des Menschseins abgeschworen haben. Panem et circenses. Nur das Blut fließt seltener.

Resümee

Die gleichförmige Schematik des Themenkreises und der Aussage, der ausgeprägte Mangel an Informationsgehalt und Dokumentarwert, die Tendenz zur Idolisierung des Unwesentlichen und Entwertung gültiger Ideale verweisen den gängigen Wochenschau-Typ auf die Niveaustufe der Illustrierten, deren Gefährlichkeit er indessen weit übertrifft. Als optisches Reizmittel zersetzt die Wochenschau das Denkvermögen und fördert somit die Verbildung und Entgeistigung in sträflicher Weise. Was zu ändern wäre, haben wir angedeutet. Die Organisationsfrage ist dabei ebenso wichtig wie der gute Wille zur ehrbaren Methode. Warum keine Änderung eintritt, sei hier nochmals kurz und bündig gesagt: Die etablierten Mächte sind dagegen.

Aus der Wirtschaft

Die Vorbereitung der Welthandelskonferenz

In Genf hat am 21. Mai die zweite Session des Ausschusses zur Vorbereitung der für 1964 vorgesehenen Konferenz der Vereinten Nationen über den Welthandel und die wirtschaftliche Entwicklung begonnen. Sie wird sich vor allem mit den Einzelheiten der Tagesordnung der Konferenz beschäftigen und voraussichtlich bis 28. Juni dauern.

Wider den Hunger in der Welt

Am 4. Juni ist in Washington der Welternährungskongreß der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN) von UN-Generalsekretär U Thant und Präsident Kennedy eröffnet worden. An dem Kongreß, der bis zum 18. Juni dauern soll, nehmen rund 1000 Delegierte aus mehr als hundert Ländern teil. Er wird sich mit zwei Hauptaufgaben beschäftigen: 1. mit den Voraussetzungen für eine zureichende Ernährung der Weltbevölkerung bis zum Jahre 1980, und 2. mit einer langfristigen Ernährungsplanung bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus.

Das Hauptproblem der FAO ist eine Steigerung der jährlichen Nahrungsmittelproduktion in der Welt, die dem rapiden Wachstum der Erdbevölkerung entspricht, und darüber hinaus ein Ausgleich zwischen den Ländern mit landwirtschaftlicher Überproduktion und den landwirtschaftlich und industriell unterentwickelten Hunger-Ländern. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Problem einer Gebur-

ten-Kontrolle, auf das unmittelbar vor Beginn des Kongresses der Generalsekretär der FAO, der Inder Dr. Sen in Washington hingewiesen hat. Dr. Sen erklärte auch, die Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern müsse bis zum Jahre 2000 um das 3- bis 4-fache gesteigert werden, soll eine hinlängliche Ernährung der Bevölkerung dieser Gebiete gewährleistet werden.

Die Erdbevölkerung hat sich von 1900 bis 1960 von etwa 1,5 Milliarden Menschen auf rund 3 Milliarden erhöht, d. h. verdoppelt. Bei einem weiteren Anstieg entsprechend der jetzigen Zuwachsrate von 1,7 % bis 2 % wird die Erdbevölkerung im Jahre 1975 bereits 4 Milliarden Menschen, im Jahre 2000 aber 6,6 Milliarden, d. h. nicht weniger als das Doppelte der heutigen Zahl betragen. Bei einem weiteren Ansteigen der Vermehrungsrate entsprechend ihrer bisherigen Steigerung würde sich die Bevölkerung der Erde bis zum Jahre 2000 auf 7 bis 8 Milliarden Menschen erhöhen. (Vgl. Die Tat, Zürich, v. 21. 5.; Der Mittag v. 3. 6.; FAZ u. Stuttgarter Zeitung v. 4. 6. 63).

Lateinamerika

An der 10. Sitzung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, die im Mai d. J. in Mar del Plata (Argentinien) stattfand, haben 500 Delegierte aus 26 Nationen, ferner Beobachter aus den USA, Europa, dem Ostblock sowie Vorder- und Hinter-Asien teilgenommen. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Entwicklungsproblemen des lateinamerikanischen Kontinents. „Es gilt, in den nächsten Jahren für 120 Millionen Einwohner Süd-Amerikas, also ungefähr die Hälfte aller dort lebenden Menschen, Nahrung, Wohnung und einen angemessenen Lebensstandard zu schaffen. In zehn Jahren muß nachgeholt werden, was in 150 Jahren versäumt wurde." (Handelsblatt v. 31. 5./1. 6. 63). Nach wie vor wird die wirtschaftliche Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten durch das Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt behindert. Der Exekutiv-Sekretär der Kommission, Dr. Paul Prebisch, forderte die Gründung eines Sonderfonds zur Unterstützung der lateinamerikanischen Industrie. „Arbeitsteilung, Koordinierung und vor allem Integration des Kontinents müßte in absehbarer Zeit erreicht werden." (Handelsblatt)

Nach den Feststellungen der FAO leiden von den etwa 200 Millionen Einwohnern Lateinamerikas 50 Millionen an endemischem Hunger. Das jährliche Durchschnittseinkommen einer südamerikanischen Familie betrug Ende 1962 kaum 200 Dollar. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung verdient nur rund 50 Dollar (Tribune v. 31. 5. 63). — Der Vertreter der FAO auf der Tagung der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, Hernan Santa Cruz, forderte die Enteignung eines Teils der großen, weitgehend unbewirtschafteten Latifundien auf der Grundlage langfristiger Zahlungen zu festen Raten. Nur 5 % der kultivierten Bodenfläche in Lateinamerika werden gegenwärtig erschlossen. Bei dem zu erwartenden weiteren Anstieg der Bevölkerung ist bis zum Jahre 2000 mit einer Bevölkerungszahl von 600 Millionen Menschen in Lateinamerika zu rechnen. Die jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung in den Jahren 1952—1961 betrug nach den Feststellungen der FAO in Ekuador 3,6 %, in Venezuela und Mexiko sowie in Guatemala 3,3 %, in Costarica 3,5 %, in Paraguay, Peru und Nikaragua je 3 %, in Chile 2,8 %, in Brasilien 2,5 % und in Kolumbien 2,3 %.

Die brasilianische Regierung unter Präsident Goulart plant eine Agararreform, die vor allem der Bevölkerung in den Notstandsgebieten im Nordosten des Landes zugute kommen soll. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen der brasilianischen Verfassung ist eine Enteignung nur nach vorhergehender angemessener Barentschädigung möglich. „Präsident Goulart strebt heute jedoch die Aufhebung dieser Vorschrift an. Er erklärte, für die Enteignung von nur 10 Prozent des in Privatbesitz befindlichen Landes würden mehr als 2000 Milliarden Cruzeiros benötigt; wollte man aber in solchem Umfang Noten emittieren, so würde das zu einer derartigen Inflation führen, daß die öffentliche Ordnung gefährdet würde. Da die Verfassung die Regierung zwinge, die Latifundienbesitzer zu bereichern, müsse sie eben geändert werden, damit die Entschädigung auf Grund der bestehenden Möglichkeiten erfolgen könne, nämlich durch langfristige Schuldverschreibungen." (NZZ v. 5. 6. 63.) Mit heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen über diese Vorlage ist zu rechnen. — Die brasilianischen Bischöfe haben mit einem Hinweis auf die Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „PACEM IN TERRIS" die schnelle Durchführung der Agrarreform gefordert. „Die Bischöfe betrachten eine Enteignung als durchaus statthaft, freilich

— eben in Beachtung des Eigentumsrechtes — auf Basis voller Gerechtigkeit hinsichtlich des Verfahrens und der Entschädigung. Auch gegen Bezahlung mittels sicherer Papiere haben sie prinzipiell nichts einzuwenden; sie betonen, daß sie für diese Dinge nicht zuständig sind, verlangen aber, daß eine gerechte Bodenverteilung und die Verwertung ungenutzter Latifundien nicht länger aufgeschoben werde, auch wenn die Verfassung geändert werden müsse. Daraufhin erklärte Kardinal de Barros, Erzbischof von Rio, eine Verfassungsänderung werde viel Zeit kosten, und die Reform sei auch so möglich. Man solle doch zunächst die großen Güter verteilen, die der Staat wegen Nichtbezahlung von Steuern konfisziert habe. Keinesfalls jedoch dürfte man noch länger warten, wenn man es ernst meine." (Basler Nachrichten v. 1./2. 6. 63.)

Osthandel

Auf der Konferenz der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika in Mar del Plata (s. o.) forderte der russische Beobachter „nachdrücklich die Öffnung des lateinamerikanischen Raumes für den Osthandel, eine Meinung, der sich Dr. Prebisch (s. o.) anschloß, indem er auf die hohe wirtschaftliche Wachstumsrate der sozialistischen Länder verwies. Die notwendige Sanierung könne dann erreicht werden." (Handelsblatt v. 31. 5./1. 6. 63.)

Nach einem Bericht der NZZ vom 1. 6. 63 hat der brasilianische Außenminister Hermes Lima, der gleichzeitig Vorsitzender der Kommission zur Förderung des Handels mit dem Ostblock ist, vorgeschlagen, Brasilien solle sein Guthaben von fast dreißig Millionen Dollar aus seinem Handel mit dem Ostblock durch eine Ausweitung seiner Stahleinfuhren aus den Ostblock-Staaten ausgleichen.

Mitte Mai hielt sich für zehn Tage eine Delegation von 23 britischen Industriellen und Geschäftsleuten unter Leitung des Vizepräsidenten der Londoner Handelskammer, Lord Ebbisham, in Moskau auf. Es handelte sich um die größte britische Industrie-Delegation seit 1917. Angestrebt wurde eine Klärung der Voraussetzungen für eine Verdopplung des britischen Exportes in die Sowjetunion. Die Delegation wurde auch von Ministerpräsident Chrustschow empfangen. „Man kam mit den zuständigen sowjetischen Stellen überein, gleichsam eine internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung zwischen britischen und sowjetischen Firmen aufzubauen; vor allem langfristige 5-Jahres-Lieferverträge in den dafür vorgesehenen britischen Industriebetrieben sollen eine kontinuierliche Planung und Beschäftigung gewährleisten." (Handelsblatt v. 20. 5. 62.)

Im Jahre 1962 betrug der Wert der britischen Exporte nach der SU 42 Millionen Pfund Sterling, der Wert der sowjetischen Exporte nach Großbritannien hingegen 84 Millionen Pfund Sterling.

Ende Mai fanden in Moskau zwischen britischen und sowjetischen Regierungsvertretern Besprechungen über die Vorbereitung von Verhandlungen über ein neues langfristiges Handelsabkommen statt. Diese sollen nun Anfang 1964 in London beginnen. Das zweiseitige Fünf-Jahresabkommen von 1951 läuft Mitte des nächsten Jahres ab. Das Abkommen von 1959 erfaßte allerdings nur 10% des beiderseitigen Handels, da rund 9/10 des britisch-russischen Warenverkehrs nicht kontigentiert sind. (NZZ v. 29. 5. 63.)

Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Beitz, hielt sich im Mai für längere Zeit in der Sowjetunion auf, wo er verschiedene industrielle Anlagen besichtigte und Besprechungen mit den maßgeblichen sowjetischen Wirtschaftsinstanzen führte. Er wurde von Ministerpräsident Chrustschow zu einem 2½stündigen Gespräch empfangen.

Auf der Hauptversammlung der Farbwerke Hoechst am 15. Mai wies der Vorsitzende des Vorstandes, Prof. Karl Winnacker, auf die wirtschaftliche und politische Dringlichkeit einer Ausdehnung des Osthandels hin: „Wenn die Welt an den Frieden glaubt, muß sie die Verstärkung dieses Geschäftes anstreben. Während sich das Hoechst-Geschäft mit den Ostblockstaaten erfreulich gestalte, sei es aus rein menschlichen Gründen bedauerlich, daß im Handel mit der Ostzone ein kontinuierlicher Rückgang hingenommen werden müsse." (Vgl. Der Mittag v. 16. 5. 63.)

Der Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik, Smirnow, äußerte am 30. Mai in Kassel anläßlich eines ihm von den Henschel-Werken gegebenen Empfanges die Hoffnung auf eine Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der SU. Die SU sei an einer langfristigen wirtschaftlichen Zusammen-

arbeit mit der Bundesrepublik interessiert. (Handelsblatt v. 31. 5./1. 6. 63.)

Auf einer Pressekonferenz, die der Erläuterung des Jahresabschlusses 1962 galt, hat der neue Vorsitzende des Vorstandes der Mannesmann AG, Düsseldorf, Dr. Egon Overbeck, auch zur Frage des Osthandels Stellung genommen. Er sagte u. a.:

„Im Zuge unserer traditionellen Osthandelsbeziehungen betrugen 1957 und 1958 unsere Lieferungen in den Ostblock 6,6 bzw. 14,6 % am Gesamtexport. Sie stiegen durch das Großrohrgeschäft ab 1959 auf jeweils rd. 30 % des gesamten Jahresexports. Etwa die Hälfte unserer Ostblocklieferungen 1962 einschließlich China entfielen auf Großrohre. Wir treiben Osthandel auf Grund von Handelsverträgen, die zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten abgeschlossen wurden. Die Frage, ob dieser Handel politisch zweckmäßig ist oder nicht, kann nicht von einem einzelnen Unternehmen, sondern nur von Regierung und Parlament entschieden werden. Ich möchte mich damit nicht auf die Position eines unpolitischen Nur-Wirtschaftlers zurückziehen, den die Politik nichts angeht, aber solange unser Staat den Warenaustausch mit dem Osten bejaht und solange wir nicht durch unsere Lieferungen die Rüstung der Sowjets verstärken — mit Großrohren für Gaspipelines geschieht das nach unserer Ansicht nicht, solange wollen wir unseren Teil dazu beitragen, die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten und die sich bietenden Geschäftsmöglichkeiten nutzen. Die Industrie kann auf die Dauer nur erfolgreich arbeiten, wenn der Außenhandel langfristig in gesicherten Bahnen verläuft. Wir hoffen daher, daß die kommenden Monate dazu benutzt werden, in Zusammenarbeit mit der Industrie eine Konzeption für den Osthandel auszuarbeiten. Auf unsere Bereitschaft zur Mitarbeit kann die Bundesregierung dabei zählen." Dr. Overbeck bezifferte das Osthandelsgeschäft seiner Gesellschaft für 1962 auf rd. 300 Mill. DM. Durch das Röhrenembargo fiel die Lieferung von 120 000 t in diesem Jahr aus, wodurch ein Geschäft von 80 bis 90 Mill. DM verloren ging.

(Vgl. Der Mittag v. 7. 6. 63.)

Die Kieler Howaldtswerke, Kiel, hoffen immer noch auf einen sowjetischen Auftrag für den Bau von neun Schiffen mit zusammen 270 000 t. Generaldirektor Westphal erklärte am 7. Mai: „Wir haben die Flinte noch nicht ins Korn geworfen, und versuchen es nun in Moskau in persönlichen Verhandlungen noch einmal, diesen für die Beschäftigungslage der Werft bedeutsamen Auftrag hereinzubekommen." Aus dem Geschäftsbericht der Werft geht hervor, daß das Unternehmen nur noch bis Ende 1964 voll beschäftigt ist, während in den vergangenen Jahren jeweils Aufträge für drei Jahre vorlagen. (Der Mittag v. 9. 5.. Deutsche Zeitung v. 30. 5. 63.) — Die Rheinstahl Nordseewerke in Emden haben von der niedersächsischen Landesregierung eine Bürgschaft zur Teilfinanzierung zweier Kühlschiffe für die Sowjetunion mit einem Auftragswert von je 12,6 Mill. DM erhalten. „Die Landesregierung erwartet, daß damit die Arbeitsplätze von 2000 Werftangehörigen für längere Zeit gesichert werden könne." (Handelsblatt v. 16. 5. 63.) —

Die dänische Werft Burmeister & Wain erhielt von der Sowjetunion einen Auftrag für den Bau von vier Kühlschiffen. „Der Auftrag soll dem Unternehmen keinen Gewinn einbringen, aber wenigstens die Beschäftigung für längere Zeit sichern." (NZZ v. 4. 5. 63.)

Aufrüstung

Der Bundestag hat am 15. Mai in dritter Lesung den Bundeshaushalt für 1963 verabschiedet, der bei Gesamtaufwendungen in Höhe von 57,8 Milliarden DM Rüstungsausgaben von 18,4 Milliarden DM vorsieht. Schon jetzt wird in Bonn fest mit einer erheblichen Steigerung der Rüstungsausgaben im Haushaltsjahr 1964 gerechnet. „Konkrete Zahlenangaben sind zwar nirgends zu erhalten. Nach den Berechnungen von Experten erwartet man jedoch, daß die Verteidigungslasten schon im nächsten Jahr um etwa 3 Milliarden auf etwa 21 bis 22 Milliarden Mark ansteigen werden." (Kölnische Rundschau v. 31. 5. 63.) Die „Westfälische Rundschau" berichtete am 1. Juni, das Verteidigungsministerium habe für 1964 den Betrag von 21,6 Milliarden DM gefordert. Schwerwiegende finanzielle Belastungen sind von der geplanten NATO-Atomstreitmacht für die Bundesrepublik zu erwarten. Auf der NATO-Tagung in Ottawa wurde über eine Neuverteilung der Rüstungslasten innerhalb der NATO gesprochen.

Der infolge der kürzlich bekanntgewordenen Materialfehler notwendig gewordene Umbau der ersten drei aus amagnetischem Stahl gebauten U-Boote der Bundesmarine

kostet nach einer dpa-Meldung vom 30. Mai 12 Millionen DM. Das Verteidigungsministerium bestritt Meldungen über eine Kostenhöhe von 30 Millionen DM.

Das erste der 15 U-Boote des neuen deutschen Typs (430 t), die die Nordsee-Rheinstahlwerke in Emden (s. o.) für Norwegen bauen, soll im kommenden Jahre ausgeliefert werden. Im Gegensatz zu den deutschen Booten werden sie aus dem herkömmlichen magnetischen Stahl gebaut. (Die Welt v. 6. 6. u. Deutsche Zeitung v. 7. 6. 63.)

Der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Jack N. Behrman erklärte laut NZZ v. 25. 5. in einem Vortrag in Zürich, 90% aller Forschungsanstrengungen in den USA beträfen militärische Ziele.

In einem Referat auf der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Konjunkturforschung hat der Ordinarius an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich, Prof. Dr. Eugen Böhler auf den Zusammenhang zwischen der Nachkriegskonjunktur der westlichen Wirtschaft und der Aufrüstung hingewiesen: „Bei weitem den wichtigsten politischen Grund der langen Dauer der Nachkriegskonjunktur bilden die Rüstungsausgaben, die etwa auf 120 Mrd. $ geschätzt werden. Sie machen etwa 8—9% des gesamten Realeinkommens aus. Ihre Bedeutung darf aber nicht allein nach diesem Verhältnis beurteilt werden, sondern nach ihrer Grenzwirkung beim Versiegen der privaten Auftriebskräfte. Dies mag man sich daran klar machen, daß sie ungefähr ebenso hoch sind wie der gesamte Weltexport, der bestimmt ein entscheidender Konjunkturfaktor ist ... Die private Konjunktur bildet immer mehr einen bloßen Annex der Rüstungskonjunktur und der Vorbereitung zum Krieg. Daß wir trotz dieser gewaltigen ‚Subvention' in eine Periode der Stagnation hineinzugeraten drohen, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß wir ohne diese Bedingungen uns in einer viel prekäreren Situation befänden." (NZZ v. 1. 6. 63.)

Die GATT-Konferenz in Genf

Vom 16. bis 21. Mai fand in Genf eine Ministerkonferenz des GATT (General Agreement and Trade — Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, 1947 in Genf gegründet) statt, an der rund 700 Delegierte aus 75 Ländern teilnahmen. Sie galt u. a. der Vorbereitung der am 4. Mai 1964 in Genf beginnenden sog. „Kennedy-Runde", die eine Einigung über eine allgemeine Zollsenkung herbeiführen soll. Durch die sog. Trade Expansion Act hat Kennedy im vergangenen Jahre vom amerikanischen Kongreß die Möglichkeit einer Zollsenkung bis zu 50 Prozent erhalten. Die USA haben nun eine lineare Zollsenkung um 50 Prozent vorgeschlagen, die bisher aber von den EWG-Staaten unter Hinweis auf die z. T. sehr unterschiedliche Höhe der Zollsätze abgelehnt wird. Siehe dazu die Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 4. Juni: „Während 86 Prozent der Positionen des EWG-Tarifs oder 95 Prozent des Handelsvolumens auf Zollansätze von unter 20 Prozent entfallen, machen die entsprechenden Anteile beim amerikanischen Tarif nur 59 Prozent bzw. 83 Prozent aus. 22 Prozent der amerikanischen Zollpositionen, die ein Handelsvolumen von 7 Prozent decken, weisen dagegen eine Höhe von über 30 Prozent auf, während bei der EWG solche Zollbelastungen praktisch inexistent sind." Die EWG-Staaten forderten als Voraussetzung für eine lineare Zollsenkung eine „Entzackung" der amerikanischen Zollsätze. Eine Einigung in der Sache wurde nicht erzielt. Ein neu gebildeter GATT-Ausschuß für Handelsverhandlungen soll sich weiter mit dem Problem beschäftigen. Eine „Entzackung" verlangen vor allem die chemischen und die Textil-Industrien der EWG-Staaten. — In die Zollsenkung sollen diesmal auch die landwirtschaftlichen Produkte einbezogen werden. Die USA drängen weiterhin auf eine Öffnung des europäischen Marktes für ihre Agrarprodukte (Überschüsse!) und ihr Geflügel. Allgemein wird eine Senkung des deutschen Getreidepreises, des höchsten in der EWG, gefordert, während die Bundesregierung eine allgemeine Anhebung des Getreidepreises in der EWG auf diese Höhe verlangt. — Die Genfer Konferenz beschäftigte sich schließlich mit der Erleichterung der Export-Möglichkeiten der sog. „Entwicklungsländer". Es wurden eine Aufhebung der Zölle auf Tee und tropische Hölzer bis Jahresende vereinbart, sowie weitere einzelne Zollsenkungen, denen sich jedoch die EWG-Staaten mit Rücksicht auf die Präferenzen der ihnen assoziierten Staaten nicht anschließen werden.

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Es gibt Leute, die finden Waffen furchtbar, und es gibt Leute, die haben sie furchtbar gerne. Wenn mir einer mit Waffen kommt, so kann er mich „furchtbar gerne" haben. Dies zur Klärung der Fronten. Gebranntes Kind scheut's Sperrfeuer! A propos: Kind! Als folgsamer Verbraucherrekrut weiß man, was man den Geschäftsleuten schuldig ist: das Muttertagspräsent.

Der Muttertag wurde in den letzten tausend Jahren hochgespielt. Den Blumenhändlern fehlte zwischen Ostern und Pfingsten noch ein Tag ethischen Kaufzwanges und dem reichsdeutschen Bevölkerer ein würdiger Tag zum Mutterkreuzverleihen.

So manche erfolgreiche Mutter sah ihr Mutterkreuz aus Metall bald in diverse Holzkreuze verwandelt. Mag diese Gedankenverbindung fröhlich makaber geknüpft sein, wenn also am diesjährigen Muttertag das V. US-Corps zum „Tag der Streitkräfte" einlud.

Hei, da ging es fröhlich zu. Man dachte nur von sich selbst bis zur Kanone. Die Kanonen allerdings denken weiter. Man pilgerte mit Kind und Kegel (Zeitungen schrieben von 50 000 Menschen. Mit Zahlen ist man nicht so geizig wie beim Ostermarsch der Atomwaffengegner) zu Panzer und Rakete, zu Flugzeug und Granatwerfer. Was dem einen der „Heilige Rock zu Trier", ist anderen die „Panzerbrücke auf Selbstfahrlafette"! Manche wallfahrten möglicherweise zu beiden.

Väter schleppten ihre Kinder vor die Waffen. Stolz geschwollen die Brust des Erziehers. Man drängte sich an den Waffen entlang wie an Jahrmarktsbuden. Man bestaunte und betatschte die staubgewischten und „Sidol"-gepflegten metallenen Ungetüme.

Diese Kanonenwallfahrt war in erster Linie ein Fest der Kinder. Kinder, Kinder! Man bemühte sich hier einmal intensiv um Koexistenz. Um Koexistenz zwischen Kind und Mordinstrument. Früh übt sich . . . Juchhei!

„Waffen sind eine wunderschöne Sache!" dachte Klein-Hermann und Halbstark-Ingelotte. Da konnte man mit Flugabwehrkanonen Karussell spielen und mit Geländewagen über das Terrain hopsen. Und alles umsonst! Umsonst! Umsonst!

Im Krieg gibt es dann auch manches umsonst. Truppenverpflegung, Steckschuß, Zeltbahn, erfrorene Füße, Landserwitze, Grabsprüche. Aber wer dachte an diesem herrlichen Sonntag an so düstere Dinge?

Die Schießeisen wurden von den Einfältigen wieder als „Braut des Soldaten" bezeichnet. Ha, ha, ha! Und an diesem Muttertag (alles doch nur Spaß) der Feldwebel als „Mutter der Kompanie" im Mittelpunkt mundoffener Bewunderer.

Ich nehme keinem Kind übel, daß es zwischen Panzern herumkletterte und sich in der Flugzeugkanzel wie im siebenten Himmel fühlte. Ich weiß auch, daß der Propagandakolonne des Bundesheeres hier unter die Arme(e) gegriffen wurde. Der Werbeslogan: „Offizier der Verteidigungskräfte, ein Beruf für die, welche nach vorn streben!" wird bei vielen Unmündigen ein offeneres Ohr finden.

Ich bekenne: Was haben Pazifisten zu bieten im Gegensatz zu den Millionen kostenden Panzern? Ein Pappschild, vielleicht. Die Panzer waren nicht von Pappe, nur unsäglich viele Köpfe von Vätern, die mit ihren Kindern statt in den Wald in die Werkstatt des Todes pilgerten. Umsonst? Hoffentlich wird die Rechnung nicht höher als erwartet!

Bemerkungen:

Carl Bloice, ein bekannter amerikanischer Neger-Journalist, ist seit 1960 Redaktionsmitglied der Zeitung „The Peoples World" in San Francisco. Er wurde in Los Angeles, Kalifornien, geboren, hat verschiedene Colleges besucht und ist auch als Lyriker hervorgetreten. Sein Originalbeitrag für die „Blätter" beruht nicht zuletzt auf Eindrücken, die er kürzlich auf einer Informationsreise in den amerikanischen Süden gewonnen hat. Diese Reise führte ihn auch nach Birmingham, Mississippi.

Frau Vera Elyashiv, 1929 in Kowno, Litauen, geboren, lebt in Tel Aviv und ist dort Redaktionsmitglied (Parlaments-Korrespondentin) der größten israelischen Zeitung „Davar". Den Zweiten Weltkrieg verbrachte sie im Ghetto Kowno, im KZ Stutthof und in verschiedenen Arbeitslagern in Ostpreußen. 1948, in den letzten Monaten des britischen Mandats, wanderte sie illegal in Israel ein und diente während des kurz danach ausgebrochenen israelischen Unabhängigkeitskrieges beim Militär. Später besuchte sie ein Lehrerseminar und ein akademisches Institut für Lehre und Forschung, mit Soziologie als Hauptfach. 1961 kam sie zum erstenmal nach dem Kriege wieder nach Deutschland, um im Auftrage des Norddeutschen Rundfunks einen Fernsehfilm „Die Bundesrepublik mit den Augen einer Israeli gesehen" herzustellen, der dann am 3. Juni 1962 vom Deutschen Fernsehen gesendet wurde und im Für und Wider eine heftige Reaktion auslöste.

Dem Mitherausgeber der „Blätter", Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Ordinarius für Romanische Philologie an der Universität München und Präsident der Deutschen Dante-Gesellschaft, wurde am 19. Mai in Florenz von Oberbürgermeister Prof. Dr. Giorgio La Pira die ihm als erstem Deutschen (und überhaupt erst zum fünften Male) verliehene Goldene Dante-Medaille überreicht.

Rudolf Rolfs, Gründer und Leiter des bekannten Frankfurter Kabaretts „Die Schmiere — Das schlechteste Theater der Welt", wird von nun an in jeder Nummer der „Blätter" unter dem fortlaufenden Titel „Was ich noch sagen wollte ..." pointiert zu aktuellen Ereignissen Stellung nehmen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Für ein kernwaffenfreies Lateinamerika

Auf Initiative des Präsidenten von Mexico, Dr. Adolfo López Mateos, haben am 29. April 1963 die Staatspräsidenten von Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexico die nachstehende Erklärung veröffentlicht, die auch der Genfer Abrüstungskonferenz überreicht wurde:

Die Präsidenten der Republiken Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko,

TIEF BESORGT über die augenblickliche Entwicklung der weltpolitischen Lage, welche die Verbreitung von Atomwaffen begünstigt,

ÜBERZEUGT, daß die lateinamerikanischen Staaten, auf Grund ihrer unveränderlichen friedliebenden Haltung, mit vereinten Kräften dafür eintreten müssen, um aus Lateinamerika ein atomwaffenfreies Gebiet zu machen, womit sie auch dazu beitragen werden, die dem Weltfrieden drohenden Gefahren zu mildern,

VON DEM WUNSCH BESEELT, ihren Ländern die tragischen Folgen eines Atomkrieges zu ersparen, und

ERMUTIGT DURCH DIE HOFFNUNG, daß der Abschluß eines regionalen lateinamerikanischen Vertrages zu dem Zustandekommen eines ähnlichen, bindenden Vertrages auf weltweiter Ebene beitragen könnte,

haben im Namen ihrer Völker und ihrer Regierungen folgendes beschlossen:

1. — Von vornherein zu erklären, daß ihre Regierungen bereit sind, einen multilateralen lateinamerikanischen Vertrag zu unterschreiben, in dem die unterzeichneten Länder übereinkommen, keine Atomwaffen herzustellen, zu besitzen oder zu lagern, noch Versuche mit Atomwaffen oder Atomwaffenträgern zu erlauben.

2. — Diese Erklärung den Staatspräsidenten der restlichen lateinamerikanischen Republiken bekanntzugeben, aus dem Wunsch heraus, daß deren Regierungen der Erklärung in geeigneter Form beitreten mögen.

3. — Sich gemeinsam und zusammen mit den anderen lateinamerikanischen Republiken, die der vorliegenden Erklärung beitreten wollen, darum zu bemühen, daß Lateinamerika sobald wie möglich als atomwaffenfreies Gebiet anerkannt wird.

Am 2. Mai 1963 hat Präsident López Mateos ein Schreiben an die Staatsoberhäupter aller lateinamerikanischer Länder gerichtet, die sich dieser Erklärung noch nicht angeschlossen haben, und sie freundschaftlich aufgefordert, diesem Abkommen beizutreten.

Die Diskussion über den lateinamerikanischen Vorschlag in Genf

Als Ergänzung zum Text dieser bedeutenden Erklärung drucken wir nachstehend einen Auszug aus dem Bericht der Basler Nachrichten vom 8. Mai 1963 aus Genf über eine entsprechende Diskussion auf der Abrüstungskonferenz ab. D. Red.

In einer langen Erklärung begründete der Vertreter Brasiliens, Josue de Castro, diese Initiative der fünf lateinamerikanischen Staaten, die einem Vorschlag des mexikanischen Präsidenten López Mateos an den Präsidenten von Brasilien, Joao Goulart, entsprang. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich andere lateinamerikanische Staaten den fünf anschließen würden und daß auf diesem freiwilligen Wege die ganze Welt „kernwaffenfrei" gemacht werden könnte. Für dieses Unternehmen plädierte dann auch der mexikanische Delegierte.

Diese lateinamerikanische Intitiative wurde von allen Neutralen der Abrüstungskonferenz (mit Ausnahme Ägyptens) mit einer wahren Begeisterung willkommen geheißen. Die afrikanischen Vertreter traten nun auch wieder für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Afrika ein. Der Moment dazu sei gekommen, da Frankreich daran denke,

auf weitere Kernwaffenversuche in der Sahara zu verzichten. Was die kommunistischen Delegationen angeht, so erinnerten sie daran, daß die Sowjetunion immer für atomwaffenfreie Zonen eingetreten sei, insbesondere auch in Mitteleuropa ...

Der Vertreter der USA, Stelle, hielt sich aus begreiflichen Gründen etwas zurück, denn Washington hat natürlich auf Lateinamerika Rücksicht zu nehmen. Er erklärte, daß der Vorschlag der fünf lateinamerikanischen Staaten gründlich studiert werden müsse, so sympathisch er auch sei. Er erinnerte an einen ersten Kommentar des USA-Staatsdepartements, wonach die Initiative ein „konkretes Anzeichen für die Bemühung ihrer Väter sei, die Verbreitung der Atomwaffen zu verhindern, was in diesem Zeitalter von vitaler Bedeutung bleibe". Aber die höfliche Reserve des amerikanischen Diplomaten trat deutlich in der Bemerkung zutage, daß man gerne noch näheres über den Zweck und die Gestaltung einer solchen atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika erfahren möchte.

Man befürchtet eben in Washington, daß die Flut der atomwaffenfreien Zonen und ihre Propagierung auch die Dämme in Mitteleuropa einreißen könnte ...

Außenminister Spaak gegen den deutsch-französischen Vertrag und für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

In einem Interview, das der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak der sowjetischen Regierungszeitung Iswestija gab und von dieser am 16. Mai veröffentlicht wurde, heißt es u. a.:

Ich verberge nicht, daß der zwischen Paris und Bonn geschlossene Vertrag in vielen Ländern schlecht aufgenommen wurde. Dieser Vertrag ist mit den Römer Verträgen über den Gemeinsamen Markt unvereinbar ... Ich weiß, daß die Sowjetunion die Abmachungen zwischen Paris und Bonn schlecht aufgenommen hat. Ich finde, daß sie auch vielen NATO-Ländern mißfallen. Sie befriedigen weder Italien noch Belgien noch Holland. Wir sind der Meinung, daß dieser Vertrag dem Geist der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft widerspricht. Ich gebe zu, daß die Unterzeichnung des Vertrages von Paris eine schlechte Sache ist. Dieser Vertrag stellt keinen friedensfördernden Faktor dar ... Die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Europa oder, wie man es auch bezeichnen kann, der ‚atomaren Verdünnung' in Europa hat in den letzten Jahren große Bedeutung gewonnen. Die Verwirklichung dieser Idee würde sich auch auf die deutsche Friedensregelung günstig auswirken. Die Lösung dieser Frage würde ihrerseits die Regelung anderer internationaler Probleme erleichtern. Daher sage ich, daß der Plan einer kernwaffenfreien Zone ein nützlicher Plan ist.

Der Vorschlag der Sowjetunion für eine atomwaffenfreie Zone im Mittelmeerraum

Die Regierung der UdSSR hat am 20. Mai in Noten an die Regierungen der Westmächte und der Anliegerstaaten des Mittelmeeres die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Mittelmeer vorgeschlagen. In der der amerikanischen Regierung überreichten Note heißt es dazu:

Im Interesse der internationalen Sicherheit schlägt die Sowjetregierung vor, den ganzen Mittelmeerraum zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären. Sie ist bereit, die Verpflichtung einzugehen, in den Gewässern dieses Meeres keine Kernwaffen und keine Mittel für die Zielbeförderung derselben zu stationieren, vorausgesetzt, daß andere Mächte ähnliche Verpflichtungen übernehmen. Sollte dieser Raum zu einer atomwaffenfreien Zone erklärt werden, so ist die Sowjetunion bereit, zusammen mit den USA und anderen Ländern des Westens zuverlässige Garantien dessen zu gewähren, daß der Mittelmerraum im Falle irgendwelcher militärischer Komplikationen als außerhalb des Einsatzbereichs thermonuklearer Waffen befindlich betrachtet wird.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde das Einvernehmen und die Freundschaft in den Beziehungen zwischen den Mittelmeerländern fördern und die Staaten des Mittelmeerbeckens in die Lage bringen, mehr Kräfte und Mittel für die Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufzuwenden. Gleichzeitig wäre es ein bedeutender Beitrag zur Minderung der gesamten internationalen Spannung und zur Sicherung des Friedens in Europa, Afrika und in der ganzen Welt.

Nobelpreisträger fordern die Schaffung atomwaffenfreier Zonen unter Aufsicht der UN

Einen Appell an die Nationen des Nordatlantischen Vertrages (NATO), deren Vertreter in Ottawa zusammentreffen, „alle Schritte in Richtung einer Erweiterung des Besitzes und der Kontrolle von Atomwaffen durch zusätzliche Nationen zu verhindern", ist von 55 Gelehrten aus elf Nationen unterzeichnet worden.

Die Unterzeichner, unter ihnen fünf Nobelpreisträger, warnten vor den schweren Gefahren, die entstehen würden durch eine „Erhöhung der Zahl der Nationen mit einem Finger am thermonuklearen Abzug". Die Erklärung verlangt die Schaffung atomwaffenfreier Zonen unter Aufsicht der Vereinten Nationen und erhöhte Abrüstungs-Bemühungen auf der Genfer Konferenz. — Drei der Nobelpreisträger unter den Unterzeichnern leben in den Vereinigten Staaten. Es sind Dr. Linus Pauling, Chemiker, Dr. Albert Szent-Gyorgyi und Dr. Edward L. Tatum, beide Biochemiker. Die anderen beiden sind Dr. Max Born, Deutschland, und Dr. Hideki Yukawa, Japan, Physiker.

New York Times v. 22. V. 63

Afrika und die allgemeine Abrüstung — Entschließung der Konferenz in Addis Abeba

Die Gipfelkonferenz der unabhängigen Staaten Afrikas und Madagaskars *), die vom 22. bis 25. Mai 1963 in Addis Abeba, Äthiopien, zusammengetreten ist,

— nach Erwägung aller Aspekte der Probleme einer allgemeinen Abrüstung;

— einmütig überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, ihre Bemühungen zu vereinen und zu verstärken, um zur Ausarbeitung eines realistischen, von allen Staaten unterzeichneten Abrüstungsprogramms, eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle beizutragen;

— hat einstimmig beschlossen, sich über die gemeinsamen Bestrebungen auf verschiedenen Gebieten zu verständigen, ihre Unternehmungen zu koordinieren und befürwortet aus diesem Grunde:

1. Afrika als kernwaffenfreie Zone anzusehen und zu respektieren, nukleare und thermonukleare Tests zu verbieten, die Kernenergie friedlich zu nutzen und die Herstellung atomarer Waffen zu unterbinden;

2. die vorhandenen Kernwaffen zu zerstören;

3. militärische Stützpunkte in Afrika zu beseitigen und afrikanische Staaten aus militärischen Verträgen mit fremden Mächten zu lösen;

4. an die Großmächte zu appellieren:
   (1) die konventionellen Waffen zu vermindern,
   (2) das Wettrüsten zu beenden und
   (3) einen Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer Kontrolle zu unterzeichnen;

5. an die Großmächte, insbesondere die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika zu appellieren, der Verwirklichung der oben dargelegten Ziele jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren;

6. die Verpflichtung, auf dem Verhandlungswege die Beendigung militärischer Okkupation auf dem afrikanischen Kontinent sowie die Eliminierung von Militärbasen und Kernwaffenversuchen herbeizuführen, was einen wichtigen Bestandteil afrikanischer Unabhängigkeit und Einheit darstellen würde.

Resolutions of the Summit Conference of Independent African States,
Addis Abeba, May 1963

---

*) Den Text der auf der gleichen Konferenz gebilligten und von 31 Staats- und Regierungschefs unterzeichneten „Charta der afrikanischen Einheit" wird im Juli-Heft der „Blätter" erscheinen.

Erklärung des finnischen Staatspräsidenten Uro Kekkonen zur Errichtung von kernwaffenfreien Zonen vor der Paasikivi-Gesellschaft am 28. Mai 1963

Im Jahre 1963 haben kleine Staaten nur wenig Macht, den Kurs der internationalen Ereignisse zu beeinflussen. Die Großmächte, im Besitz der Mittel zur Zerstörung der Welt, tragen die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Friedens. Die kleineren Staaten können und müssen sie ständig an diese Verantwortung erinnern. Aber sie können noch mehr tun und in ihrem eigenen Verhalten alles unterlassen, was geeignet ist, die Spannungen zu verschärfen. Von dieser Überlegung ausgehend unterbreitete der frühere schwedische Außenminister Oesten Undèn im Herbst 1961 seine Vorschläge für einen „Klub der kernwaffenfreien Staaten", dessen Mitglieder untereinander vereinbaren sollten, Atomwaffen weder für sich zu erwerben, noch im Auftrage anderer Mächte auf ihren Territorien zu lagern. Die Einrichtung solcher kernwaffenfreier Zonen würde die Ausbreitung nuklearer Waffen verhindern und damit die Gefahr eines nuklearen Krieges vermindern.

Es wurde zunächst angenommen, daß ein Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen einer Verwirklichung des Undèn-Planes vorangehen müsse und aus diesem Grunde ist der Plan bis jetzt im Hintergrund geblieben. Aber als sich die Verhandlungen über ein Testverbot verzögerten, gewann der Undèn-Plan größere Bedeutung. Ich habe bemerkt, daß z. B. der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, kürzlich die Errichtung von atomwaffenfreien Zonen befürwortet hat ohne Rücksicht darauf, ob ein Testverbot erreicht worden ist. Ich glaube, diesem Gedanken sollte man Beachtung schenken. Wenn die Verbreitung atomarer Waffen gegenwärtig nicht durch einen Vertrag über ein Testverbot aufzuhalten ist, sollten alle anderen möglichen Wege zu diesem Ziel erwogen werden. Die Umfrage des Generalsekretärs aus dem Jahre 1962 über die Haltung der UN-Mitgliedstaaten zum Undèn-Plan zeigte, daß die große Mehrheit der Regierungen in der Ansicht übereinstimmte, eine weitere Verbreitung nuklearer Waffen zu verhindern. Kürzlich eingetretene Entwicklungen, so die Weltkrise des letzten Herbstes, zeigten noch deutlicher, daß jeder Schritt, der geeignet scheint, atomare Waffen in bisher kernwaffenfreie Gebiete einzuführen oder in die Hände von Staaten zu bringen, die solche Waffen vorher nicht besessen haben, eine akute Spannung und Unruhe erzeugt. Deshalb sollte jeder Vorschlag, der sich gegen die Ausbreitung nuklearer Waffen richtet, ernsthaft geprüft werden, und zwar unabhängig von seiner Herkunft.

Es wäre denkbar, daß alle die Staaten, die nicht im Besitz atomarer Waffen sind, am besten vielleicht auf regionaler Basis, gegenseitige Verpflichtungen über das Verbot der Herstellung und des Erwerbs von Kernwaffen oder deren Träger eingehen und für diese Vereinbarungen internationale Anerkennung erwirken. Gerade die Mitgliedstaaten einer militärischen Allianz müßten sich meiner Meinung nach an kollektiven Unternehmungen dieser Art beteiligen und, theoretisch gesehen, würden schließlich nur die heutigen Atommächte außerhalb des Systems kernwaffenfreier Zonen bleiben. Ein guter Anfang war die gemeinsame Erklärung vom 29. April, in der die Präsidenten Boliviens, Brasiliens, Chiles, Equadors und Mexikos ihre Absicht verkünden, einen Vertrag über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in ganz Lateinamerika anzustreben und für diesen Vertrag internationale Anerkennung zu suchen.

Während ich den Undèn-Plan in diesem neuen Licht prüfe, habe ich natürlich die Position Finnlands im Sinn. Unsere eigene Stellung ist klar und wurde in der finnischen Antwort auf die oben erwähnte Umfrage des Generalsekretärs dargelegt. Wir haben uns schon in unserem Friedensvertrag verpflichtet, keine Kernwaffen zu erwerben oder herzustellen. Aus unserer Politik der Neutralität ergibt sich, daß wir auch die Lagerung solcher Waffen im Auftrage anderer Mächte auf unserem Territorium ablehnen.

Die Sicherheit Finnlands ist eng verbunden mit der Situation des ganzen Nordens. Aus historischen und geographischen Gründen beschritten die skandinavischen Staaten verschiedene Wege auf der Suche nach Sicherheit: Finnland und Schweden haben die Neutralität gewählt, Dänemark und Norwegen die Mitgliedschaft in der NATO. Keines dieser Länder hat bisher versucht, nukleare Waffen für sich zu erwerben und keines wünscht, auf seinem Territorium Kernwaffen stationiert zu sehen, die fremden Mächten gehören. Deshalb bilden die skandinavischen Staaten schon heute de facto eine kernwaffenfreie Zone, die sich jedoch bisher nur auf einseitig abgegebene Erklärungen der einzelnen

Länder stützt. Die Bestätigung gegenwärtig gültiger Tatsachen durch wechselseitige Vereinbarungen in der im Undèn-Plan vorgesehenen Form würde keine Änderung der von den skandinavischen Ländern verfolgten Politik erfordern und deren Sicherheit nicht schwächen. Eine solche Bestätigung würde auch das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in der Welt unberührt lassen und könnte deshalb den Interessen einer außenstehenden Macht nicht schaden. Aber ich bin überzeugt, daß die Ausrufung einer kernwaffenfreien Zone durch die skandinavischen Länder eine bedeutende Stärkung ihrer Position mit sich brächte. Damit wäre eine eindeutige Absage an alle Spekulationen erteilt, die sich aus der Entwicklung der nuklearen Strategie ergeben und gesichert, daß dieses Gebiet außerhalb internationaler Spannungen verbleibt.

Statement by the President of the Republic of Finland Urho Kekkonen at the Meeting of the Paasikivi Society, Helsinki, 28. Mai 1963.

Amerikanische Wissenschaftler fordern Abkommen über Einstellung der Kernwaffenversuche

Angesehene amerikanische Wissenschaftler, darunter mehrere Nobelpreisträger, haben im Mai mit der folgenden Erklärung zum Problem eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffen-Versuche Stellung genommen. D. Red.

Im Hinblick auf die neue Kontroverse über die Wünschbarkeit des Abschlusses eines Vertrages mit der Sowjetunion über die Einstellung der Kernwaffen-Versuche wünschen wir die folgende Erklärung abzugeben, in Unterstützung der Anstrengungen der amerikanischen Regierung, sobald wie möglich zu Vereinbarungen über einen solchen Vertrag zu gelangen.

Der Hauptgrund für unsere Unterstützung liegt in der Tatsache, daß ein solcher Vertrag im höchsten Interesse der Vereinigten Staaten und des Weltfriedens ist. Ein Vertrag würde die Geschwindigkeit des gegenwärtigen Wettrüstens vermindern, die Ausbreitung von Nuklearwaffen auf nicht-nukleare Mächte verhindern, die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges verringern und die Ausdehnung der Gefahren der radio-aktiven Verseuchung verhüten. Wir rühmen deshalb den Präsidenten der Vereinigten Staaten für seine aufrichtigen Versuche, eine brauchbare Übereinkunft mit der Sowjetunion über ein Versuchsverbot zu erlangen, und empfehlen dringend, daß die Mitglieder des amerikanischen Kongresses und der Öffentlichkeit sich mit der Frage eines Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen im Lichte wissenschaftlicher Tatsachen und vernünftiger Argumente statt unter parteipolitischen Gesichtspunkten beschäftigen.

Unglücklicherweise ist die öffentliche Debatte über diese Sache in den letzten Wochen durch einige Mitglieder des Kongresses und durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verwirrt worden, die einen Versuchsverbots-Vertrag angriffen durch die Verbreitung eines völlig falschen Bildes der Situation. Sie sind offenbar von der unsinnigen Annahme ausgegangen, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten am besten aufrechterhalten werden kann durch eine unbegrenzte Entwicklung unserer atomaren Waffen-Kapazität ohne Rücksicht darauf, was die anderen Nationen in dieser Hinsicht tun. Die Angreifer haben versäumt, die unbestreitbare Tatsache anzuerkennen, daß, nachdem die Vernichtungs-Kapazitäten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ihre gegenwärtige Höhe erreicht haben und Raketenbasen errichtet worden sind, die einen erfolgreichen Überraschungsangriff für beide Teile unmöglich machen, eine Zunahme der nuklearen Kapazität auf der einen oder der anderen Seite das Gleichgewicht der Abschreckung nicht zu beeinträchtigen vermag.

Die Abschreckung bleibt

Obwohl wir wahrscheinlich eine 3- bis 8mal so große Kapazität an interkontinentalen Nuklear-Waffen besitzen wie die Sowjetunion, würden wir doch nur eine geringe Chance haben, einem unglaublich zerstörerischen Vergeltungsschlag zu entgehen, wenn wir mit unserer strategischen Streitmacht als erste losschlagen würden. Da das kleinere sowje-

tischen Potential ausreicht, uns vor einem atomaren Angriff auf die Sowjetunion abzuschrecken, würde uns selbst bei einer beträchtlichen Minderung unseres Potentials noch mehr als genug Potential verbleiben, um die Sowjets von einem atomaren Angriff auf uns abzuhalten.

Die Gegner des Vertrages über ein Versuchs-Verbot gründen ihre Argumentation auch auf die unsinnige Voraussetzung, jeder Versuch unsererseits, mit der Sowjetunion zu verhandeln, bedeute, daß wir eine weiche politische Linie einschlagen und gefährliche Konzessionen machen. Die Vertrags-Gegner betrachten deshalb jede Verminderung der Zahl der Inspektionen an Ort und Stelle durch die Vereinigten Staaten einfach als ein Zeichen der Schwäche und der Nachgiebigkeit zugunsten der Sowjetunion, statt als ein realistisches Verhandeln zum Zwecke der Erhöhung der nationalen Sicherheit. Tatsächlich ist während der Periode seit Beginn der Diskussion über einen Versuchsstop 1958 die Überwachungstechnik rapid verbessert worden, und es kann erwartet werden, daß sie noch weiter verbessert wird. Es ist nun möglich, viele der Explosionen in einem gegebenen Lande durch Stationen außerhalb dieses Landes festzustellen, und die Zahl der Inspektionen an Ort und Stelle, die nötig sind zur Feststellung des Unterschiedes von Erdbeben und Explosionen, hat sich erheblich vermindert. Untersuchungen haben auch gezeigt, daß es in der Sowjetunion wesentlich weniger Erdbeben gibt als früher angenommen, so daß sich auch die Möglichkeit einer Verwechslung mit Nuklear-Tests vermindert.

Die Strategie der Gegner eines solchen Vertrages ist es auch, die Risiken geheimer Atomversuche zu übertreiben und die Risiken einer Fortsetzung des atomaren Wettlaufs zu untertreiben. Zu den flagrantesten Entstellungen der Tatsachen, die sie publiziert haben in dieser Sache, gehören die jüngsten Erklärungen Dr. Edward Tellers, daß ein Übereinkommen über eine Einstellung der Versuche „praktisch nicht überprüfbar" sei und „die russischen Fortschritte nicht beeinträchtigen würde", sowie die Behauptung Senators Dodds, daß die Versuchsstop-Politik der Eisenhower- und Kennedy-Administration „uns schon unsere nukleare Überlegenheit über die Sowjets gekostet" hat.

Entstellung der Tatsachen

Mit dieser Behauptung entstellt Senator Dodd völlig die Tatsachen, wie sie von den verantwortlichen Beamten des Verteidigungsministeriums dargestellt werden. Wenn die Sowjets mehr als wir gelernt haben in der Test-Serie 1961/62 und die Lücken zwischen uns und ihnen verringert haben, so darum, weil sie mehr zu lernen hatten. Es spricht alles dafür, daß sie die Lücke noch schneller verringert hätten, hätte es nicht ein Moratorium gegeben und hätten beide Seiten ihre Tests nach 1958 fortgesetzt. Umgekehrt wären wir in der Lage gewesen, 1959 einen Versuchsverbots-Vertrag abzuschließen, dann hätten die russischen Tests 1961/62 nicht stattgefunden, und wir würden noch unsere große Überlegenheit auf dem Gebiet der Kernwaffentechnik besitzen. Unter keinen Umständen hätten diese Tests heimlich unterirdisch durchgeführt werden können.

Die unmittelbaren Vorteile eines Versuchsverbots-Vertrages für die Vereinigten Staaten sind die folgenden:

1. Zuverlässige Sicherheit, daß keine Versuche in der Atmosphäre, auf die es am meisten ankommt, stattfinden.

2. Ein hinlängliches Maß an Sicherheit, daß unterirdische Tests mit kleinen Atomwaffen nicht stattfinden.

Welche Sicherheit haben wir, daß im Falle des Zustandekommens eines solchen Vertrages die Sowjets nicht geheime unterirdische Versuche durchführen würden? Wenn auch ein kleiner Test dadurch verheimlicht werden könnte, daß er mit einem Erdbeben verwechselt würde, sofern er in einer Gegend mit heftigen Erdbeben stattfindet, wäre es nahezu unmöglich, eine bedeutende Versuchsserie zu verheimlichen.

Das Risiko wird betont

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Sowjets willens sein würden, das Risiko eines Vertragsbruches einzugehen, um der geringfügigen Vorteile willen, die sie bei

Versuchen erreichen würden, die klein genug wären, um der Entdeckung zu entgehen. Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß amerikanische Atomwaffen-Experten auf den geringen Wert unterirdischer Versuche für militärische Zwecke hinwiesen, als 1961 unsere Versuche zeitweise beschränkt waren auf unterirdische Explosionen. Wir haben zusätzliche Sicherheit in der Tatsache, daß die Sowjetunion drei Inspektionen an Ort und Stelle zugestimmt hat, sollten durch das Überwachungssystem der USA und Großbritanniens verdächtige Anzeichen für unterirdische Versuche entdeckt werden; und daß sie bereit ist, eine Anzahl automatischer seismischer Stationen auf sowjetischem Gebiet zu erlauben.

Die Sowjetunion überraschte uns durch den Beginn großer atmosphärischer Versuche 1961, als wir dachten, sie würden die Verhandlungen für einen Versuchsverbot-Vertrag fortsetzen. Die Gegner eines heutigen Vertrages behaupten nun, dies bedeute, die Sowjetunion hätten 1961 ein Übereinkommen über die Einstellung von Kernwaffenversuchen gebrochen. Auf dieser Grundlage warnen sie davor, in ein neues Übereinkommen einzutreten. Es wird so oft vergessen, daß es 1961 kein Übereinkommen über Einstellung der Versuche gab (noch weniger einen Vertrag!). Und daß Präsident Eisenhower am 29. Dezember 1959 das einjährige inoffizielle Moratorium beendete durch die Erklärung: „Das freiwillige Versuchs-Moratorium läuft ab am 31. 12." Wenn auch die Sowjetunion und die meisten anderen Nationen Verträge gebrochen haben, so würde ein Versuchsverbots-Vertrag sehr verschieden sein von einer bloßen Einstellung der Versuche, vor allem wenn sich ihm eine wachsende Zahl von Nationen anschließt, weil es nämlich im Interesse der USA und der Sowjetunion liegen würde, ihn einzuhalten. Um sicher zu gehen, könnten wir unsere Entwicklungen und Vorbereitungen fortsetzen, soweit das ohne Versuche möglich ist. Und es sollte kein Zweifel gelassen werden daran, daß Amerika die Versuche wieder aufnehmen würde, falls die Sowjetunion den Vertrag durch eine Wiederaufnahme von Versuchen in der Atmosphäre brechen würde. Sogar wenn der Vertrag nach einer gewissen Zeit gekündigt werden sollte, oder wenn es wegen der Widerspenstigkeit Frankreichs oder Chinas nicht zu einer Einstellung der Versuche in der ganzen Welt kommen sollte, so würde es unsere nukleare Entwicklung nicht mehr beeinträchtigt haben als die der Sowjetunion. Der Vertrag würde also auch das gemeinsame Interesse der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion an der Verhinderung eines Atomkrieges betonen.

Zusammenfassend: Ein Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen, wie er vorgeschlagen wird, wird Versuche in der Atmosphäre während seiner Gültigkeit unterbinden. In bezug auf sehr kleine Versuche (1/10 000 der Größe der H-Bombe) würde er eine gewisse Unsicherheit lassen, aber es kann vernünftigerweise angenommen werden, daß er die Sowjets auch von kleineren Betrugsversuchen abhalten dürfte: a) weil diese ihnen relativ wenig einbringen würden, b) weil das Risiko der Entdeckung bestehen würde und c) weil gute Gründe für die Sowjetunion bestehen, ein Funktionieren des Vertrages zu wünschen.

Sorgfältige Studien der führenden Experten in den USA und der Berater des Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit, einschließlich derjenigen im Verteidigungsministerium, haben ergeben, daß das Risiko einer Fortsetzung des Wettrüstens ohne einen Versuchsverbots-Vertrag wesentlich größer ist als das Risiko, daß ein solcher Vertrag durch Geheimversuche verletzt worden ist. Wir unterstützen den Präsidenten in dieser Schlußfolgerung und glauben, daß wenn die Mitglieder des Kongresses und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sich der Realitäten unserer gegenwärtigen Situation und der Tatsache in der Frage des Versuchsverbotes bewußt sind, daß auch sie dann den Präsidenten in seinen Anstrengungen unterstützen werden, eine Antwort zu finden auf die größte Frage, der sich die Welt heute gegenübersieht, der Frage nach dem Überleben.

Unterzeichner:

Dr. Bernard Feld
Department of Physics, MIT

Dr. David Inglis
Argonne National Laboratories
Argonne, 111

Dr. James Watson
Department of Biology
Harvard University

Dr. Bruno Rossi
Laboratory for Nuclear Science, MIT

Dr. Donald Glaser
Department of Physics
University of California

Dr. Hans Bethe
Department of Physics

Dr. Freeman Dyson
Institute of Advanced Studies
Princeton University

Dr. Francis Low
Department of Physics, MIT

Dr. K. T. Bainbridge
Department of Physics
Harvard University

Mitunterzeichner:

Robert S. Cohen
Department of Physics
Boston University

Bernard D. Davis
Department of Bacteriology
Harvard University

Jay L. Doob
Department of Mathematics
University of Illinois

Hudson Hoagland, Director
Worcester Foundation for
Experimental Biology

Gerald Holton
Department of Physics
Harvard University

Richard K. Lashof
Department of Mathematics
University of Chicago

Salvador E. Luria
Department of Biology, MIT

Matthew Meselson
Department of Biology
Harvard University

Philip Morrison
Department of Physics
Cornell University

Philipp Morse
Department of Physics, MIT

Jay Orear
Department of Physics
Cornell University

Eugene Rabinowitsch
Department of Bio-Chemistry
University of Illinois

Edwin E. Salpeter
Department of Physics
Cornell University

Matthew Sands
Department of Physics
California Institute of Technology

W. M. Stanley
Virus Laboratory
University of California

Robert Szent-Gyorgyi
Institute of Muscle Research
(Nobelpreisträger)

George Wald
Department of Biology
Harvard University

Robert R. Wilson
Laboratory of Nuclear Studies
Cornell University

Soeben erschienen:

Deutscher Wortlaut
der Friedens-Enzyklika
Papst Johannes' XXIII.

„PACEM IN TERRIS"

Mit einer Nachbemerkung
von Professor Dr. Anton Neuhäusler,
München
Taschenformat, kartoniert,
im Glanzumschlag, DM 1,50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, KÖLN

Bemerkungen:

Carl Bloice, ein bekannter amerikanischer Neger-Journalist, ist seit 1960 Redaktionsmitglied der Zeitung „The Peoples World" in San Francisco. Er wurde in Los Angeles, Kalifornien, geboren, hat verschiedene Colleges besucht und ist auch als Lyriker hervorgetreten. Sein Originalbeitrag für die „Blätter" beruht nicht zuletzt auf Eindrücken, die er kürzlich auf einer Informationsreise in den amerikanischen Süden gewonnen hat. Diese Reise führte ihn auch nach Birmingham, Mississippi.

Frau Vera Elyashiv, 1929 in Kowno, Litauen, geboren, lebt in Tel Aviv und ist dort Redaktionsmitglied (Parlaments-Korrespondentin) der größten israelischen Zeitung „Davar". Den Zweiten Weltkrieg verbrachte sie im Ghetto Kowno, im KZ Stutthof und in verschiedenen Arbeitslagern in Ostpreußen. 1948, in den letzten Monaten des britischen Mandats, wanderte sie illegal in Israel ein und diente während des kurz danach ausgebrochenen israelischen Unabhängigkeitskrieges beim Militär. Später besuchte sie ein Lehrerseminar und ein akademisches Institut für Lehre und Forschung, mit Soziologie als Hauptfach. 1961 kam sie zum erstenmal nach dem Kriege wieder nach Deutschland, um im Auftrage des Norddeutschen Rundfunks einen Fernsehfilm „Die Bundesrepublik mit den Augen einer Israeli gesehen" herzustellen, der dann am 3. Juni 1962 vom Deutschen Fernsehen gesendet wurde und im Für und Wider eine heftige Reaktion auslöste.

Dem Mitherausgeber der „Blätter", Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Ordinarius für Romanische Philologie an der Universität München und Präsident der Deutschen Dante-Gesellschaft, wurde am 19. Mai in Florenz von Oberbürgermeister Prof. Dr. Giorgio La Pira die ihm als erstem Deutschen (und überhaupt erst zum fünften Male) verliehene Goldene Dante-Medaille überreicht.

Rudolf Rolfs, Gründer und Leiter des bekannten Frankfurter Kabaretts „Die Schmiere — Das schlechteste Theater der Welt", wird von nun an in jeder Nummer der „Blätter" unter dem fortlaufenden Titel „Was ich noch sagen wollte ..." pointiert zu aktuellen Ereignissen Stellung nehmen.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Hermann Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock